

Fichtelmann, Tom

**Analyse von Studien, Berichten und Publikationen
zur Kinderarmut in Deutschland in den Jahren von
2006 bis 2008 und deren politische Auswirkungen**

DIPLOMARBEIT

HOCHSCHULE MITTWEIDA (FH)

UNIVERSITY OF APPLIED SCIENCES

Fachbereich Soziale Arbeit

Roßwein, 2009

Fichtelmann, Tom

**Analyse von Studien, Berichten und Publikationen
zur Kinderarmut in Deutschland in den Jahren von
2006 bis 2008 und deren politische Auswirkungen**

eingereicht als

DIPLOMARBEIT

an der

HOCHSCHULE MITTWEIDA (FH)

UNIVERSITY OF APPLIED SCIENCES

Fachbereich Soziale Arbeit

Roßwein, 2009

Erstprüfer: Herr Professor W. Scherer

Zweitprüfer: Frau Professor Niedermeier

vorgelegte Arbeit wurde verteidigt am: 06.07.2009

Bibliographische Beschreibung:

Fichtelmann, Tom:

Analyse von Publikationen zur Kinderarmut in Deutschland in den Jahren von 2006 bis 2008 und deren politische Auswirkungen

Roßwein, Hochschule Mittweida/Roßwein (FH), Fachbereich Soziale Arbeit

Diplomarbeit, 2009

Referat:

Die vorliegende Arbeit befasst sich mit der Analyse von Publikationen zur Kinderarmut in Deutschland in den Jahren 2006 bis 2008 und deren politische Auswirkungen. Hierzu werden eine Auswahl von Studien, die sich mit Kinderarmut in Deutschland befassen, vorgestellt. Im Weiteren wird ebenso eine Auswahl wissenschaftlicher Publikationen zu Kinderarmut in Deutschland analysiert. Im Anschluß daran werden Programme und Maßnahmen zur Kinderarmut der Parteien vorgestellt. Abschließend betrachtet der Autor die Arbeit der Kinderkommission des Bundestages speziell zum Thema Kinderarmut.

Inhaltsverzeichnis

0	Einleitung	5
1	Begriffsbestimmungen Armut, Armutsrisiko und Armutsquote	6
2	Studien und Berichte mit Aussagen zur Kinderarmut in Deutschland (Auswahl)	8
2.1	Der UNICEF-Bericht zur Lage der Kinder in Deutschland	8
2.2	Kinder in Deutschland 2007 - 1. World Vision Kinderstudie	11
2.3	Kinderreport Deutschland 2007	13
2.4	Expertise des Paritätische Wohlfahrtsverbandes zum Kinderregelsatz	15
2.5	Dritter Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung	17
2.5.1	Familie und Kinder - Bilanz der Bundesregierung	17
2.5.2	Familienpolitisches Konzept gegen Armutsrisiken von Familien und Kindern - Maßnahmen der Bundesregierung	20
2.6	Dossier Armutsrisiken von Kindern und Jugendlichen in Deutschland .	22
2.7	Familienreport 2009	24
3	Überblick wissenschaftlicher Publikationen zur Kinderarmut in Deutschland (Auswahl)	25
4	Grundaussagen der Parteien zur Kinderarmut	63
4.1	Grundpositionen der SPD	63
4.2	Grundpositionen der CDU	67
4.3	Grundpositionen der FDP	72
4.4	Grundpositionen der Partei DIE LINKE	73
4.5	Grundpositionen der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	75
5	Kinderkommission des Bundestages und Kinderarmut	80
6	Fazit und Ausblick	90
	Literaturverzeichnis	92

0 Einleitung

In der letzten Jahren wurde viel zum Thema „Kinderarmut“ in Deutschland publiziert. Von großem Medieninteresse begleitet, erschienen Studien, wie der „Kinderreport 2007“ oder der „UNICEF-Bericht zur Lage der Kinder in Deutschland“ welche Kinderarmut in Deutschland untersuchten. Jede dieser Studien löste mit ihrem Erscheinen eine große Medienreaktion aus. Die Politischen Parteien meldeten sich mit aktuellen Statements zu den medial aufgeworfenen Fragen zu Wort. Nach wenigen Tagen wurde es jedoch schnell wieder „ruhig“ und die brisante Thematik „verschwand“ wieder aus der Berichterstattung von Presse, Rundfunk und Fernsehen, ohne dass sichtbar etwas passierte.

Zeitgleich mit diesen Studien erschienen auch eine Vielzahl von wissenschaftliche Publikationen, die sich mit Kinderarmut in Deutschland beschäftigten. Diese erreichten eine bei weitem geringere Beachtung in der Öffentlichkeit.

Ausgehend von dieser Situation stelle ich mir die Frage, ob publizierte wissenschaftliche Erkenntnisse langfristig Einfluss auf politisches Handeln haben, oder ob diese tendenziell eher zu nicht bindenden politischen Meinungsäußerungen der Politiker und Parteien ohne den Anspruch der Nachhaltigkeit führen.

In diesem Zusammenhang ist auch zu untersuchen, welche Positionen die einzelnen Parteien zur Kinderarmut vertreten und welche Strategien sie zur Eingrenzung von Kinderarmut verfolgen. Und ganz wichtig erscheint mir auch die Frage, was die Parteien von dem was sie sich zur Bekämpfung von Kinderarmut vornehmen auch tatsächlich umsetzen.

Auf Grund der zu erwartenden Menge an Informationen schränke ich in dieser Arbeit den Zeitraum auf die Jahre von 2006 bis 2008 ein, wobei ich in wenigen Ausnahmefällen auch Beiträge aus dem Jahr 2009 nutze. bei der Betrachtung der Parteien habe ich mich auf die CDU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE beschränkt.

Zur Beantwortung der oben aufgeworfenen Fragen habe ich als erstes wissenschaftliche Studien und Berichte der Bundesregierung analysiert. Desweiteren habe ich recherchiert, welche wissenschaftlichen Beiträge zum Thema „Kinderarmut

in Deutschland“ in diesem Zeitraum publiziert wurden. Im Anschluss daran habe ich eine Auswahl vorrangig nach Verfügbarkeit der Publikationen in elektronischer Form getroffen und diese ausgewählten Beiträge in der vorliegenden Arbeit analysiert.

Da die von mir betrachteten Parteien auch im Bundestag vertreten sind, stellen diese Vertreter in den Parlamentarischen Ausschüssen, also auch in der Kinderkommission. Da sich ein Großteil der parlamentarischen Arbeit in den Ausschüssen abspielt, und die Arbeit dieser auch ein gewisser Gradmesser für die Umsetzung politischer Vorhaben der Parteien ist, habe ich abschließend die Arbeit der Kinderkommission zum Thema Kinderarmut einer kurzen Analyse unterzogen.

Um die Arbeit leserfreundlich zu gestalten, habe ich auf eine durchgehende Nennung beider Geschlechter verzichtet. Wo nur die männliche oder weibliche Form verwendet wird, kann davon ausgegangen werden, dass immer auch das andere Geschlecht gemeint ist.

1 Begriffsbestimmungen Armut, Armutsrisiko und Armutsquote

Da keine eindeutige Armutsdefinition existiert, wird der Begriff „Armut“ in den einzelnen Publikationen unterschiedlich definiert und dementsprechend verwendet. Außerdem werden in diese Publikationen verschiedene Begriffe wie Armutsrisikoquote, Armutsrisiko, Armutsgefährdungsquote, Armutsquote benutzt. Im Folgenden werde ich kurz darauf eingehen, was unter diesen Begriffen verstanden werden kann und wo sie Verwendung finden.

- Armut als absolute Armut oder extreme Armut folgt der Definition der Weltbank, wonach der als arm bezeichnet wird, wer unter einem Dollar pro Tag zur Verfügung hat. Aktuell verwendet die Weltbank entsprechend der Kaufkraftparität von 2005 im internationalem Vergleich die Armutsgrenzen von 1,25 \$ - hauptsächlich Länder mit niedrigem Einkommen - und 2,00 \$ - hauptsächlich Länder mit mittlerem Einkommen (vergl. Weltbank, 2009).

- Armut als relative Armut basiert im Unterschied zur Absoluten Armut auf der Vorstellung von sozialer Ungleichheit.

Die Bundesregierung verweist unter anderem im Dossier zu Armutsrisiken von Kindern und Jugendlichen darauf, dass in Europa als arm gilt, wer über so geringe materielle, kulturelle und soziale Mittel verfügt, dass ihm eine Lebensweise, die im jeweiligen Mitgliedsland als Minimum hinnehmbar wäre, nicht möglich ist. Unter Bezugnahme auf den 7. Familienbericht wird hier neben dem fehlendem Einkommen auch die Ausgrenzung von einer bedarfsgerechten Gesundheitsversorgung, Bildung und Erziehung, der fehlende Zugang zum Arbeitsmarkt und eine schlechte Wohnraumqualität als zentrale Armutsdimensionen benannt (vergl. Böhmer, Michael, Heimer, Andreas, 2008).

Im Dritten Armuts- und Reichtumsbericht geht die Bundesregierung davon aus, dass Armut nicht messbar erscheint, weshalb dieser Bericht „sich an einem umfassenden Analyseansatz, der die Risiken für Armut und soziale Ausgrenzung in verschiedenen Lebenslagen beschreibt“ (Bundesregierung, 2008), orientiert.

- Armutsquote

Der Begriff der Armutsquote wird von UNICEF und der OECD verwendet. Diese Armutsquote bezieht sich auf die Armutsgrenze von 50% des Median-Einkommens (vergl. Böhmer, Michael, Heimer, Andreas, 2008, S.7-8).

- Armutsrisikoquote, Armutsrisikogrenze

Der Begriff der Armutsrisikoquote wird in EU-Dokumenten und im Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung verwendet. Die Armutsrisikoquote gibt den Anteil der Bevölkerung an, deren bedarfsgewichtetes Pro-Kopf Nettoeinkommen (Nettoäquivalenzeinkommen) unter 60% des (statistischen) Median-Einkommens des jeweiligen EU-Mitgliedlandes beträgt (vergl. Böhmer, Michael, Heimer, Andreas, 2008, S.7).

„Dieser Grenzwert wird auch als Armutsrisikogrenze oder -schwelle bezeichnet... Letztlich ist die Armutsrisikoquote eine Maßzahl, mit der ein Aspekt der Ungleichheit in der Einkommensverteilung statistisch gemessen wird und die Armutsrisikogrenze stellt nur eine Zwischengröße auf dem Berechnungsweg dar“ (Bundesregierung, 2008).

- Armutsrisiko

Das Armutsrisiko, so ist im Familienreport 2009 zu lesen, „wird also nicht im Hinblick auf das Existenzminimum definiert und mit existenzieller Not gleichgesetzt, sondern gibt vielmehr Hinweise auf das Ausmaß der Teilhabechancen in einer Gesellschaft und markiert die kritische Grenze der Abweichung von einer gesellschaftlich definierten Normalität“ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2009).

- Armutsgefährdungsquote

Die Armutsgefährdungsquote sagt aus, wie hoch der Anteil der armutsgefährdeten Personen an der Gesamtbevölkerung ist.

Demnach gilt als armutsgefährdet, wer inklusive sozialer Transferleistungen weniger als 60% des jeweiligen national verfügbaren Median-Einkommens zur Verfügung hat.

2 Studien und Berichte mit Aussagen zur Kinderarmut in Deutschland (Auswahl)

2.1 Der UNICEF-Bericht zur Lage der Kinder in Deutschland

Ausgehend von der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen vergleicht UNICEF kindliche Entwicklungschancen in den hoch entwickelten Industrieländern. In diesem Kontext hat sich UNICEF entschieden, „das kindliche Wohlbefinden“ als theoretisches Modell zu verwenden. Dieses Modell wird durch die Dimensionen definiert:

- materielles Wohlbefinden,
- Bildung,
- Gesundheit,
- persönliche Sicherheit,

- Beziehungen zu den Eltern und zu Freunden und
- persönliches Wohlbefinden.

Mittels dieses Modells können die Lebenssituationen von Kindern in den einzelnen Ländern in Bezug auf deren Wohlbefinden und deren individuellen Entwicklungschancen gemessen werden.

UNICEF beteiligte in Deutschland Forscher diverser Forschungseinrichtungen, welche einzelne Dimensionen des Konzeptes „Kindliches Wohlbefinden“ in groß angelegten empirischen Studien bearbeiten. Auf diese Weise entstanden Aussagen einerseits zu den Ergebnissen des internationalen Vergleichs des kindlichen Wohlbefindens in der Form, dass deutlich wird, wo die Bemühungen um eine Verbesserung der Lebenssituation von Kindern im einzelnen in Deutschland angesetzt werden müssen. Auf der anderen Seite wurde es durch die Einbindung empirischer Forschungsergebnisse möglich, detailliert über bestimmte Entwicklungen in den jeweiligen Bereichen Auskunft zu geben (vergl. Bertram, Hans, 2008a).

Der Problematik Kinderarmut widmen sich die im Folgenden kurz und fragmentarisch skizzierten Kapitel des UNICEF Berichtes:

- Bertram, Hans: „Die Zukunft von Kindern als Zukunft der Gesellschaft“

Bertram stellt fest, dass in Deutschland die Wirtschaftskraft als der zentrale Indikator für die Zukunftsfähigkeit gilt und das kindliche Wohlbefinden im Vergleich dazu nur geringfügige Beachtung findet. In Bezug auf die bereits oben genannte Kinderrechtskonvention, welche nicht nur das Recht eines jeden Kindes auf die Chance darstellt, sein Leben und seine Lebensvorstellung in der gleichen Freiheit zu entwickeln wie die eigene Elterngeneration, zeigt Bertram in diesem Beitrag auf, welche Faktoren das „kindliche Wohlbefinden“ beeinflussen und weshalb diese Faktoren wichtig für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft sind.

Ausgehend davon, dass in den wohlhabenden Ländern keine Kinder mehr verhungern müssen, stellt Bertram fest, dass in vielen hoch entwickelten Industrieländern und auch in Deutschland, Kinder häufig in relativer Armut leben, weil ihre Eltern

nicht in der Lage sind, unabhängig von den staatlichen Transferleistungen leben zu können.

Bertram bezieht also in seine Betrachtung der relativen Kinderarmut die Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen mit ein. Kinder erleben ihre Eltern in Abhängigkeit von staatlichen Unterstützungssystemen als ausgeschlossen von gesellschaftlicher Entwicklung und Teilhabe. Bertram betont, dass es für diese Kinder schwer ist, ihre Eltern als positives Rollenvorbild zu erleben. Dadurch haben es diese betroffenen Kinder selbst außerordentlich schwer, für sich Strategien zu entwickeln, welche ihnen eine erfolgreiche Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ermöglichen (vergl. Bertram, Hans, 2008c).

- Bertram, Hans: „Deutsches Mittelmaß: Der schwierige Weg in die Moderne“

In diesem Beitrag betrachtet Bertram die bereits oben genannten Dimensionen des Wohlbefindens von Kindern, um letztlich verschiedene politische Maßnahmen zu formulieren, mit denen sich die unterschiedlichen betroffenen Bereiche in Bezug setzen lassen, um wiederum daraus konstruktive und ganzheitliche Handlungsempfehlungen abzuleiten.

Betreffs der Dimension „Materielles Wohlbefinden der Kinder“ betont Bertram noch einmal, dass sich die Teilhabemöglichkeiten von Familien nicht nur auf die Höhe ihres verfügbaren Einkommens beziehen. Wichtig ist auch die Tatsache, ob dieses Einkommen selbst erwirtschaftet oder ob es durch staatliche Unterstützungsleistungen erzielt wurde.

Im diesem Fall, bei dem die Eltern von einem wesentlichen Bereich ihrer gesellschaftlichen Teilhabe, dem Beruf, ausgeschlossen sind, fällt es Kindern, wie bereits oben beschrieben, oft schwer, ihre Eltern als Vorbild zu erleben. Vorbild in dem Sinne, dass sich die Eltern durch eigene Anstrengung und Qualifikation Teilhabemöglichkeiten in der Gesellschaft erarbeiten können (vergl. Bertram, Hans, 2008b).

- Fertig, Michael, Tamm, Markus: „Die Verweildauer von Kindern in prekären Lebenslagen“

Da sich die meisten Studien zur Kinderarmut mit dem zum jeweiligen Zeitpunkt vorherrschenden Ausmaß von Kinderarmut befassen, ist es wichtig, so die Autoren, ergänzend hierzu die Verweildauer in und die Häufigkeit von ebensolchen prekären Lebenslagen zu betrachten. In diesem Beitrag stellen die Autoren die Ergebnisse einer Verweildaueranalyse vor, welche Armutepisoden, die Kinder in Deutschland erleben und erfahren, untersucht.

Die Ergebnisse der Untersuchung bestätigen die Bedeutung der Familienkonstellation und der Arbeitsmarktpartizipation der Eltern für die Armut Erfahrung von Kindern. Insbesondere Kinder von Alleinerziehenden sind von dauerhafter Armut bedroht, so die Autoren. Ebenso wurde deutlich, dass Vollzeitbeschäftigung des Haushaltvorstandes und ein höherer Schulabschluss dieser Person in Bezug auf Dauer und Häufigkeit des Eintritts in Armut eine positivere Entwicklung wahrscheinlicher macht (vergl. Fertig, Michael, Tamm, Markus, 2008).

2.2 Kinder in Deutschland 2007 - 1. World Vision Kinderstudie

Die 1. World Vision Kinderstudie lehnt sich eng an die seit 50 Jahren durchgeführte Shell-Jugendstudie an. Sie hat zum Ziel, ein repräsentatives Bild über die Lebenssituation, die Wünsche, Bedürfnisse und Interessen, Wertorientierungen und Zukunftspläne der Kinder in Deutschland zu gewinnen. Datenbasis dieser Studie sind die Ergebnisse einer repräsentativen Befragung von 1592 Kindern in der Altersgruppe von acht bis elf Jahren, welche zusätzlich durch die Befragung der Eltern ergänzt wurde.

Die Problematik der Kinderarmut wird im Kapitel 2 von Ulrich Schneekloth und Ingo Leven „Familie als Zentrum: nicht für alle gleich verlässlich“ und dort speziell unter Punkt 2.2 „Armut und soziale Ungleichheit: Die Herkunft zählt“ beschrieben.

Folgende Lebenssituationen wurden von den Autoren genauer untersucht:

- Zusammenhang Bildungshintergrund und Herkunftsschicht

Ein Kriterium für die Zugehörigkeit zur untersten Herkunftsschicht ist, dass in fast jedem Fall beide Elternteile maximal einen Hauptschulabschluss haben. Im Gegensatz dazu verfügt der überwiegende Teil der Mütter und Väter von Kindern der Oberschicht über Fachhochschulreife oder Abitur.

- Alleinerziehende und Herkunftsschicht

Kinder aus der Unterschicht wachsen den Ergebnissen der Untersuchung zufolge zu 36% in einem alleinerziehenden Haushalt auf. Im Gegensatz dazu ist die Oberschicht mit 4% Anteil der Alleinerziehenden unterdurchschnittlich vertreten.

- Anzahl der Geschwister im Haushalt und Herkunftsschicht

Unabhängig davon, ob es sich um Familien mit ein oder zwei Elternteilen handelt, zeigt sich, dass Kinder aus niedrigen Herkunftsschichten statistisch betrachtet häufiger mit mehreren Geschwistern im Haushalt leben.

- Arbeitslosigkeit - unterschiedliche Betroffenheit

Allein 23% der Familien mit Kindern haben in den letzten zwei Jahren Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit machen müssen. Demnach ist Arbeitslosigkeit für fast ein Viertel der Kinder Alltagserfahrung.

Kinder mit Migrationshintergrund waren in den letzten zwei Jahren zu 34% von der Erfahrung Arbeitslosigkeit in der Familie betroffen.

Auf 32% der Kinder von Alleinerziehenden traf das Gleiche zu.

Für Kinder aus der Unterschicht wurde festgestellt, dass 39% entsprechende Erfahrungen in den letzten zwei Jahren erlebten. Bemerkenswert ist, so fassen die Autoren zusammen, dass bereits im Kindesalter soziale Unterschiede nachhaltig wirken. Je nach Schichtzugehörigkeit haben Kinder unterschiedliche Gestaltungsräume, wobei sich die schlechten Startchancen von Kindern aus unteren Herkunftsschichten wie ein roter Faden durch den Alltag ziehen. Wie ein Teufelskreis, so die Autoren, führen Armutsrisiken und fehlende häusliche Ressourcen zu geringeren Teilhabemöglichkeiten (vergl. World Vision Deutschland e.V. (Hrsg.), 2007).

2.3 Kinderreport Deutschland 2007

Der Kinderreport Deutschland 2007 gibt einen aktuellen Überblick über die Situation von Kindern in Deutschland mit dem Schwerpunkt Kinderarmut (vergl. Deutsches Kinderhilfswerk e.V., 2007).

Der Problematik Kinderarmut widmen sich insbesondere die im folgenden kurz und fragmentarisch skizzierten Kapitel:

- Fertig, Michael, Tamm, Markus: „Kinderarmut im internationalen Vergleich“

Der Beitrag geht auf die Ergebnisse der Report Card der UNICEF von 2007 ein und betrachtet hierbei insbesondere die Lage von Kindern in Deutschland. Die Autoren stellen die von der UNICEF verwendeten sechs Dimensionen des kindlichen Wohlergehens dar. Diese Dimensionen sind: materieller Wohlstand, Gesundheit und Sicherheit, Bildung, Beziehungen zu Familie und Freunden, Verhalten und Risiken im Alltag, subjektives Wohlbefinden. Nach Meinung der Autoren trägt der Bericht der UNICEF dazu bei, den alleinigen rein monetären Aspekt um den des Wohlbefindens von Kindern zu erweitern und auf diese Art und Weise der Diskussion über das Wohlergehen von Kindern eine adäquate Grundlage zu geben (vergl. Fertig, Michael, Tamm, Marcus, 2007).

- Zander, Margherita: „Kinderarmut aus Kindersicht“

Zander beschreibt einen Perspektivenwechsel, welcher die Kinder mit ihrer spezifischen Betroffenheit, ihren Wahrnehmungen, Deutungen und ihren Umgang mit Armut selbst in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gerückt hat. Als besonders wichtig für diesen Paradigmenwechsel betrachtet die Autorin die Verabschiedung der UN-Kinderrechtskonvention 1989, die Etablierung der Kinderperspektive in der sozialwissenschaftlichen Kindheitsforschung und die Veränderung der politischen Berichterstattung zur Lage der Kinder im Sinne der Nutzung des mehrdimensionalen Messkonzeptes des kindlichen Wohlbefindens.

Ihrer Meinung nach stellt die relative Armut von Kindern eine Nichterfüllung der UN-Kinderrechtskonvention dar. Anhand von Ergebnissen zweier Fallstudien geht die

Autorin darauf ein, wie Kinder ihre eigene Lebenslage wahrnehmen. Zusammenfassend hierzu stellt Zander fest, dass Kinder, selbst wenn ihre Grundversorgung abgedeckt ist, in fast allen Lebenslagebereichen konkret benennbare Unterversorgungsaspekte wahrnehmen (vergl. Zander, Margherita, 2007).

- Giering, Dietrich: „Arme Kinder“

Der Autor berichtet über die Ergebnisse einer Quer- und Längsschnittuntersuchung, welche in den Jahren von 1997 bis 2005 vom Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS) im Auftrag des Bundesvorstandes der Arbeiterwohlfahrt (AWO) durchgeführt wurde. Vor dem Hintergrund der einzelnen Ergebnisse der Studien postuliert der Autor drei Handlungsoptionen grundsätzlicher Art für den Staat und die Gesellschaft:

1. Die Verhinderung von Armut bei Familien, insbesondere Einelternfamilien und Familien mit Migrationshintergrund („Armutsvermeidung“)
2. Die Unterstützung von armen, aber auch nicht-armen Familien, die - orientiert an der Lebenslage der Kinder - offensichtlich Hilfe brauchen („Unterstützung von Familien“)
3. Die Förderung von armen Kindern, die zusätzliche und damit eine anders gestaltete Unterstützung brauchen (Umsetzung einer kindbezogenen „Armutsprävention“)

Darauf aufbauend stellt der Autor verschiedene Ansatzpunkte, insbesondere zu verändernden strukturellen Rahmenbedingungen und zur Gegensteuerung dar. Im einzelnen führt der Autor folgende Punkte an:

- Verbesserung der Rahmenbedingungen für das familiäre Leben,
- Gewährleistung einer armutsfesten Existenzsicherung von Kindern,
- Anerkennung der Erziehungsleistungen von Eltern,
- Stärkung von Versorgungs-, Erziehungs- und Unterstützungskompetenzen im Rahmen von SGB II, SGB VIII und SGB XII,

- Entwicklung der sozialen Infrastruktur von Bildung und Integrationsangeboten, um die Potenziale von armen Kindern und Eltern zu fördern und
- Schule als Schutzfaktor für arme Kinder (vergl. Giering, Dietrich, 2007).

2.4 Expertise des Paritätische Wohlfahrtsverbandes zum Kinderregelsatz

Der Autor stellt am Beginn seiner Betrachtungen fest, dass sowohl der amtliche Regelsatz als auch die Regelsatzverordnung im Sozialgesetzbuch XII bislang keine Bedarfsmessung für Kinder vorgesehen haben. Statt dessen wurden die Kinderregelsätze normativ vom Erwachsenenregelsatz abgeleitet.

Aus diesem Grund legt der Paritätische Wohlfahrtsverband mit dieser Expertise einen Vorschlag zur Ermittlung und zur Höhe von Kinderregelsätzen vor und möchte auf diesem Weg die sozialpolitische Diskussion voranbringen.

Das in der Expertise gewählte Verfahren lehnt sich, um die Vergleichbarkeit zu gewährleisten, eng an die Verfahrensweise der Bundesregierung zur Ermittlung von Erwachsenenregelsätzen an.

Am Anfang dieser Expertise geht Martens auf grundlegende Zusammenhänge des Regelsatzes im deutschen Sozialsystem ein. Darauf aufbauend stellt der Autor die dreifache Kritik des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes am bestehenden Regelsatzsystem vor.

- Regelsatzhöhe unzureichend

Grundsätzlich wird das intransparente und der Öffentlichkeit entzogene Verfahren der Regelsatzberechnung kritisiert. Bei einer Neuberechnung, welche uneingeschränkt offengelegt wurde und der Methodik des vom Gesetzgeber vorgesehenen Statistikmodells folgte, kam der Paritätische zu dem Ergebnis, dass der Regelsatz am 1. Juli 2006 um 20 Prozent von 345 auf 415 Euro hätte angehoben werden müssen, um bedarfsdeckend zu sein.

- Regelsatzfortschreibung unangemessen

Vor allem wurde auch die Fortschreibung des Regelsatzes an sich kritisiert, da diese nicht entsprechend eines angepassten Preisindexes erfolgt, sondern an den Ren-

tenwert gebunden ist. Angemahnt wird, dass die Philosophie einer wie auch immer stattfindenden Rentenreformen sich nicht mit Bedarfsgesichtspunkten im untersten Netz des Sozialstaates verträgt. Nach Ansicht von Martens ist es sozialpolitisch und fachlich falsch, den Regelsatz an den Rentenwert zu koppeln.

- Bedarfsermittlung für Kinder fehlt

Der Autor verweist noch einmal darauf, dass die Regelsatzverordnung und das SGB XII keine Bedarfsmessung für Kinder vorsehen. Weiter verweist Martens darauf, dass die abgeleiteten Regelsatzhöhen für Kinder und Heranwachsende nicht bedarfsdeckend sein können, da sie normativ aus dem Regelsatz für Erwachsene abgeleitet wurden und dieser - nach Berechnungen des Paritätischen selbst schon nicht bedarfsdeckend ist.

Kritisch betrachtet wird vom Paritätischen die normativ vorgegebene Altersaufteilung im Regelsatz, welche nicht sachgerecht ist.

Im folgenden geht Martens genauer auf die konkrete Bestimmung von Regelsätzen für Kinder und Jugendliche ein. Hierzu stellt der Autor Bestimmungsschritte der Bundesregierung zur Ermittlung von Regelsätzen für Erwachsene und die Bestimmungsschritte des Paritätischen zur Ermittlung von Regelsätzen gegenüber. Anschließend begründet Martens die gewählte Einteilung der Altersgruppen in den Berechnungen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes. Hierbei mussten zum einen die Fallzahlen der gewählten Altersgruppen groß genug sein, um gesicherte Daten zu gewährleisten und zum anderen musste jede Einteilung die Entwicklungsphasen von Kindern und Jugendlichen berücksichtigen. Die zugrunde liegenden Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) erlauben maximal eine Dreiteilung des betreffenden Altersbereiches. Der Paritätische hat sich für die Einteilung der Altersgruppen „von 0 bis unter 6 Jahren“, „von 6 bis unter 14 Jahren“ und „von 14 bis unter 18 Jahren“ entschieden. Diese Einteilung bildet, so der Autor, die Lebenslagen und die Entwicklung von Kindern besser ab:

- Kleinkind und Vorschulalter,
- Schulalter und
- höheres Schulalter.

Anschließend stellt Martens die Methodik des Paritätischen zur Berechnung des Regelsatzes transparent dar und begründet notwendige Abweichungen zu der von der Bundesregierung verwendeten Methodik (vergl. Martens, Rudolf, 2008).

2.5 Dritter Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung

Die Bundesregierung setzt mit dem 3. Armuts- und Reichtumsbericht ihre 2001 begonnene Bestandsaufnahme der sozialen Lage in Deutschland fort. Auf diese Weise soll die notwendige Basis für eine fundierte Politik zur Stärkung der sozialen Gerechtigkeit und zur Verbesserung gesellschaftlicher Teilhabe geschaffen werden.

Auf der einen Seite werden zentrale Trends und Herausforderungen unter anderem im Bereich Familie und Kinder beschrieben. Andererseits stellt der Bericht die politischen Maßnahmen der Bundesregierung vor, welche Armut und sozialer Ausgrenzung entgegenwirken, eine gerechtere Verteilung ökonomischer Ressourcen erreichen sowie Teilhabechancen für alle Mitglieder der Gesellschaft eröffnen sollen.

2.5.1 Familie und Kinder - Bilanz der Bundesregierung

Im Abschnitt „Familie und Kinder“ wird die Familie, in den unterschiedlichsten Formen familiären Zusammenlebens, als ein Grundpfeiler der Gesellschaft dargestellt. Die große Mehrzahl der Familien, so berichtet die Bundesregierung, bewältigt ihr Leben selbst und lebt in sicheren materiellen Verhältnissen. Jedoch können Störungen, Krisen sowie externe Einflüsse zu Armut und sozialer Ausgrenzung führen.

Um differenzierte Lebenslagen, Armutsrisiken und Bewältigungsstrategien im Familienalltag zu beschreiben, reicht nach Ansicht der Berichterstatter ein einkommenszentrierter Ressourcenbegriff nicht aus.

Armut und soziale Ausgrenzung als Folge mangelnder Ressourcen und Bewältigungsmöglichkeiten stellen nach Erkenntnis der Bundesregierung sowohl für Familien als auch für Kinder und Jugendliche und deren soziale Netzwerke eine hohe Belastung dar. Armutsrisiken in Familien beschränken sich hierbei nicht allein auf unzureichende finanzielle Mittel. Bei Kindern und Jugendlichen zeigen sich zusätz-

lich Entwicklungsdefizite und Unterversorgungssituationen in verschiedenen Bereichen, welche gesundheitliche Probleme und soziale Benachteiligungen zur Folge haben.

In der Resilienzforschung wird das Phänomen untersucht, dass es Kindern trotz belastender Lebenslagen gelingt, eine normale persönliche Entwicklung zu nehmen. Die Bundesregierung stellt in ihrem Bericht fest, dass die Armutsgefährdung für Kinder insbesondere dann besonders groß ist, wenn ihre Eltern arbeitslos sind oder das Arbeitsentgelt nicht ausreicht, um den Unterhalt der gesamten Familie zu sichern. Im Bericht wird aufgeführt, dass das durchschnittliche Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen von Familien auf Basis der europaweit harmonisierten Erhebung EU-SILC für das Jahr 2005 mit 96% annähernd genauso hoch wie für alle Haushalte in Deutschland ist. Alleinerziehendenhaushalte und Haushalte mit drei und mehr Kindern weisen jedoch im Durchschnitt mit etwa 77% und 87% die niedrigste Einkommensposition auf.

Die Bundesregierung führt im Bericht an, dass die Armutsrisikoquote von Kindern 2005 nach den Ergebnissen von EU-SILC bei 12%, und damit einen Prozentpunkt unter dem Wert für die Gesamtbevölkerung lag. Dem stellt die Bundesregierung die Berechnung nach Daten des SOEP entgegen, wonach das Armutsrisiko von Kindern, mit einem Unterschied von acht Prozentpunkten, deutlich höher als in der Gesamtbevölkerung liegt. Das Armutsrisiko von Kindern ist danach zwischen 2002 und 2005 mit vier Prozentpunkten auch stärker gestiegen als in der Gesamtbevölkerung. Als Ursache hierfür erkennen die Berichterstatter die verschiedenen Erhebungsdesigns und Einkommensbegriffe der Befragungen. Jedoch zeigt sich, trotz der Unterschiede, dass Kinder vor allem dann von einem erhöhten Armutsrisiko betroffen sind, wenn sie in Alleinerziehendenhaushalten oder in Haushalten mit geringer Erwerbsbeteiligung leben.

Anschließend widmet sich der Bericht der Beschreibung von Kinderarmut auf der Grundlage des soziokulturellen Existenzminimums, welches dem SGB II und SGB XII zugrunde liegt. Nach Darstellung der Bundesregierung zeigt die Inanspruchnahme einer Transferleistung das Ausmaß, in dem Teile der Bevölkerung den zugesicherten Mindeststandard nur mit Unterstützung des Systems der sozialen Sicherung erreichen können. Diese Sozial- und familienpolitischen Transferleistungen wie

Arbeitslosengeld II, Sozialgeld, Sozialhilfe, Kindergeld, Kinderzuschlag, Wohngeld und Erziehungsgeld (seit 2007 Elterngeld) sowie der Unterhaltsvorschuss reduzieren, so die Bundesregierung, die relative Einkommensarmut von Familien deutlich. Die Zahlung staatlicher Transferleistungen senken somit die Armutsgefährdungsquote von Kindern um fast zwei Drittel von 34% auf 12%. Das Kindergeld gleicht nach Ansicht der Bundesregierung etwa ein Drittel der durchschnittlich anfallenden Aufwendungen für ein Kind aus. Denn mit der Erziehung von Kindern sind erhebliche materielle Aufwendungen verbunden, die sich im Lebensverlauf verändern und mit dem Alter des Kindes ansteigen. Weiter stellen die Berichtersteller fest, dass mit zunehmender Kinderzahl diese Transferleistung an Bedeutung für die Familien zunimmt, da Fixkosten in bestimmten Bereichen ansteigen. Ebenso entfaltet der Kinderzuschlag und das Wohngeld eine armutsreduzierende Wirkung, insbesondere bei Paaren oder Alleinerziehenden mit jeweils zwei oder mehr Kindern.

Mit der im Vergleich zur Gesamtbevölkerung höheren Armutsgefährdung vor Sozialtransfers von Kindern begründet die Bundesregierung die Notwendigkeit des Ausbaus von Betreuungsangeboten für Kleinkinder, um neben der frühen Förderung von Kindern auch die Erwerbschancen von Eltern und damit deren Marktposition zu stärken.

In Zusammenhang mit der hohen Arbeitslosigkeit in Deutschland verweist die Bundesregierung auf einen im EU-Vergleich 2005 überdurchschnittlich hohen Anteil von Kindern, welche in Erwerbslosenhaushalten leben. 48% dieser Haushalte verfügen über ein Nettoäquivalenzeinkommen unterhalb der Armutsrisikoschwelle. Im Bericht werden diese Daten mit den auf der Basis des SOEP erhobenen ergänzt. Diese zeigen, dass der Anteil der Kinder unter 18 Jahren, die in Haushalten ohne Vollzeitbeschäftigten leben, von 17% im Jahr 1995 auf 30% im Jahr 2005 angestiegen sind. Im Weiteren wird im Bericht festgestellt, dass eine Unterbrechung der Erwerbstätigkeit, zum Beispiel zur Betreuung und Erziehung von Kindern, das Familieneinkommen bei gleichzeitig erhöhtem finanziellem Bedarf reduziert. Darauf, so die Bundesregierung, hat der Gesetzgeber mit der Einführung des Elterngeldes zum 1. Januar 2007 reagiert. Eine solche Unterbrechung der Erwerbstätigkeit trägt aber auch das Risiko in sich, den Wiedereinstieg in den Beruf zu erschweren und berufliche Qualifikationen mit der Zeit zu entwerten. Demzufolge werden zumeist die

Mütter von einer beruflichen Entwicklung ausgeschlossen, besonders dann, wenn es an familienfreundlichen Arbeitsbedingungen in Unternehmen und an adäquaten Betreuungsangeboten für Kinder fehlt.

Die Verwirklichungschancen von Kindern aus bildungsfernen Familien sind, zum Beispiel auf Grund fehlender eigener Erfahrungen oder auch auf Grund ungenügender eigener Unterstützungsmöglichkeiten, oftmals schon in der Grundschule geringer. Außerdem schaffen diese Kinder seltener den Übergang auf das Gymnasium. Dies tritt besonders häufig bei Kindern und Jugendliche mit Migrationshintergrund auf.

Auf Grund dessen sind das Vorhandensein einer qualitativ hochwertigen Infrastruktur für die frühe Bildung und Betreuung von Kindern, eine bessere individuelle schulische Förderung sowie Angebote zur Stärkung der Erziehungskompetenzen der Eltern unverzichtbar, um Familien bei der Erziehung und Bildung ihrer Kinder zu unterstützen (vergl. Bundesregierung, 2008, S. 87-102).

2.5.2 Familienpolitisches Konzept gegen Armutsrisiken von Familien und Kindern - Maßnahmen der Bundesregierung

Die Bundesregierung berichtet, dass sie seit 2005 neue Prioritäten in der Familienpolitik gesetzt hat, um die wirtschaftliche und soziale Stabilität und Eigenverantwortung der Familien nachhaltig zu stärken. Konkret bedeutet dies gezielte finanzielle Hilfen, mehr Familienorientierung in der Arbeitswelt sowie eine gute Infrastruktur der Betreuung und Förderung für Kinder aller Altersgruppen. Ziel ist es, so die Bundesregierung, die frühe Förderung von Kindern und die Erwerbschancen von Eltern miteinander zu verbinden, Nachteile von Familien durch einen fairen Lastenausgleich zu mindern, die wirtschaftliche Stabilität von Familien über den Lebensverlauf hinweg zu unterstützen sowie die Zahl der Geburten zu erhöhen und das Zusammenleben mit Kindern zu fördern.

Mit Hilfe des im Herbst 2006 beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend eingerichteten „Kompetenzzentrum für familienbezogene Leistungen“ möchte die Bundesregierung die Familienpolitik in Deutschland nachhaltig gestalten und wirkungsorientiert steuern. In Verbindung dazu setzt sich die Bundesregierung das Ziel, die Kinderarmut mittels wirksamerer Gestaltung der finanziellen Leistungen

für Familien zu bekämpfen. Folgende finanzielle Leistungen sind davon betroffen:

- Elterngeld: Einführung und Evaluation mit dem Ziel, die Wirkungen der Leistung gemäß der Ziele der nachhaltigen Familienpolitik sowie die Wahrnehmung und Akzeptanz der Leistung in der Öffentlichkeit zu überprüfen.
- Kinderzuschlag: Weiterentwicklung mittels einheitliche Grenzen für Mindesteinkommen, stärkere Erwerbsanreize, Leistungsverbesserungen beim Wohngeld.
- Mehr Geld für Familien mit Kindern: Steuerlicher Grundfreibetrag auf Grundlage des steuerfrei zu stellenden Existenzminimums und steuerliche Berücksichtigung von Kindern, einschließlich der entsprechenden Anpassung des Kindergeldes.

Des weiteren setzt sich die Bundesregierung das Ziel, die frühe Bildung zu fördern und eine entsprechende Infrastruktur auszubauen. Hierzu beabsichtigt die Bundesregierung folgende Maßnahmen:

- Ausbau der Kinderbetreuung bis 2013 und Arbeitsförderung: Mittels des Ausbaus der Kinderbetreuung werden die Risiken der sozialen Ausgrenzung reduziert und die Chancen- und Teilhabegerechtigkeit gestärkt. Dies hat Bedeutung in zweifacher Hinsicht, zum einen für die Kinder selbst und zum zweiten für die Eltern im Sinne der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.
- Betrieblich unterstützte Kinderbetreuung: Eine familienfreundliche Arbeitswelt und gute, verlässliche Kinderbetreuung erhöhen die berufliche Chancengerechtigkeit für berufstätige Mütter und Väter. In diesem Zusammenhang setzt sich die Bundesregierung im Rahmen ihrer Programme „Erfolgsfaktor Familie“ und „Betriebliche unterstützte Kinderbetreuung“ für eine Vielfalt der Kinderbetreuung und für das Engagement von Unternehmen ein.
- Frühe Hilfen und soziale Frühwarnsysteme gegen Vernachlässigung: Die Bundesregierung fördert seit 2007 Modellprojekte. Mittels dieser Projekte sollen frühe Hilfen für Eltern und Kinder und soziale Frühwarnsysteme zum Schutz von Kleinkindern, zur Früherkennung von Risiken und Gefährdungen und zur Implementierung effektiver Hilfesysteme entwickelt und erprobt werden.

- Nationaler Aktionsplan für ein kindergerechtes Deutschland 2005-2010: Da junge Menschen ein Recht auf Bildung, auf gesundes Aufwachsen, auf gesellschaftliche Beteiligung und vor allem auf Schutz vor physischer und psychischer Gewalt haben, hält die Bundesregierung am „Nationalen Aktionsplan für ein kindergerechtes Deutschland 2005-2010“ fest und fordert ein koordiniertes Vorgehen aller zuständigen Ebenen des Bundes, der Länder und der Kommunen.

Beim Übergang ins Erwachsenenalter und von der Schule in Ausbildung und Beruf erfolgen wichtige Weichenstellungen für die soziale Integration und gesellschaftliche Teilhabechancen. Deshalb, so die Bundesregierung, ist es wichtig, gleiche Chancen auf Bildung, Ausbildung und Arbeit zu sichern. Indem auf diese Weise die berufliche und soziale Integration von Jugendlichen verbessert wird, kann Armut nachhaltig bekämpft und „vererbter Armut“ dauerhaft vorgebeugt werden (vergl. Bundesregierung, 2008, S. 208-216).

2.6 Dossier Armutsrisiken von Kindern und Jugendlichen in Deutschland

Ziel dieses im Auftrag vom Kompetenzzentrum für familienbezogene Leistungen im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend erstellten Dossiers ist es, Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen, wie Kinderarmut in Deutschland wirkungsvoll reduziert werden kann. So liefert dieses Dossier auf der einen Seite Daten für aktuelle Debatten im Zusammenhang mit der wirksamen Unterstützung von Familien und ihren Kindern in wirtschaftlich schwierigen Lebenssituationen. Auf der anderen Seite werden Perspektiven für die Reduzierung von Armutsrisiken vorgestellt.

Im ersten Schwerpunkt stellen die Autoren die von ihnen zugrunde gelegten Definitionen und Ursachen der gestiegenen Armutsgefährdung in Deutschland vor. Im weiteren werden materielle Armutsrisiken von Kindern und Jugendlichen in Deutschland aus verschiedenen Blickwinkeln betrachtet:

- Verteilung von Armutsrisiken nach dem Alter der Kinder,
- Armutsrisiken in den alten und neuen Bundesländern,

- Risiken für Kinderarmut in unterschiedlichen Familientypen,
- Armutsrisiken von Kindern aus Familien mit nicht-deutschem Haushaltsvorstand,
- Armutsrisiken und Erwerbsstatus der Eltern.

Im folgenden Schwerpunkt werden diese Ergebnisse für Deutschland im internationalen Vergleich von Statistiken und Studien bewertet.

Anschließend stellen die Autoren Reichweite und Wirksamkeit familien- und sozialpolitischer Instrumente zur Armutsreduzierung und -prävention bei Kindern und Jugendlichen in Deutschland dar.

Abschließend formulieren die Autoren Leitziele zur Reduzierung von Kinderarmut. Hierzu stellen sie fest, dass eine Aufgabe nachhaltiger Familienpolitik die Bereitstellung eines wirksamen und effizienten Systems von Leistungen ist. Diese minimiert Armutsrisiken, mildert die Folgen von Kinderarmut und eröffnet Möglichkeiten, wie sich Familien aus prekären Lebenslagen befreien können. Nach Erkenntnis der Autoren erfordert dies Aktivitäten in drei Handlungsfeldern:

- Familienpolitik muss zur Prävention von Kinderarmut beitragen. Hierzu soll die wirtschaftliche Stabilität von Familien und die Fähigkeit, ein selbstbestimmtes Leben zu führen, gefördert werden. Es geht vor allem um eine langfristige Reduzierung von Risikofaktoren zur Armutsgefährdung von Familien und Kindern.
- Familienpolitik muss einen Betrag zur Reduzierung der konkreten materiellen Armutsgefährdung von Kindern leisten. Insbesondere ist ein Abrutschen von Kindern unter die Armutsrisikoschwelle von 60 Prozent des Medianeinkommens zu vermeiden, obwohl deren Eltern erwerbstätig sind.
- Die Situation von Kindern in einkommensschwachen Familien muss verbessert werden. Dies betrifft vor allem Familien, welche kein existenzsicherndes Einkommen erwirtschaften können.

Vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sind bereits mit der Kinderbetreuung, dem Kinderzuschlag und dem Kindergeld wichtige Entwick-

lungsperspektiven vorgestellt oder bereits umgesetzt worden. Darüber hinausgehende Vorschläge, so die Autoren, erfordern in weiten Teilen auch eine zielgenaue Abstimmung von Maßnahmen aus unterschiedlichen Politikfeldern (vergl. Böhmer, Michael, Heimer, Andreas, 2008).

2.7 Familienreport 2009

Ursula von der Leyen, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend stellt im Vorwort zum Familienreport 2009 fest, dass es im Jahr 2008 erneut gelungen ist, in den drei zentralen Handlungsfeldern der Familienpolitik - Geld, Zeit und Infrastruktur - Verbesserungen zu erzielen. Familien, so Ursula von der Leyen, sind eine verlässliche Größe in Krisenzeiten, weshalb die Bundesregierung gut beraten ist, diese wirksam zu stärken. Im Folgenden widmet sich der Familienreport 2009 der nachhaltigen Familienpolitik 2008, der Familienpolitik als Investition, dem Familienleben in Deutschland, den staatlichen Leistungen, der Armutsreduzierung durch staatliche Leistungen, dem Elterngeld, der Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Alleinerziehende und abschließend der Arbeit des Kompetenzzentrums für familienbezogene Leistungen.

Im Abschnitt zur Armutsreduzierung durch staatliche Leistungen werden, ausgehend von der Darstellung der Familienarmut in Deutschland, Leitziele zur Reduzierung von Armutsrisiken entwickelt. Anschließend werden monetäre Familienleistungen im Hinblick auf ihre Armutsreduktion im internationalen Vergleich betrachtet und ausgewählte Familienleistungen, wie Kinderzuschlag, Kindergeld, Unterhaltsvorschuss und Elterngeld in ihrer Funktion und Wirkungsweise dargestellt. Abschließend gehen die Berichterstatter auf Entwicklungsperspektiven des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ein. Hierzu werden der weiterentwickelte Kinderzuschlag und dessen begleitende Evaluierung, das gestaffelte Kindergeld und der Ausbau der Kinderbetreuung für unter Dreijährige angeführt (vergl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2009).

3 Überblick wissenschaftlicher Publikationen zur Kinderarmut in Deutschland (Auswahl)

- Becher, Ursel: „Bildung - Ressource zur Bekämpfung von Armut“ in „Kinderarmut und Bildung“, 2008

Bildung stellt, so Becher zu Beginn ihrer Ausführungen, neben sozialer Integration, einem stabilen Selbstwertgefühl und Erwerbstätigkeit die primäre Ressource dar, um den Kreislauf von Armut und Benachteiligung zu durchbrechen.

Weiterhin stellt die Autorin fest, dass eine umfassende, gute Bildung heute in Deutschland nicht nur die Voraussetzung für eine qualifizierte Berufsausbildung und damit die Integration in den Arbeitsmarkt ist. Denn Bildung eröffnet auch Partizipationschancen in vielen Lebensbereichen, wie der Gesundheit, der Kultur, oder dem politischen Bereich. Diese genannten Bereiche bleiben ohne Bildung eher verschlossen. Im Sinne des Lebenslagenansatzes geht Becher davon aus, dass Armut und Benachteiligung nicht ausschließlich durch Einkommensprobleme geprägt sind. Vielmehr sind die Betroffenen in mehreren Lebensbereichen in ihren Handlungsmöglichkeiten beeinträchtigt. Ihre weitere Darstellung fokussiert die Autorin auf die Lebenslage Bildung.

Bildung wird dann zu einer Ressource zur Bekämpfung der Armut, so resümiert die Autorin, wenn durch deren Inhalte, Formen und dem soziale Klima in den jeweiligen Institutionen Kindern und Jugendlichen vermittelt wird, dass niemand auf Grund seiner Verschiedenheit diskriminiert und ausgegrenzt wird und Vorurteile an Bedeutung verlieren (vergl. Becher, Ursel, 2008b).

- Becher, Ursel: „Armut stigmatisiert“ in „Kinderarmut und Bildung“, 2008

Die Autorin stellt fest, dass zwischen der Situation „arm zu sein“ und „stigmatisiert zu werden“ ein enger Zusammenhang besteht. In erster Linie werden armen und machtlosen Menschen Stigmata angeheftet. Die Autorin erklärt, ausgehend von der Stigmatheorie, die Aufrechterhaltung und Verfestigung von Armut und Benachteiligung.

Sie stellt fest, dass Stigmatisierungs- und Diskriminierungsprozesse durch die Individualisierung von Armut und Benachteiligung begünstigt werden. In der Realität erleben wir solche individuelle Schuldzuweisungen, welche durch die Übernahme des Fremdkonzepts als Selbstkonzept begünstigt werden. Somit entstehen weiter Stigmatisierung und Ausgrenzung.

Die Autorin stellt fest, dass es notwendig ist, dem Sozialstaatsprinzip in unserer Gesellschaft Geltung zu verschaffen, um diesen Kreislauf zu durchbrechen.

Sie sieht - neben den ökonomischen Entlastungen - entsprechende Regelsysteme, welche die zur Erlangung von Entwicklungs- und Teilhabechancen erforderlichen, fördernden und unterstützenden Funktionen übernehmen können.

Die Experten in den Regelsystemen Schule und Jugendhilfe sollen, um zur Erlangung von Bildungs- und Entwicklungschancen beizutragen, armen und benachteiligten Kindern Anerkennung, Wertschätzung, Ermutigung und Unterstützung entgegenbringen.

Das Augenmerk soll auf kreative, interessante und soziale Verhaltensweisen mittels Anerkennung, Lob, Zutrauen und Ermutigung gerichtet werden, anstatt die alleinige Aufmerksamkeit auf abweichendes und auffälliges Verhalten zu richten. Letzteres impliziert eher eine negative Verstärkung. Die Erfüllung dieser Bedarfe ist eine Voraussetzung, um Teilhabechancen zu erlangen und den Kreislauf der Armut letztendlich zu durchbrechen (vergl. Becher, Ursel, 2008a).

- Benz, Benjamin: „Armut im Familienkontext“ in „Handbuch Armut und soziale Ausgrenzung“, 2008

Ausgehend von Ergebnissen der empirischen Sozialforschung zur Einkommensarmut im Familienkontext betrachtet der Autor zunächst den historischen Wandel von Armut im „ganzen Haus“ und geht anschließend auf die Folgen von Armut im Kindes- und Jugendalter ein.

Im Weiteren betrachtet der Autor Ursachen familienbedingter Armut. In diesem Zusammenhang sieht Benz folgende Problemlagen:

- kein oder zuwenig Markteinkommen trotz familiärer Sorgearbeit und

- die Zahl der zu unterhaltenden Personen mit ihren Unterhaltsbedarfen lässt das verfügbare Erwerbseinkommen tatsächlich an die Armutsgrenze oder darunter sinken.

Somit lassen sich Ursachen familienbedingter Armut insgesamt sowohl auf der individuellen, als auch der gesellschaftlichen Ebene erkennen.

Desweiteren betrachtet Benz die zahlreichen steuerlichen und sozialrechtlichen Maßnahmen in Deutschland, welche direkt und gezielt auf die Beeinflussung der Einkommenslage von Ehen und Familien zielen.

Im Zusammenhang mit der hohen Armutsbetroffenheit von Familien Alleinerziehender macht er deutlich, wie wichtig das private Unterhaltsrecht ist, aber auch wie unzureichend dieses geregelt ist.

Weiter betrachtet der Autor soziale Dienstleistungen der Kinder- und Jugendhilfe sowie des Bildungssystems, da diese wesentlich dazu beitragen können, familienbedingte Armut zu vermeiden, indem sie den eingeschränkten Möglichkeiten zur Erzielung von Markteinkommen aufgrund familiärer Sorgearbeit entgegenwirken.

Insgesamt, so der Autor, wird das Verhältnis zwischen familiären Unterhaltspflichten und Fürsorgeansprüchen prekärer, da der Sozialstaat, Bedürftige und Dritte versuchen, sich bisweilen gegenseitig auf Kosten der anderen Sicherungsinstanz ihrer eigenen Verantwortung zu entziehen.

Im internationalen Vergleich stellt der Autor fest, dass für die Häufigkeit von Armutslagen die Verbreitung familiärer Lebensformen - wie eheliche Kleinfamilie oder Haushalte Alleinerziehender - immer dann eine eher unwichtige Rolle spielt, wenn sozialstaatliche Regelungen die gesellschaftliche Pluralität von Lebensformen berücksichtigen.

Zum Abschluss resümiert der Autor, dass familienbedingte Armut sich in einem spannungsreichen Verhältnis der Sicherungsinstanzen Familie, Markt und Staat abspielt. In diesem Kontext kommt dem gesellschaftlichen Raum im Rahmen von Selbst- und Nachbarschaftshilfe, gemeinnützigen Wohlfahrtsverbänden, genossenschaftlicher Hilfe, Sozialkassen und den Tarifvertragsparteien eine wichtige Rolle zu. Zur Vermeidung, Überwindung oder Linderung prekärer Lebenslagen sind Beiträge all

dieser Instanzen gefragt, wobei diese, wie bereits oben festgestellt, der Versuchung unterliegen, Zuständigkeiten auf die jeweils anderen Akteure abzuwälzen (vergl. Benz, Benjamin, 2008).

- Blome, Agnes, Keck, Wolfgang, Alber, Jens: „Transferleistungen für Familien“ in „Generationenbeziehungen im Wohlfahrtsstaat“, 2008

Die Autoren widmeten sich vor allem der kinderbezogenen Familienpolitik im engeren Sinn. Im vorliegenden Beitrag werden soziale Kinderbetreuungsdienste betrachtet. Im Einzelnen untersuchten die Autoren direkte und indirekte Transferleistungen für Kinder beziehungsweise Familien, Elternzeit (im Sinne von rechtlichen Regelungen zur bezahlten Abwesenheit vom Arbeitsplatz aufgrund von Kindererziehung) und staatlich geleistete oder finanzierte Kinderbetreuung.

Folgende Ergebnisse wurden von den Autoren festgehalten:

- Das Armutsrisiko für Familien mit Kindern vor Bezug sozialstaatlicher Leistungen ist insgesamt gestiegen. Dieser Anstieg wurde jedoch über das erhöhte Kindergeld aufgefangen. Die Autoren stellen einen leichten Rückgang der Armutsquote nach Berücksichtigung aller Einkommen einschließlich der sozialstaatlichen Transfers fest.
- Aktivierende Sozialpolitik, wenn sie auf die Arbeitsmarkteinbindung beider Partner setzt, ist ein bewährtes Mittel zur Reduzierung des Armutsrisikos von Familien mit Kindern. Im Europäischen Vergleich fällt Deutschland aber durch die vergleichsweise schwache Entlastung von Familien mit Kindern im Steuersystem auf. Die Autoren verweisen auf die mangelhafte Koordination verschiedener familienpolitischer Leistungen. Zur Verdeutlichung verweisen die Autoren darauf, dass dem vergleichsweise großzügigen Kindergeld hohe Steuersätze und Sozialabgaben gegenüber stehen. Im Vergleich mit anderen Ländern in Europa fällt ebenso der hohe Anteil an Sozialabgaben auf, welche im Gegensatz zur Einkommensteuer keinerlei Familienkomponente enthalten.
- In Bezug auf die Entlastung durch private Transfers zwischen den Generationen stellen die Autoren fest, dass diese das Problem der Armutsgefährdung

von Familien mit Kindern nicht beheben können. Private Transferleistungen von der älteren an die jüngere Generation sind sehr ungleich verteilt. Hierzu stellen die Autoren fest, dass je höher das Einkommen der Eltern im Rentenalter, desto wahrscheinlicher auch ein entsprechender finanzieller Transfer ist (vergl. Blome, Agnes, Keck, Wolfgang, Alber, Jens, 2008).

- Buhr, Petra: „Ausgrenzung, Entgrenzung, Aktivierung: Armut und Armutspolitik in Deutschland“ in „Sozialer Ausschluss und Soziale Arbeit“, 2008

Die Autorin stellt fest, dass Armut in der wissenschaftlichen und politischen Diskussion zunehmend mit sozialer Ausgrenzung verknüpft wird.

Auf der einen Seite wird befürchtet, dass Arme bzw. Sozialhilfebeziehende sozial ausgegrenzt werden und auf der anderen Seite wird argumentiert, dass mehr Anreize geschaffen werden müssen, um die bequeme sogenannte soziale Hängematte zu verlassen. Letzteres wurde im Sinne von Aktivierung mit dem vorläufigen Höhepunkt, den Gesetzen für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt und der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zur „Grundsicherung für Arbeitsuchende“ diskutiert.

Vor diesem Hintergrund betrachtet die Autorin zunächst das Ausmaß, die Entwicklung und die Folgen von Armut in Deutschland. Hierbei legt sie den Schwerpunkt auf Sozialhilfe, sozialhilfeähnliche Leistungen und Einkommensarmut. Im Weiteren untersucht Buhr, in wieweit sich im letzteren soziale Ausgrenzungstendenzen widerspiegeln.

Den zweiten Teil des Beitrags widmet die Autorin der Betrachtung der Armutspolitik und des sozialpolitischen Umgangs mit Armut und den Armen. Untersucht werden insbesondere die Konsequenzen der neuen aktivierenden Arbeitsmarktpolitik, welche bekanntlich darauf abzielt, Armen und Arbeitslosen neue Chancen zu eröffnen und sie in Erwerbsarbeit zu integrieren (vergl. Buhr, Petra, 2008).

- Butterwegge, Christoph: „Wege aus der Kinderarmut“ in „Aus Politik und Zeitgeschichte“ 26-2006

Der Autor stellt fest, dass es nicht den einen Weg aus der (Kinder-)Armut gibt.

Dementsprechend gibt es nach Ansicht des Autors auch zahlreiche Einzelmaßnahmen, um diese Armut zu reduzieren.

Im folgenden geht Butterwegge auf fünf Politikfelder ein, welche - im Sinne von Wegen aus der Kinderarmut - zu verbinden sind. Diese sind:

- Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik,
- Familienpolitik,
- Bildungspolitik,
- Gesundheits- und Sozialpolitik (einschließlich Kinder- und Jugendhilfe) und
- Stadtentwicklungs- und Wohnungs-(bau)politik
(vergl. Butterwegge, Christoph, 2006).

- Butterwegge, Christoph: „Die „Normalität“ der Kinderarmut“ in Blätter für deutsche und internationale Politik 12-2007

Der Autor berichtet über die neu entstandene Wahrnehmung von Kinderarmut in Deutschland. Butterwegge beschreibt den Weg vom Tabu- zum „Mode-“ Thema und endet bei der „ideologischen Entsorgung“ der Kinderarmut, in dem die fortwährende Verwechslung von Ursachen und Auslösern von Kinderarmut bemängelt wird (vergl. Butterwegge, Christoph, 2007).

- Butterwegge, Christoph: „Kinderarmut als Problem für Schule und Jugendhilfe“ in „Jugendhilfe und Schule“ 2008

Der Autor geht auf Gründe ein, wieso Armut in Deutschland lange Zeit eher nicht wahrgenommen wurde.

Im Weiteren untersucht Butterwegge Umfang, Erscheinungsformen und Folgen von Kinderarmut in Deutschland.

Im Anschluss betrachtet der Autor Ursachen für (Kinder-) Armut, wie zum Beispiel die Globalisierung, und widmet sich anschließend der Thematik der sogenannten Hartz-Gesetze als Beispiel für den Um- bzw. Abbau des Sozialstaates.

Zum Abschluss beschreibt der Autor Interventions- und Präventionsmaßnahmen als gemeinsame Aufgaben von Schule und Jugendhilfe (vergl. Butterwegge, Christoph, 2008c).

- Butterwegge, Christoph: „Bildung - ein Wundermittel gegen die (Kinder-)Armut? Pädagogik kann weder Familien- noch Sozialpolitik ersetzen“ in „Kinderarmut und Bildung“ 2008

Der Autor stellt an den Beginn seiner Betrachtungen eine kurze Bestandsaufnahme von (Kinder-)Armut und Reichtum im vereinten Deutschland.

Er stellt fest, dass sich das Thema Kinderarmut in den letzten Jahren beinahe zu einem Modethema entwickelte. Gleichzeitig, so der Autor, wurde der hoch entwickelte Wohlfahrtsstaat in einer Weise deformiert, so dass die Kinderarmut nicht reduziert, sondern zementiert und zum Teil selbst produziert wurde.

Butterwegge widmet einen Teil seiner Betrachtungen der sich zunehmend entwickelnden Zweigliedrigkeit der Armut („underclass“ und „working poor“). Ebenso untersucht der Autor die sich verschärfende Armut in Ostdeutschland, wobei sich auf Grund der stärkeren Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen der Abbau des Sozialstaates in dieser Region besonders bemerkbar macht.

Im Weiteren geht Butterwegge auf publizistisch kontrovers dargestellte Ansichten zur Bewältigung von (Kinder-)Armut ein. Der Autor spricht in diesem Zusammenhang von der ideologische Entsorgung des Armutsproblems im bürgerlichen Feuilleton. Demzufolge wird vielfach Armut ausschließlich auf deren psychosoziale und subjektive Dimension reduziert. Bildungs- und Kulturarmut begründen jedoch, so der Autor, keine Armutskultur, sondern sind primär Folge materieller Entbehrungen. Da Kinder besonders von Armut betroffen sind, wenn es an der sozialen Infrastruktur fehlt, die es ihren Müttern und Vätern erlauben würde, neben der Familien- auch Erwerbsarbeit zu leisten, liegt in dieser Problematik ein zentraler Ansatzpunkt für Gegenmaßnahmen zur Kinderarmut, so der Autor.

Deshalb folgert Butterwegge, dass es in Kindertageseinrichtungen mehr Plätze für

die Kinder von Alleinerziehenden und kinderreichen Müttern geben muss, dass die entsprechenden Beiträge der Eltern nach Einkommen und Familiengröße gestaffelt sein sollen und dass diese Beiträge ganz oder mittelfristig entfallen müssen.

Einen weiteren Ansatzpunkt zur Bekämpfung von Kinderarmut sieht der Autor darin, dass es den Betroffenen ermöglicht werden muss, sich ihren persönlichen Fähigkeiten gemäß zu entfalten und selbstbestimmt am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben teilzunehmen. Letzteres setzt voraus, dass man unter Kinderarmut nicht nur absolutes Elend, sondern vielmehr auch ein relatives Maß an sozialer Ungleichheit versteht.

Im Anschluss geht der Autor auf Ganztagschulen, als einen weiteren Aspekt der Bekämpfung von Kinderarmut, ein. In diesem Zusammenhang betont Butterwegge, dass durch Ganztagschulen einerseits die von Armut betroffenen oder bedrohten Kinder umfassender betreut und systematischer gefördert werden und andererseits deren Eltern leichter als sonst einer Vollzeitbeschäftigung nachgehen können. Vollbeschäftigung wiederum lässt diese Familien ihre finanzielle Probleme besser meistern.

Im Zuge dieser Diskussion über Ganztagschulen betont Butterwegge die Notwendigkeit einer Reform des sozial selektiven und hierarchisch gegliederten deutschen Schulsystems. Diese Reform soll, im Sinne einer inklusiven Pädagogik, sozialer Desintegration und somit dem Zerfall der Gesellschaft insgesamt entgegenwirken (vergl. Butterwegge, Christoph, 2008a).

- Butterwegge, Christoph: „Arme Kinder, reiches Deutschland“, 2009

Der Autor geht davon aus, dass Kinderarmut in der deutschen Öffentlichkeit lange Jahre nicht präsent war und nennt dafür sechs Gründe:

- Unser Armutsbild ist geprägt von absoluter Not und Elend in den Entwicklungsländern, Kinderarmut in Deutschland tritt jedoch viel weniger spektakulär in Erscheinung.
- In Deutschland waren in der Nachkriegszeit eher ältere Menschen von Unterversorgung und demzufolge Armut betroffen.

- Sogar Erzieher/innen, Lehrer/innen und andere Pädagogen sind aufgrund ihrer Zugehörigkeit zur Mittelschicht manchmal nicht in der Lage, die Probleme von Kindern aus Unterschichtfamilien zu erkennen.
- Tendenziell wird die Schuld für Armut den Betroffenen selbst - oder im Falle der Kinder ihren Eltern - in die Schuhe geschoben.
- Man glaubt irrtümlich, dass Kinderarmut in Deutschland weniger problematisch als in Entwicklungsländern ist.
- Da selbst der Umgang mit Armut stigmatisiert, hat selten jemand gern mit Armut zu tun.

Im Weiteren schildert der Autor Ausmaß, Erscheinungsformen und Folgen der Kinderarmut in Deutschland. Butterwegge geht auf Ursachen der Verarmung von Familien, Frauen und Kindern ein und betrachtet Sozialreformen am Beispiel der sogenannten Hartz-Gesetze, welche seiner Meinung nach zur Armut von Familien und Kindern führen.

Am Ende zeigt der Autor Maßnahmen zur Verringerung und Verhinderung von Kinderarmut auf und stellt resümierend fest, dass Kinderarmut nur durch eine integrale Beschäftigungs-, Bildungs-, Familien- und Sozialpolitik - welche Maßnahmen zur Umverteilung von Arbeit, Einkommen und Vermögen einschließt - beseitigt werden kann (vergl. Butterwegge, Christoph, 2009).

- Chassé, Karl: „Armutsrisiken, Kinderarmut und Jugendhilfe in Ostdeutschland“ in „Soziale Arbeit zwischen Aufbau und Abbau“ 2006

Chassé fokussiert seine Betrachtungen von Kinderarmut auf die spezifischen Umstände in Ostdeutschland. Hierbei geht er von den besonderen Bedingungen durch das Leben in der ehemaligen DDR aus.

Im Vergleich betrachtet der Autor armutsrelevante Kerndaten in den alten und neuen Bundesländern und begründet deren Unterschiede. Trotz dieser bestehenden Unterschiede macht der Autor aber auch auf den bedenklich stimmenden Fakt aufmerksam, dass beständig in der Bundesrepublik die Quote von Kindern, welche in Armut leben, ansteigt und noch weiter ansteigen wird.

Der Autor betont, dass es in Bezug auf diese Betrachtung nicht wichtig ist, ob Armut entsprechend der Armutsgrenze der EU betrachtet wird, oder ob Armut anhand der Sozialhilfebedürftigkeit definiert wird. Des weiteren betont der Autor, dass Armut häufig nur eine biographische Phase ist, jedoch auch, und besonders in Ostdeutschland, einen zunehmend häufiger und längerdauernden erwerbsbiographischen Abstiegsprozess bedeutet. Dies geschieht unabhängig davon, ob der Zustand Armut zeitweise wieder verlassen werden konnte. Benachteiligung und Armut sind als ein allmählicher Prozess hin zum sozialen Ausschluss zu verstehen. In diesem Zusammenhang, so der Autor, muss man sich unbedingt der Spezifik des Armutsbegriffs - zwischen Prozess und Zustand - bewusst bleiben.

Im Weiteren geht der Autor auch auf die Erkenntnis ein, dass sich die Armutslebenslagen von Erwachsenen und Kindern grundsätzlich unterscheiden. Der Autor stellt fest, dass es bisher kaum Forschungsergebnisse gibt, welche die durch Armutsrisiken geprägte kindliche Sozialisation in der längerfristigen Perspektive betrachten. Abschließend benennt der Autor wichtige Konsequenzen für die Jugendhilfe. Diese Konsequenzen betreffen die Jugendhilfepolitik, die Familie, die Schule, die Jugendhilfe, die Gestaltung von Bildungs- und Aneignungsräumen und die Professionalisierung der Sozialen Arbeit (vergl. Chassé, Karl, 2006).

- Chassé, Karl: „Arme Kinder“ in Sozial Extra Nr.1-2 2008

Der Autor stellt an den Beginn seiner Betrachtungen die zunehmenden Informationen über dramatische Fälle von vernachlässigten Kindern.

Nach Meinung von Chassé tragen sowohl die Ökonomisierung in der Sozialen Arbeit, welche unter anderem zu einer zunehmenden Fallbelastung der Professionellen führt, auch die Prekarisierung der Lebenslagen der Adressaten zu dieser Entwicklung bei.

Dieser Prozess führt zu einer Abkoppelung von Familien von der gesellschaftlichen Entwicklung. Dies zeigt sich auch in einer zunehmenden „Vergleichgültigung“ von Eltern gegenüber den eigenen Kindern, welches wiederum manchmal zu Katastrophen führen kann.

Nach Ansicht des Autors ist die Zunahme der Verarmung von Kindern seit den

1990er Jahren nur vor dem Hintergrund global induzierter Prekarisierungstendenzen bei den Familien bzw. in der Bevölkerung zu verstehen.

Ausgehend davon betrachtet Chassé im Weiteren die ihm vorliegenden konkreten Zahlen zur Kinderarmut. Demnach steigt die Anzahl der Kinder und Jugendlichen, die in relativer Armut leben, unabhängig ob man Armut mittels „Armutsgrenze der EU“ oder mittels „Kinder in Familien mit Sozialhilfebezug/Hartz IV“ definiert und misst, in den vergangenen Jahren kontinuierlich an.

Entsprechend Sozialgeld/ Hartz IV sind nach Angaben des Autors zwei Millionen, das bedeutet jedes siebte Kind, ca. 15 % aller Kinder von Armut betroffen. Nach der EU-Armutsgrenze liegt die Quote der von relativer Einkommensarmut betroffenen Kinder bei 13 bis 19 % aller Kinder.

Der Schwerpunkt der Kinderarmut liegt nach Meinung von Chassé in ostdeutschen Gemeinden und Städten, wobei aber auch in westdeutschen Städten und Ballungsräumen Kinderarmut zunehmend anzutreffen sei.

Bedenklich ist, dass Kinder im Vorschul- und Grundschulalter, also in der Lebensphase mit dem größten Potential zur Entwicklung eigener Ressourcen und Kompetenzen, am stärksten vom Risiko der Armut betroffen sind.

Die Auswirkungen von Familienlebenslagen auf Kinder werden als sehr unterschiedlich betrachtet. Für die am stärksten benachteiligte Gruppe, also stark und mehrfach benachteiligte Kinder (ca. 20 % der betroffenen Kinder), stellt Chassé verallgemeinernd fest, dass die elterliche Armut auf fast alle Bereiche der kindlichen Lebenslagen beeinträchtigend wirkt. Dies beinhaltet nach Meinung des Autors unter anderem eine vielfach strukturlöse Alltagsgestaltung, eine teilweise mangelhafte Ernährung und eine meist beengte Wohnsituation. Desweiteren werden wesentliche Aspekte kindlicher Anerkennung und kindlichen Eigenlebens stark beeinträchtigt. Dies wird vor allem durch mangelnde Integration in Gleichaltrigenbeziehungen und fehlende Freundschaften beeinflusst und wiederum begleitet von Ausgrenzungserfahrungen und Stigmatisierungen. Ebenso betroffen ist die soziale Identität als Schüler, auch in Verbindung mit schulischen Leistungsproblemen. Diese Kinder haben also ein wenig befriedigendes Kinderleben, worauf sie entsprechend mit einer Vielzahl psychosomatischer Symptome reagieren. Ebenso bleibt diese Gruppe von Kindern von der Aneignung sozialen und kulturellen Kapitals abgeschnitten. Diese Konstellation

wirkt sich auf den weiteren Bildungsweg der betroffenen Kinder aus.

Die Mehrzahl der armen Kinder lebt jedoch nach Erkenntnissen des Autors oberhalb dieser Extremgruppe. Bei dieser Gruppe stehen die starke Verengung des Kinderlebens und eingeschränkte Teilhabemöglichkeiten an Interessenförderung und sozialen Kontakten im Vordergrund. Diese Einschränkungen werden durch entsprechend geringe familiäre Kompensations- und Bewältigungsmöglichkeiten bedingt. Bei dieser Gruppe von Kindern führt Wohnungsenge und fehlender Raum zur Regeneration, verbunden mit Geschwisterkonflikten, zu Beeinträchtigungen der Gleichaltrigenkontakte. Verstärkt wird dieses durch ein nicht kindgemäßes Umfeld. Desweiteren erschweren zusätzlich das Auseinanderfallen von Schul- und Nachbarschaftskontakten den betroffenen Kindern die Aufrechterhaltung und Intensivierung von Beziehungen zu Gleichaltrigen. Hinzu kommen weitere Faktoren, die die kindlichen Gestaltungsmöglichkeiten in diesem Bereich des Kinderlebens beeinträchtigen, wie Ablehnung und Ausschluss durch Gleichaltrige, fehlende Unterstützung oder auch fehlende oder unzulängliche Kommunikation über die materielle Lage zwischen Eltern und Kindern.

Zum Schluss blickt Chassé resümierend auf seine Betrachtungen zur Kinderarmut und stellt fest, dass einerseits der Kinderschutz gegenüber den Eltern zu Gunsten staatlicher Eingriffsrechte verstärkt wurde aber andererseits auch die Chance eines Ausbaus eigenständiger Kinderrechte verpasst wurde.

Nach Meinung des Autors wird Jugendhilfe gut daran tun, die geschilderten Entwicklungen in ihrer Ambivalenz zu betrachten. Denn nur wenn Hilfsangebote niedrigschwellig konstruiert und in einer Kultur der Anerkennung angeboten und angenommen werden können, und wenn diese sich an alle richten - nicht ausgrenzend und stigmatisierend - erfolgt eine positive Stärkung der Kinderrechte.

Abschließend mahnt der Autor die Gestaltung von kindlichen Lebenslagen statt Schadensbegrenzung an. Dies jedoch unter der Beachtung, dass hierzu auch Perspektiven für die Eltern gehören, denen Alternativen zur Prekarität eröffnet werden müssen (vergl. Chassé, Karl, 2008).

- Gläser, Eva, Miller, Susanne, Toppe, Sabine: „Zwischen Ausgrenzung und Normalität - Perspektiven auf Armut in der Grundschule“ in „Chancenungleichheit in der Grundschule“ 2008

Die Autorinnen gehen in ihren Betrachtungen davon aus, dass zur Zeit in Deutschland etwa 2,6 Millionen Kinder in Armut leben. Sie stellen fest, dass über die Mehrdimensionalität von Kinderarmut und die Vielfalt möglicher Folgen es einen guten Forschungsstand gibt. Ebenso ist bekannt, dass diese Kinder in besonderer Weise von Bildungsungleichheit betroffen sind. Hierfür, so die Autorinnen, sind nicht nur die zentralen sozialen und räumlichen Aufwuchsbedingungen verantwortlich, sondern auch die Bedingungen unseres Schulsystems und die in ihm handelnden Lehrkräfte. Aus diesem Grund richten die Autorinnen einen schulpädagogischen, sozialpädagogischen und kindbezogenen Blick auf die Lehrerinnen, Lehrer und Schulkinder an den Grundschulen.

Grundlage der Betrachtung sind Studien der Autorinnen an Grundschulen. Einerseits werden Wahrnehmungen, Deutungsmuster und Handlungsansätze von Lehrkräften bezüglich Kinderarmut und andererseits kindliche Deutungsmuster von Armut untersucht. Im Ergebnis dieser Studien konnten die Autorinnen feststellen, dass ein erheblicher Teil der in den Schulen wahrgenommenen Probleme und Folgen von Armut von den Lehrkräften kausal dem häuslichen Milieu zugeschrieben wird. Dabei wird teilweise unterstellt, dass diese Probleme eher durch den fehlenden guten Willen von Eltern als durch das Fehlen von objektiven Möglichkeiten verursacht werden. Eine Beteiligung am Herstellungsprozess von negativen Lernentwicklungen oder Exklusionsprozessen sehen die betroffenen Lehrerinnen und Lehrer eher nicht. In Bezug auf Kinderarmut stellen die Autorinnen eine Antinomie in der Lehrprofessionalität fest. Die Beachtung und Wahrnehmung von sozialer Differenz sei einerseits notwendig, um die Kinder in ihren Lebenswelten zu verstehen und die Ausgangsbasis für mögliche Unterstützungs- oder Kompensationsmaßnahmen zu erkennen. Gleichzeitig scheint damit aber die Gefahr verbunden, sich somit an der Konstruktion von Ungleichheit zu beteiligen.

Hilfreich könnte es nach Ansicht der Autorinnen diesbezüglich sein, eine reflexive Pädagogik zur Reduktion herkunftsbedingter Chancenungleichheit zu entwickeln. Dies bedeutet, die Sozialisationsbedingungen von Kindern, die in Armut leben, gleich-

zeitig zu dramatisieren und zu entdramatisieren. Gleichermäßen stellt sich für die Autoren die Frage der Kooperation mit anderen Erziehungs- und Bildungsprofessionen wie der Sozialpädagogik (vergl. Gläser, Eva, Miller, Susanne, Toppe, Sabine, 2008).

- Holz, Gerda, Giering, Dietrich: „Kinderarmut ist auch Armut an Bildung und Erziehung“ in „Inform 3/ 2006“

Die Autoren stellen in diesem Beitrag zentrale Ergebnisse der von 1997 bis 2005 vom Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS) durchgeführten Quer- und Längsschnittuntersuchungen (so genannten AWO-ISS-Studien) vor. In den neun Berichten der Studien wurden u.a. die kindspezifische Folgen von Armut im Verlauf der Grundschulzeit untersucht.

Folgende zentrale Aussagen zur Kinderarmut werden getroffen:

- Kinderarmut ist kein Randphänomen,
 - Kinderarmut ist komplex und mehrdimensional,
 - Kinderarmut wirkt bereits in der KITA und in der Grundschule auf die Entwicklung von Kindern einschränkend und ausgrenzend,
 - Armut hat Bildungsarmut zur Folge, d.h. die Schulkarriere verläuft mit zunehmendem Misserfolg,
 - Schule kann ein Schutzfaktor für arme Kinder sein, wenn vorhandene Potentiale konsequent genutzt und umgesetzt werden (vergl. Holz, Gerda, Giering, Dietrich, 2006).
-
- Groh-Samberg, Olaf: „Soziale Ungleichheit im Kindes- und Jugendalter“ in „Aus Politik und Zeitgeschichte“ 26-2006

Die Autoren stellen fest, dass sich in der Zunahme der Armut von Kindern und Jugendlichen zwei parallele Entwicklungen widerspiegeln.

Erstens ist dies Ausdruck einer Polarisierung zwischen haushaltsspezifischen Lebensformen. Denn Kinder zu haben, stellt in Deutschland ein zunehmendes Armutsrisiko dar. Letzteres muss, nicht zuletzt angesichts der demographischen Entwicklung, als ein politischer Skandal bewertet werden.

Zweitens nehmen auch die sozialen Ungleichheiten zwischen Kindern bzw. Familien zu. Die Autoren verstehen dies primär als vertikale Ungleichheiten der Lebenslagen und der Lebenschancen.

Im Weiteren stellen die Autoren fest, dass sich ungleichheitsverursachende makrosoziale Trends, wie die Entwicklungen am Arbeitsmarkt und des Sozialstaats, unmittelbar und schneller zu Ungleichheiten zwischen jungen Familien als zu Ungleichheiten zwischen „älteren“ Haushalten oder auch jungen Singles führen.

Die Autoren betonen, dass die Wahrnehmung und Verarbeitung sozialer Ungleichheiten die Sozialisation von Kindern prägt. Denn Kinder erleben und bewerten ihre eigene soziale Lage nicht im Vergleich zu Rentnerhaushalten oder kinderlosen Paaren, sondern zu jenen von Gleichaltrigen. Die Ungleichheiten zwischen Kindern und Jugendlichen beeinflussen somit sowohl deren objektive Lebenschancen als auch ihre subjektiven Erwartungen und Einstellungen.

In Bezug auf die Verteilung von Armut untersuchten die Autoren Armut im Vergleich über verschiedene Altersgruppen. Hierbei zeigte sich, dass Kinder und Jugendliche die höchsten Armutsquoten aufweisen. Am stärksten betroffen sind Schulkinder im Alter von 7 bis 16 Jahren. Die Jugendlichen (17 bis 25 Jahre) weisen im Vergleich zu ihnen zwar eine etwas geringere Quote extremer Armut auf, jedoch wird ebenfalls deutlich, dass in dieser schwierigen Statuspassage (Übergang in die Selbstständigkeit) Armut zumindest temporär sehr häufig auftritt und nur noch weniger als die Hälfte der Jugendlichen dauerhaft vor Armut und Prekarität geschützt sind.

Auf der Tatsache aufbauend, dass eine allein altersbezogene Betrachtung der Kinderarmut Ungleichheiten zwischen Kindern und Jugendlichen verdeckt, betrachten die Autoren im folgenden Kinderarmut aus dem Blickwinkel der sozialen Merkmale der Herkunftsfamilien.

Die Autoren stellen diesbezüglich fest, dass Armut eingebettet ist in eine klassen- und migrationsspezifische Strukturierung sozialer Ungleichheiten. Demnach, so die Autoren, muss Kinderarmut im Zusammenhang mit mehrfachen gesellschaftlichen

Spaltungsprozessen, das heißt, zwischen kinderreichen und kinderlosen Lebensformen, zwischen Arbeiterklassen und höheren sozialen Klassen und zwischen Einheimischen und Zugewanderten betrachtet werden.

Im Zuge der Analyse von Bewältigungsstrategien verweisen die Autoren darauf, dass in vorhandenen empirischen Forschungen insbesondere die Bedeutsamkeit der Familie und der sozialen und kulturellen Ressourcen herausgearbeitet wird. Diese Erkenntnisse, so fassen die Autoren kritisch zusammen, liefern durchaus positive Anhaltspunkte für sozialpädagogische Interventionen, bergen jedoch auch die Gefahr in sich, einer Individualisierung von Armut Vorschub zu leisten, da soziale Kontexte ausgeblendet werden.

Bei der Übertragung von Forschungsfragen zu coping- bzw. Bewältigungsprozessen und zu Bedingungen für Resilienz aus der Stress- und Entwicklungspsychologie auf die Armutsforschung stellt sich nach Meinung der Autoren das zentrale Problem, was als Kriterium einer positiven Bewältigung von Armut gelten soll. Ein Kriterium könnte die Überwindung der Armutssituation an sich sein, wobei diese aber die Gefahr in sich birgt, die Logik von Sozial- und Arbeitsagenturen zu übernehmen, wonach ein Problem dann als gelöst gilt, wenn die entsprechenden Klienten aus dem Transferbezug entlassen werden.

Wenn man sich dagegen enger an der psychologischen Herkunft der Lösungskonzepte orientiert, so die Autoren, dann gilt Armut als bewältigt, wenn die betroffenen Kinder psychisch gesund bleiben. Bei dieser Herangehensweise ist nach Ansicht der Autoren kritisch zu betrachten, dass sich die geringsten psychosozialen Dissonanzen gerade bei denjenigen Armutsgruppen finden lassen, welche sich in ihren Lebensführungsmustern und Erwartungen auf ein Leben in dauerhafter bzw. immer wiederkehrender Armut und Benachteiligung eingestellt haben. Im Sinne tatsächlichen Überwindung von Armut und benachteiligter Klassenlage handeln diese Betroffenen jedoch kontraproduktiv.

Die Autoren beschreiben den Zielkonflikt zwischen der möglichst schnellen Überwindung von Armutslagen und der Minimierung psychosozialer Spannungen und Konflikte durch Adaption an begrenzte materielle, soziale und kulturelle Ressourcen als ein zentrales Spannungsfeld in Bezug auf Erfahrungen und Orientierungen benachteiligter und ausgegrenzter Jugendlicher. Zutage tritt dieser als Grundkon-

flikt zwischen einerseits der Orientierung am Herkunftsmilieu - mit entsprechender Handlungssicherheit und sozialer Integration - und andererseits der riskanten Orientierung am sozialen Aufstieg durch Bildung, welcher einer institutionellen Selektionslogik unterliegt.

Diese eher sozialpsychologisch orientierte quantitative Forschung kann nach Ansicht der Autoren den Lebenswelten und Sozialisationsverhältnissen der betroffenen Kinder nicht gerecht werden. Denn Armut muss in der Regel nicht als begrenzte Episode oder als isolierbarer Stressor im Entwicklungsverlauf, sondern als eine zusätzliche Belastung im Kontext klassenspezifischer, ethnischer und milieuspezifischer Benachteiligungen und Differenzierungen betrachtet werden. Der Wohlfahrtsstaat mit seinen Konzepten und Institutionen einer aktivierenden Sozialpolitik greift nach Meinung der Autoren immer penetranter in die private Lebensführung und die biographischen Orientierungen der von Armut und Ausgrenzung betroffenen Milieus ein, als ob in diesen die Ursache der Armut zu finden wäre. Abschließend stellen die Autoren fest, dass der Widerspruch zwischen der politischen Rhetorik der Teilhabegerechtigkeit, der Aktivierung, des Fallmanagement und der Hilfe aus einer Hand auf der einen Seite und der tatsächlichen Politik fortgesetzter Leistungskürzungen und einer im historischen Vergleich ungeheuerlichen Beschneidung von sozialen Bürgerrechten auf der anderen Seite zum Zerreißen groß ist (vergl. Groh-Samberg, Olaf, Grundmann, Matthias, 2006).

- Holz, Gerda: „Armut und Ausgrenzung von Familien und Kindern - Erscheinungsbild und Bewältigungsmöglichkeiten“ in: „Dokumentation: Armut und Ausgrenzung von Familien und Kindern - Möglichkeiten der Prävention und Überwindung“ 2006

Am Anfang Ihres Beitrages stellt Holz fest, dass Armut bei Kindern und deren Familien in Deutschland kein Randphänomen ist. Kinder sind nach wie vor die am häufigsten von Armut betroffene Altersgruppe in Deutschland. Je jünger die Kinder desto größer ist das Risiko der Armut. Mindestens jedes siebte Kind ist von Armut betroffen. Die sogenannte „Infantilisierung der Armut“ bleibt, mit Blick auf die aktuellen Daten, ein zentrales gesellschaftliches Problem. Die Ursachen hierfür liegen, so die Autorin in gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen. Somit ist Armut eine

komplexe Lebenslage, welche mehrdimensional wirkt. Erfassbar und messbar wird diese durch Anwendung eines kombinierten Ressourcen- und Lebenslagekonzeptes, so Holz. In weiterführenden Betrachtungen muss, so die Autorin, jedoch eine kindzentrierte Sichtweise eingenommen werden.

Bereits im Vorschulalter wird durch ein breites Spektrum an Lebenslagen und sozialen Ungleichheiten Armut vorgezeichnet. Später im Grundschulalter kommt es zur Verfestigung und überdurchschnittlich oft zur Ausweitung der defizitären Situation für die betroffenen Kinder. Diesbezüglich merkt die Autorin an, dass das Aufwachsen unter Armutsbedingungen umso mehr Gefahren in sich birgt, desto früher und desto länger Kinder diesen Bedingungen ausgesetzt sind.

Holz stellt fest, dass Armut der stärkste Risikofaktor für die kindliche Entwicklung ist. Gleichbedeutend benennt die Autorin Schutzfaktoren, welche möglichen Entwicklungsdefiziten entgegenwirken. In diesem Zusammenhang stellt Holz fest, dass je größer die Zahl der Schutzfaktoren ist, auf die ein Kind zugreifen kann, desto größer ist die Chance, trotz Armut im Wohlergehen aufwachsen und einen erfolgreichen Lebensweg gehen zu können.

Nach Ansicht der Autorin ist durch eine systematische Förderung armer Kinder Benachteiligung vermeidbar. Erforderlich hierzu sind notwendigerweise ein gesellschaftliches Leitziel und ein Gesamtkonzept zur kindbezogenen Armutsprävention (vergl. Holz, Gerda, 2006a).

- Holz, Gerda: „Lebenslagen und Chancen von Kindern in Deutschland“ in „Aus Politik und Zeitgeschichte“ 26-2006

Die Autorin verweist zu Beginn ihres Beitrages auf den Anachronismus, dass die immer weniger werdenden Kinder einem immer höheren Armutsrisiko unterliegen. Sie stellt sich die Frage, ob Kinder per se ein Armutsrisiko für Familien darstellen oder ob Familien armutsgefährdet sind, da sie am stärksten negativ von gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen betroffen sind. Holz beantwortet dies mit: Sowohl als auch.

Im Weiteren folgt die Autorin Ihrem Beitrag „Armut und Ausgrenzung von Familien und Kindern Erscheinungsbild und Bewältigungsformen“ auf der NAPSENS-TAGUNG: Armut und Ausgrenzung von Familien und Kindern, Mainz 9. Februar

2006, siehe oben. In Ergänzung des oben aufgeführten Beitrages geht Holz hier differenzierter auf einzelne Altersstufen von sechs Jahren bis zum Ende der Grundschulzeit ein und erläutert ausführlicher die Funktionen der bereits genannten Schutzfaktoren (vergl. Holz, Gerda, 2006b).

- Holz, Gerda: „Armut verhindert Bildung - Lebenslagen und Zukunftschancen von Kindern“ in „Armut und Teilhabe“ 2008

Gerda Holz betrachtet in diesem Beitrag das gesellschaftliche Phänomen „Kinderarmut“ hinsichtlich dessen Umfang, dessen Ursachen und dessen spezifischen Risiken für die verschiedenen Bevölkerungsgruppen.

Hierzu entwickelt die Autorin eine eigene Definition von Kinderarmut. Wenn von Armut bei Kindern gesprochen werde, so Holz, dann gelte folgendes:

- Ausgangspunkt ist Einkommensarmut.
- Das Kind lebt in einer einkommensarmen Familie.
- Es zeigen sich kindspezifische Erscheinungsformen von Armut in Gestalt von materieller, kultureller, gesundheitlicher und sozialer Unterversorgung.
- Die Entwicklungsbedingungen des Kindes sind beeinträchtigt, wobei dies ein Aufwachsen mit Benachteiligungen oder in multipler Deprivation umfassen kann.
- Die Zukunftsperspektiven des Kindes sind eingeschränkt.

Des weiteren gibt die Autorin einen breiten Über- und Einblick in das komplexe Geflecht der Auswirkungen von Armut auf die Lebenssituation von Kindern.

Abschließend skizziert Holz Ansätze zur sozialen Gegensteuerung im Rahmen eines Konzeptes der kindbezogenen (Armuts-)Prävention. Dieses muss, nach Ansicht der Autorin sowohl auf struktureller Ebene, im Sinne von struktureller Armutsprävention durch Veränderung von Rahmenbedingungen, als auch auf individueller Ebene, im Sinne von Förderung und Stärkung des Kindes und seiner Familie durch Veränderung von Handeln und Verhalten, ansetzen (vergl. Holz, Gerda, 2008a).

- Holz, Gerda: „Kinderarmut und familienbezogene soziale Dienstleistungen“ in „Handbuch Armut und Soziale Ausgrenzung“ 2008

Die Autorin stellt fest, dass in Deutschland ein ausdifferenziertes System von Geld- und Dienstleistungen für (arme) Familien und Kinder besteht.

Interessant hierbei ist, was in diesem System unter familiären Armutsbedingungen bei den Kindern tatsächlich an Hilfen und Unterstützung ankommt.

Nach Ansicht der Autorin zeigt sich, dass das System der materiellen Grundsicherung/-versorgung sowie die Instrumente einer kind- bzw. familienbezogenen Armutsprävention besser miteinander verknüpft und aufeinander abgestimmt werden müssen. Holz betont, dass es diesbezüglich eines integrativen Ansatzes bedarf, in dem Geld-, Sach- und Dienstleistungen zusammen gedacht und nicht aus haushaltpolitischen Gründen gegeneinander ausgespielt werden.

Mit Blick auf Familien müssen soziale Dienstleistungen auf Bedarfe verschiedener Gruppen eingehen und erwachsenen- und kindbezogene sowie genderspezifische Unterstützungsmaßnahmen anbieten. Ein breiter wissenschaftlicher Diskurs über Armut und familienbezogene soziale Dienstleistungen findet nach Ansicht der Autorin bisher noch nicht statt (vergl. Holz, Gerda, 2008b).

- Hülskamp, Nicola: „Kinderarmut: Hat die Familienförderung versagt?“ 2007

Die Autorin vom Institut der deutschen Wirtschaft nimmt Bezug auf eine OECD-Studie zur Vereinbarkeit von Familie, und Beruf. Diese Studie lenkt den Blick auf die Ursachen der Kinderarmut: Den Zusammenhang zwischen familiären Erwerbsmustern und Armutsrisiken.

Nach Ansicht der Autorin erhält somit die Debatte um die Erwerbstätigkeit von Müttern eine neue Note, denn nicht nur aus Sicht des zunehmend demografisch gebeutelten Arbeitsmarktes und aus dem Blickwinkel erwerbsorientierter, emanzipierter junger Frauen soll die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessert werden, sondern auch aus Kindessicht würde viel dafür sprechen, die Erwerbstätigkeit von Müttern zu fördern.

Sowohl die Qualität der Betreuung als auch die materielle Versorgung des Kindes, unabhängig davon, ob die Betreuung Zuhause oder in einer Institution erfolgt, sind

entscheidend für die Zielerreichung. Die Autorin stellt fest, dass ein ausschließlich an häusliche Betreuung gekoppeltes Betreuungsgeld daher in die falsche Richtung zielt, da dieses erfahrungsgemäß gerade jene Kinder vom Besuch öffentlicher Betreuungseinrichtungen abhält, die davon am meisten profitieren würden.

Abschließend stellt die Autorin fest, dass es sich die deutsche Familienpolitik nicht erlauben kann, von der Schwerpunktsetzung „Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ wieder abzurücken, so lange sich an den geschilderten grundlegenden Fakten nichts geändert hat (vergl. Hülkamp, Nicola, 2007).

- Klundt, Michael: „Gesamtbilanz“ in „Von der sozialen zur Generationengerechtigkeit?“ 2008

Der Autor betrachtet die Debatten über (Kinder-)Armut und Reichtum in Deutschland und stellt fest, dass diese gekennzeichnet sind von einem ständigen Wechsel zwischen Tabuisierung und Skandalisierung. Jedoch lassen sich (Kinder-)Armut und Reichtum am umfassendsten mit Hilfe von multidimensionalen Forschungsansätzen untersuchen. Auf diese Art und Weise wird eine Wechselwirkung zwischen extremen sozialen Disparitäten einerseits und der Politik von Sozialstaatsreduktion andererseits deutlich.

Kritisch merkt Klundt an, dass sich im Gegensatz dazu jedoch andere Deutungsmuster sozialer Ungleichheiten in wissenschaftlichen, politischen und medialen Äußerungen großer Beliebtheit erfreuen. Diese Deutungsmuster besagen, dass der zentrale gesellschaftliche Widerspruch zwischen Alt und Jung sowie zwischen Eltern und Kinderlosen ausgetragen wird. Demografie-, generationengerechtigkeits-, nachhaltigkeits- und familienausbeutungspolitische Sachzwangkonstruktionen stehen bei diesen Argumentationen im Vordergrund. Klundt stellt hierzu fest, dass daher die Popularität bestimmter Deutungsvarianten besonders der Polarisierung sozialer Lebenslagen zwischen Arm und Reich und dem damit verbundenen Macht-Ungleichgewicht in der kapitalistischen Gesellschaft geschuldet ist.

Nach Ansicht des Autors soll die Diskussion über die Verteilung zwischen Generationen nicht den Blick darauf verstellen, dass es sozial-, verteilungs- und gesellschaftspolitisch in hohem Maße um die Verteilung innerhalb von Generationen geht.

Klundt stellt fest, dass durch die Beendigung der paritätischen Finanzierung und

der einseitigen Entlastung der Arbeitgeber ein Systembruch in der sozialen Sicherung stattfindet. Dieser wird jedoch in der öffentlichen Debatte demagogisch als Verteilungskonflikt zwischen den Generationen dargestellt. Der wirkliche Konflikt, so der Autor, existiert innerhalb der Generationen, zum Beispiel zwischen öffentlichen Sparzwängen einerseits und wachsendem privatem Reichtum und Wohlstand andererseits.

Schlussfolgernd fasst Klundt zusammen, dass emanzipatorische Familien- und Sozialpolitik sowie eine Armuts- und Reichtumsforschung in dem Maße konterkariert wird, wie die Bundesregierung ausblendet, dass die Steuer-, Arbeitsmarkt- und Sozialreformprogramme - durch steuerliche Entlastung und Förderung vor allem der Reichen und Vermögenden - eher zur Verschärfung gesellschaftlicher Spaltungsprozesse in der Bundesrepublik beitragen.

Der Autor resümiert, dass (Langzeit-)Arbeitslosigkeit zwar nicht die Ursache, aber ein häufiger Auslöser von (Kinder-)Armut ist. Daher bietet es sich an, der (Langzeit-)Arbeitslosigkeit durch eine konsequente Beschäftigungspolitik entgegenzuwirken. Dem Autor erscheinen Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Familie besonders vordringlich, da einerseits nur sogenannte Doppelernährer-Familien halbwegs vor Kinderarmut geschützt sind, andererseits aber eine ganztägige Betreuung der Kinder nicht gewährleistet ist (vergl. Klundt, Michael, 2008).

.

- Kuhlmann, Carola: „Bildungsarmut und die soziale „Vererbung“ von Ungleichheiten“ in „Handbuch Armut und Soziale Ausgrenzung“ 2008

Zu Beginn ihrer Betrachtungen stellt Kuhlmann fest, dass in modernen westlichen Demokratien die Chancengleichheit aller Menschen zu den wesentlichen Grundrechten gehört. Die Autorin vertritt hierbei die These, dass der Anspruch der Chancengleichheit in Deutschland gerade in Bezug auf die Bildungschancen nicht eingehalten wird, sodass viele Kinder „arm“ an Bildung blieben. In diesem Zusammenhang verweist die Autorin darauf, dass den Menschen heute mehr als früher durch einen Bildungsabschluss auch andere Chancen der Teilhabe zugewiesen werden. Aus historischer Sicht also erkennt die Autorin, dass heute Bildung für die Tendenz Armut oder Reichtum entscheidend ist.

Im Weiteren geht Kuhlmann ausführlich auf die Theorie vom kulturellen Kapital von Pierre Bourdieu ein.

Anschließend widmet sich die Autorin psychologischen Theorien über die genetisch bedingte Intelligenzentwicklung. Anschließend stellt Kuhlmann Ergebnissen der neueren Gehirnforschung, insbesondere die Erkenntnis, dass das menschliche Gehirn in seinen Strukturen nicht vorgegeben ist, sondern sich stets entwickelt und verändert, vor und diskutiert diese kritisch.

Im Anschluß betrachtet die Autorin Aufbau und Ergebnisse der PISA-Studie. Sie beschreibt und kritisiert Entwicklungstendenzen des deutschen Schulsystems. Hierzu stellt Kuhlmann fest, dass es aus erziehungswissenschaftlicher oder lerntheoretischer Sicht kein Argument für die Aufrechterhaltung des so früh in drei Teile gegliederten Schulsystems gibt.

Ausgehend von den Erkenntnissen der neueren Lernforschung, der Erkenntnis der Rede von der natürlichen Begabung als Ideologie nach Bourdieu und der im Grundgesetz verankerten Chancengerechtigkeit stellt die Autorin fest, dass politische und pädagogische Wege gesucht werden müssen, um die milieubedingte Exklusion von Bildung zu überwinden. Hierbei stellt die Autorin möglichst frühe Fördermöglichkeiten im Sinne einer Kompensierenden Elementarpädagogik in den Mittelpunkt ihrer Betrachtungen (vergl. Kuhlmann, Carola, 2008).

- Lorenz, Waltraud: „Aufwachsen in Benachteiligung: Kinder und Jugendliche in Armutslagen“ in „Tagesbetreuung im Wandel“ 2008

Die Autorin stellt fest, dass Kinderarmut in Deutschland nicht mehr zu leugnen ist. Da hiermit die Frage des gesellschaftlichen Konsens der Gerechtigkeit verbunden ist, muss auch die Diskussion um den Armutsbegriff dringend aus gesellschaftlicher Sicht erfolgen.

Nach Ansicht von Lorenz hat das Aufwachsen in Benachteiligung Folgen für Kinder und Jugendliche und in diesem Zusammenhang auch Auswirkungen auf Bedeutungsbestände und Werte der Gesellschaft. Die Folgen von Kinderarmut, so die Autorin, verändern nicht nur das Leben der betroffenen Kinder und Jugendlichen. In diesem Zusammenhang müssen auch die Auswirkungen auf das Gesamtverhalten einer Gesellschaft betrachtet werden.

Im Weiteren geht die Autorin der Frage nach, was das Konzept der Lebenslagen für benachteiligte Kinder und Jugendliche und speziell für die Arbeit in Kindertageseinrichtungen bedeutet. Lorenz stellt fest, dass Kinderarmut Realität in Kindertageseinrichtungen ist. Die ständig wachsende Zahl der Kinder, die von Armut bedroht oder betroffen sind, stellen die Kindertageseinrichtung vor immer neue Aufgaben. Allein auf Grund der Tatsache, dass Familien immer häufiger selbst nicht in der Lage sind, die physischen und psychischen Grundbedürfnisse ihrer Kinder zu befriedigen, entwickeln sich diese zunehmend zu einer neuen Aufgabe der Einrichtungen. Daran anknüpfend stellt Lorenz fest, dass die multifaktorielle Problematik der betroffenen Familien eine fachlich fundierte Elternarbeit erfordert.

Anschließend betrachtet die Autorin Kinderarmut aus familiensystemischer und aus entwicklungspsychologischer Sicht.

Abschließend versucht die Autorin eine Antwort auf die Frage zu finden, welche Auswirkungen Kinderarmut auf die Struktur von Kindertagesstätten und deren pädagogischer Arbeit hat. Einen Schwerpunkt hierbei sieht Lorenz im Erkennen systemischer Zusammenhänge und in der interdisziplinären Vernetzung mit anderen Institutionen, wie Kinder- und Jugendtherapeuten, sozialpädagogische Familienhilfen, Erziehungs- und Schuldnerberatung, Frühförderstellen, Schulen, Wohlfahrtsverbände und auch Behörden (vergl. Lorenz, Waltraud, 2008).

- Mangelsdorff, Ursula: „Armut macht krank“ in „Kinderarmut und Bildung“ 2008

Die Autorin geht davon aus, dass Armut nicht nur monetärer Mangel, sondern auch fehlende Teilhabe im sozialen und kulturellen Bereich ist. Die Auswirkungen von Armut sind deshalb auch in zahlreichen Lebensbereichen zu spüren. Einer dieser Bereiche ist der Gesundheitssektor. Gesundheit nach WHO-Definition bedeutet nicht nur körperliches, sondern auch soziales und mentales Wohlbefinden. Mangelsdorff stellt fest, dass viele Krankheiten und Gesundheitsstörungen bei einkommensschwachen und sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen deutlich häufiger auftreten. Besonders betroffen hiervon sind Arbeitslose, Niedrigqualifizierte, Alleinerziehende, Familien mit mehreren Kindern und Familien mit Migrationshintergrund. In der Regel, so die Autorin, sind die Kinder die Leidtragenden, da diese auf die Fürsorge der Eltern angewiesen sind und noch nicht selbstbestimmt handeln können.

Im Weiteren stellt Mangelsdorff ausgewählte Publikationen vor, welche verwertbare Angaben unter Einbeziehung des familiären Hintergrundes beinhalten. Im Ergebnis der Betrachtung dieser Publikationen stellt die Autorin fest, dass in der Gruppe der Kinder aus sozial benachteiligten Familien:

- mehr Kinder Übergewicht und Adipositas haben,
- mehr Kinder und Jugendliche rauchen,
- diese Kinder weniger gestillt werden,
- weniger Sport getrieben wird,
- mehr Freizeit vor dem Bildschirm verbracht wird,
- die Zähne seltener geputzt werden,
- die Kinder häufiger Opfer von Verkehrsunfällen sind,
- die Kinder eine geringere motorische Leistungsfähigkeit haben,
- häufiger Verhaltensauffälligkeiten anzutreffen sind,
- häufiger psychische Probleme und Essstörungen auftreten,
- ein ungünstigeres Familienklima zu verzeichnen ist,
- geringe personale, soziale und familiäre Ressourcen vorhanden sind,
- höhere Gewaltbelastung anzutreffen ist,
- eine erhöhte eigene Gewaltbereitschaft vorliegt,
- Kinder bei vergleichbaren Krankheitssymptomen seltener dem Arzt vorgestellt werden,
- Kinder häufiger das Aufmerksamkeitsdefizit/Hyperaktivitätsstörungen (ADHS) vorweisen,
- die Kinder seltener Arzneimittel einnehmen,
- Kinderfrüherkennungsuntersuchungen seltener wahrgenommen werden,

- eine ungesündere Ernährung überwiegt,
- diese Kinder Mütter haben, welche während der Schwangerschaft häufiger geraucht haben,
- die Kinder seltener Schutzkleidung (Fahrradhelm, Knieschützer, etc.) tragen.

Mangelsdorff stellt im Weiteren fest, dass Vorsorgeuntersuchungen, welche zum Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung gehören und von den Eltern kostenlos in Anspruch genommen werden können, abhängig vom Sozialstatus, unterschiedlich genutzt werden. Hier werde besonders deutlich, dass es unter Berücksichtigung von Sozialstatus und Migrationshintergrund eine unterschiedliche Inanspruchnahme dieser Untersuchungen gibt. Die Autorin stellt fest, dass Familien, die eher der Oberschicht anzurechnen sind, häufiger an den Untersuchungen teilnehmen als Familien mit niedrigem Sozialstatus.

Nachfolgend stellt die Autorin Entwicklungsverzögerungen, Übergewicht und Adipositas, Essstörungen, Zahn- und Mundgesundheit, Psychosomatische Beschwerden, Umweltbelastungen, Medienkonsum und Allergien im Zusammenhang mit sozial benachteiligten Familien ausführlich dar.

Ausgehend von diesen Betrachtungen stellt Mangelsdorff abschließend Lösungsansätze vor. Dringend erforderlich ist, so die Autorin, eine Vernetzung durch verbindliche Kooperationsstrukturen. Die Verbesserung der Lebenssituation ist für alle Kinder und Jugendlichen förderlich. Jedoch sollen Familien mit niedrigem sozioökonomischem Status, bildungsferne Familien, Familien aus benachteiligten Quartieren und Familien mit Migrationshintergrund gezielt als Risikogruppe gefördert werden (vergl. Mangelsdorff, Ursula, 2008).

- Meier-Gräwe, Uta: „Jedes Kind zählt - Armutsprävention als strategisch unterschätzte Zukunftsaufgabe in Deutschland“ in „Kinderarmut und Bildung“ 2008

Die Autorin stellt eine Schieflage in der Debatte um den demographischen Wandel in Deutschland fest. Einerseits richtet sich das öffentliche Interesse - vor dem Hintergrund überproportional rückläufiger Geburtenquoten bei gut ausgebildeten jungen Frauen und Männern - auf die Bedingungen, welche künftige Leistungsträgerinnen

und Leistungsträger brauchen, um ihre Kinderwünsche realisieren zu können. Auf der anderen Seite erhalten jedoch über 2,5 Millionen minderjährige Kinder, die heute in Armutslagen oder in prekärem Wohlstand aufwachsen, keine ersterem vergleichbare öffentliche Aufmerksamkeit und Förderung.

Es werde deutlich, so Meier-Gräwe, dass die bundesdeutsche Gesellschaft immer weniger sozial durchlässig ist. Dies steht dem Selbstverständnis, eine sozial gerechte Gesellschaft zu sein, diametral entgegen. Wissenschaftlich zweifelsfrei ist nachgewiesen, dass in keinem der in der PISA-Studie einbezogenen Länder der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Schulerfolg so groß wie in Deutschland ist. Dies stellt eine latente Belastung für unsere Gesellschaft insgesamt dar, da in alternden Gesellschaften eine insgesamt kleiner werdende Zahl von jungen Menschen eine größer werdende Gruppe von hilfs- und transferabhängigen Menschen mittragen muss. Diesbezüglich stellt die Autorin fest, dass die Investition in die Bildung der künftigen Erwerbsbevölkerung eine essentielle Zukunftsfrage ist, welche durchaus auch eine ökonomische Relevanz besitzt. Es ist also mehr als fahrlässig, dass zwischen 20 und 30 Prozent der nachwachsenden Generation bildungsarm bleiben, funktionale Analphabeten sind und in der Folge wieder auf staatliche Transferzahlungen angewiesen sind.

Im Weiteren geht die Autorin auf Armutslagen und prekäreren Wohlstand als multidimensionale Phänome ein und betrachtet weiterhin verschiedene Haushaltskontexte von Kindern in armen und prekären Lebenslagen.

Anschließend stellt die Autorin verschiedene Gesichter von Kinderarmut dar. Dabei ist es nach Ansicht der Autorin wenig hilfreich, von „den armen Haushalten“ und von „den Herkunftsverhältnissen armer Kinder“ zu sprechen. Grundlage für die folgende Darstellung sei eine haushaltsbezogene Armutstypologie, welche im Ergebnis einer qualitativen Analyse von Haushalten in armen und prekären Lebenslagen generiert wurde.

Typ 1: Die verwalteten Armen

Typ 2: Die erschöpften EinzelkämpferInnen

Typ 3: Die ambivalenten JongleurInnen

Typ 4: Die vernetzten Aktiven

Abschließend betrachtet Meier-Gräwe differenzierte und vernetzte Hilfen zur Armut-

sprävention als grundlegenden Beitrag zu einem „mehr“ an Bildungsgerechtigkeit für benachteiligte Kinder. Hierzu stellt die Autorin fest, dass Kinder, die unter Bedingungen von Armut aufwachsen, vielfältige Bildungsangebote und Anregung jenseits ihrer Herkunftsfamilie benötigen. Das bedeutet also Bildungsinstitutionen, die diese Kinder viel früher als bisher individuell und ganzheitlich fördern sowie Unterschiede beim Erwerb von Bildung abbauen. Demzufolge muss eine zukunftsorientierte Bildungspolitik sich dem Grundsatz „Bildung von Anfang an“ verpflichtet fühlen. Insgesamt braucht es einer präventiv angelegten und sozialräumlich orientierten Kooperation zwischen sozialpädagogischen, sozialpsychologischen, aber auch familienbezogenen, gesundheitlichen und hauswirtschaftlichen Diensten, um Kinder und ihre Eltern so früh wie möglich zu erreichen und zu begleiten. Letzteres hat auch Konsequenzen für die Qualifizierung und die Weiterbildung der in diesem Prozess zusammenwirkenden Fachkräfte. Erforderlich ist deren Sensibilisierung, die Vermittlung von Kenntnissen über gesellschaftliche Strukturveränderungen sowie der Zugang zu neuesten Ergebnissen der neurobiologischen, entwicklungspsychologischen und der Resilienz-Forschung. Denn die Kooperation mit Semiprofessionellen und Laien und ebenso die Zusammenarbeit mit Personen anderer Hilfesysteme erfordert eine hoch professionelle Arbeit, die auf eine entsprechende Qualifizierung zurückgreifen muss (vergl. Meier-Gräwe, Uta, 2008).

- Merten, Roland: „Bildung und soziale Ungleichheiten - Sozialpädagogische Perspektiven auf ein unterbelichtetes Verhältnis“ in „Bildung über die Lebenszeit“ 2006

Merten stellt fest, dass mit der PISA-Studie der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungschancen zu einem öffentlichen Thema wurde. Dies wurde jedoch so dargestellt, als ob eine ganz neue Erkenntnis zu Tage gefördert wurde. Obgleich dieser Zusammenhang längst bekannt gewesen war, herrschte große Aufregung und hektische bildungspolitische Betriebsamkeit. Der Autor möchte mit diesem Beitrag eine sozialpädagogische Perspektive auf die sozialen Bedingungen der Bildung entfalten.

In seiner Darstellung geht Merten von der Entstehung und der Vergesellschaftung des Bildungsbegriffs aus und betrachtet anschließend Kinderarmut im Sozialstaat.

Dabei stellt er fest, dass Armut, welche die Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen in Deutschland beeinträchtigt, aufgrund der sozialstaatlichen Absicherung sozialpolitisch integriert ist. Nach Ansicht des Autors zeichnet sich ein dringender sozial-, und diesbezüglich bildungspolitischer Handlungsbedarf ab, da diejenigen Kinder und Jugendlichen, die unter benachteiligenden Lebensbedingungen aufwachsen, zu den PISA-Verlierern gehören.

Aus sozialpädagogischer Sicht stellt Merten fest, dass das zentrale Problem des deutschen Bildungssystems die soziale Spaltung der Gesellschaft ist. In diesem Zusammenhang geht der Autor auf die Debatte um die Ganztagschule ein, denn gerade für sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche kann diese ein Lern- und Erfahrungsfeld sein, welches die deprivierten familialen Bedingungen nicht bieten können.

Nach Ansicht von Merten gehen von der PISA-Studie auch wichtige Impulse für familienpolitische Maßnahmen aus. Diese sind geeignet, die erzieherischen Kompetenzen und Bildungsressourcen insbesondere sozial benachteiligter Familien zu stärken. Hierbei schreibt der Autor der Kinder- und Jugendhilfe eine exponierte Rolle zu. In diesem Zusammenhang kann durch eine stärkere Kooperation von Schule und Jugendhilfe zugleich auf eine zentrale Anforderung aus der PISA-Studie, die auffallend große Leistungsstreuung in den Ländern der Bundesrepublik, pädagogisch reagiert werden. Letzteres kann als Hinweis auf eine geringe Breitenförderung und schlechte Förderung von Schülern im unteren Leistungsbereich gesehen werden. Gerade in diesem Bereich, so Merten, hat die Sozialpädagogik einschlägige Erfahrungen und bringt besondere Kompetenzen mit, welche sich in spezifischer Weise im Bereich der Schule anwenden lassen können.

Abschließend bemerkt der Autor, dass sowohl von einer erziehungswissenschaftlichen als auch sozialpädagogischen Meinungsführerschaft des öffentlichen Diskurses zu diesem Themenkomplex bisher keine Rede sein kann. Mit der PISA-Studie sind jedoch Fragen angesprochen worden, zu deren Beantwortung die Sozialpädagogik in besonderem Maße Kompetenzen bereitstellen kann, insbesondere das Thema der sozialen Gerechtigkeit betreffend. Diesbezüglich ist der enge Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen ein zentrales Gerechtigkeitsproblem unserer Gesellschaft.

Bildung, so der Autor abschließend, ist für viele die einzige Chance, wobei Pädagogen und Pädagoginnen es in der Hand haben, den betroffenen Menschen diese zu eröffnen (vergl. Merten, Roland, 2006).

- Fertig, Michael, Tamm, Marcus: „Kinderarmut in reichen Ländern“ in „Aus Politik und Zeitgeschichte“ 26-2006

Kinderarmut, so die Autoren, gibt es nicht nur in armen Ländern. Auch in den wirtschaftlich am weitesten entwickelten Staaten ist Kinderarmut noch immer in nennenswertem Umfang zu finden. Hierbei muss nach Ansicht der Autoren weniger die Tatsache, dass es arme Kinder gibt, Anlass zur Sorge bereiten, sondern vielmehr der zum Teil erhebliche Anstieg der Kinderarmut.

Die Autoren stellen fest, dass häufig ein Heranwachsen in Armut mit gesundheitlichen Problemen, Lernschwierigkeiten, niedrigeren Schulabschlüssen, einer höheren Wahrscheinlichkeit delinquenten Verhaltens oder mit späterer Arbeitslosigkeit verbunden ist. Im schlimmsten Falle kann sich eine sich selbst verstärkende Spirale der Armut über mehrere Generationen entwickeln. Um das derzeitige Wohlstandsniveaus, gerade vor dem Hintergrund der zu erwartenden Konsequenzen des demographischen Wandels, zu sichern, ist eine gute Ausbildung der jungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine wichtige Voraussetzung. Auf Grund dieser Zusammenhänge kann Kinderarmut mit erheblichen negativen Langzeitfolgen für die Gesellschaft als Ganzes verbunden sein.

Mit diesem Beitrag möchten die Autoren einen Überblick über die jüngste Entwicklung der Kinderarmut in den OECD-Staaten geben sowie erste empirische Erklärungsversuche anbieten. Besondere Aufmerksamkeit schenken die Autoren den familienbezogenen Transferleistungen, wobei sie deren Einfluss auf Unterschiede in der Kinderarmut im Ländervergleich untersuchen. Zum Ende stellen die Autoren fest, dass Kinderarmut mit Hilfe familienpolitischer Maßnahmen bekämpft werden kann. Allerdings scheint ihnen eine Erhöhung familienbezogener (monetärer) Transferleistungen nur bedingt dazu geeignet. Die Ergebnisse legen den Schluss nahe, dass eine Erhöhung der Ausgaben für familienbezogene Transfers um einen Prozentpunkt des BIP die Kinderarmutsrate um etwas mehr als einen Prozentpunkt

verringern würde. Eine solche Ausgabensteigerung, so die Autoren, ist in Anbetracht knapper Kassen nur schwer umsetzbar. Aus diesem Grund erscheint den Autoren eine stärkere Fokussierung der Transferleistungen ein erfolgsversprechenderer Weg zur Reduzierung der Kinderarmut zu sein. Nicht-monetäre Unterstützungen für Familien, wie beispielsweise Möglichkeiten zur Kinderbetreuung und sonstige wirtschaftliche und gesellschaftliche Gegebenheiten bewegen sich zwar außerhalb der Datenlage dieser Untersuchung, sind jedoch auf Grund der guten Ergebnisse der skandinavischen Länder sehr untersuchenswert (vergl. Fertig, Michael, Tamm, Marcus, 2006).

- Miller, Susanne: „Heterogene Lerngruppen aus grundschulpädagogischer Sicht unter besonderer Berücksichtigung von Kindern in Armutslagen“ in „Auf den Anfang kommt es an - Kompetenzen entwickeln - Kompetenzen stärken“ 2006

Die Autorin geht davon aus, dass Kinder nicht-deutscher Herkunft, Kinder von Alleinerziehenden, Kinder von Arbeitslosen, Kinder aus kinderreichen Familien und Kinder mit Eltern eines niedrigen Bildungshintergrunds ein besonders hohes Risiko tragen, von Armut betroffen zu sein. Kinderarmut, so Miller, ist in Deutschland zu einem erheblichen gesellschaftspolitischen Problem geworden.

Für die Schulpädagogik stelle sich die Aufgabe, Kinderarmut - in seiner Mehrdimensionalität von ökonomischer, kultureller und sozialer Unterversorgung - in den Fokus der Aufmerksamkeit zu rücken. Diesbezüglich muss beachtet werden, dass die Probleme der Kinderarmut und der Bildungschancen eng verbunden sind.

Die Autorin untersucht im Folgenden die Frage, welche theoretischen und empirischen Anknüpfungspunkte es für eine stärkere Berücksichtigung der mit Kinderarmut zusammenhängenden Fragen in der Schulpädagogik gibt.

Am Beispiel erster Ergebnisse aus einem eigenen qualitativen Forschungsprojekt stellt Miller anschließend dar, wie die Herstellungsprozesse von Bildungsungleichheit von Armut betroffener Kinder in der Schule konkret aussehen können.

Theoretische Anknüpfungspunkte sieht die Autorin in den Ansätzen zur Pädagogik der Vielfalt, in denen Heterogenität als gleichberechtigte Verschiedenheit anerkannt wird. Desweiteren sieht sie im Mittelpunkt des Interesses drei pädagogische Bewegungen, welche die Verschiedenheit von Kindern und Jugendlichen fokussieren und

sich für eine Demokratisierung und mehr Chancengleichheit einsetzen. Dies sind die „Interkulturelle Pädagogik“, die „Feministische Pädagogik“ und die „Integrative Pädagogik“. In diesen drei Bereichen ist der Forschungsstand ausgeprägt, während „Kinderarmut“ an sich in der schulpädagogischen Auseinandersetzung nur selten thematisiert wird.

Als empirische Grundlage sieht die Autorin die Tatsache, dass Lehrerinnen und Lehrer die Lebenswelten der sozial randständigen Kinder zumindest kennen und verstehen müssen, wenn sie in ihrem Unterricht daran anknüpfen wollen und eine Diskriminierung so verhindern möchten. Die Grundschulpädagogik trägt durch die disziplinäre Annäherung an die Kindheitsforschung dazu bei, für diesen Prozess eine fundierte empirische Grundlage zu schaffen und eine wissenschaftliche Auseinandersetzung über die verschiedenen Lebenswelten von Kindern zu führen.

Auf die Kinderarmutsforschung bezogen stellt Miller fest, dass in Übereinstimmung mit der „neuen“ Kindheitsforschung Kinder auch als soziale Akteure in den Blick geraten. Die Autorin merkt an, dass die Forschungslage zu Ursachen, Erscheinungsformen und Folgen der Kinderarmut in unterschiedlichen fachdisziplinären Zugängen systematisiert werden kann. Hierbei setzt sie den Schwerpunkt auf sozialpolitische, soziologische und sozialpädagogische Perspektiven. Eine schulpädagogische Forschung mit dem Fokus auf Kinderarmut ist bis auf wenige Ausnahmen bisher noch nicht zu verzeichnen.

Anschließend betrachtet Miller die Bildungsungleichheit in der Grundschule. Da in keinem anderen Land der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg so eng ist wie in Deutschland, wird in der erziehungswissenschaftlichen Diskussion die soziale Benachteiligung wieder vermehrt thematisiert. Hierbei geht es nicht nur um die Benachteiligungen, die die Kinder aus bildungsfernen und armen Familien mitbringen, sondern auch um die Hervorbringung der Bildungsungleichheit durch das Schulsystem an sich. Diesbezüglich richtet sich die Kritik auf das gegliederte Schulsystem, bleibt aber zumeist auf den Übergang zu den verschiedenen Sekundarschulen beschränkt. Nach Ansicht der Autorin sind jedoch die Selektionsquoten bereits vor und innerhalb der Grundschulzeit erheblich. Besonders stark sind Kinder aus einfachen sozialen Verhältnissen und aus Migrationsfamilien betroffen. Mit den von der Autorin vorgestellten Untersuchungsergebnissen sollen nicht nur

die Erscheinungsformen von Armut in der Grundschule sichtbar gemacht werden, sondern vor allem auch die Herstellungsprozesse von Armut in der und durch die Grundschule. Somit wird, so Miller, ein Armutsverständnis, welches jeweils nur an den Lebenslagen und Sozialisationsbedingungen der Kinder in Armut anknüpft, erweitert. Die Autorin merkt kritisch an, dass die Gefahr besteht, möglicherweise selber ungewollt dazu beizutragen, die geschilderte hierarchisch strukturierte Differenz noch zu verschärfen, wenn die Grundschulpädagogik zukünftig verstärkt die Gruppe der armen Kinder in den Fokus nimmt. Einen Lösungsweg sieht Miller darin, sowohl in der theoretischen Auseinandersetzung und Forschung als auch in der Unterrichtspraxis stets eine kritische Reflexionshaltung im Hinblick auf diese Gefahr einzunehmen.

Abschließend erkennt die Autorin durch das Aufgreifen der disziplinüberspannenden Problematik auch die Chance, die Schnittbereiche sowohl zwischen der allgemeinen Pädagogik und Sonderpädagogik als auch der Schul- und Sozialpädagogik zu erforschen und die traditionellen Grenzen zwischen diesen Disziplinen zu überwinden (vergl. Miller, Susanne, 2006).

- Peukert, Rüdiger: „Die strukturelle Rücksichtslosigkeit der gesellschaftlichen Verhältnisse gegenüber Familien“ in „Familienformen im sozialen Wandel“ 2008

Nach Ansicht des Autors spricht wenig dafür, dass sich mit fortschreitender gesellschaftlicher Modernisierung die grundlegende Tendenz zur Armut an Kindern in Deutschland in absehbarer Zeit abschwächen wird. Ziel Staatlicher Familienpolitik kann demzufolge lediglich sein, die Rahmenbedingungen zu beeinflussen, unter denen Menschen ihre Entscheidungen für oder gegen Kinder treffen. Eine solche nachhaltige Familienpolitik soll dabei eine horizontale und vertikale Gerechtigkeit anstreben. Horizontale Gerechtigkeit bedeutet in diesem Zusammenhang einen Ausgleich unterschiedlicher ökonomischer Aufwendungen und der Beibehaltung der uneingeschränkten Teilhabe an unterschiedlichen Lebensbereichen im Kontext der Entscheidung für Kinder. Vertikale Gerechtigkeit bedeute diesbezüglich die Sicherung und Herstellung von Chancengleichheit für Kinder aus Familien mit unterschiedlichem Bildungshintergrund und aus unterschiedlichen kulturellen Milieus.

Peukert stellt fest, dass die herrschenden gesellschaftlichen Normen und Strukturen in der Regel keine Rücksicht darauf nehmen, ob Menschen Elternverantwortung tragen oder nicht. Elternschaft gilt als Privatsache, wobei die Privatisierung der Elternverantwortung den Kinderlosen beträchtliche Konkurrenzvorteile bringt.

Im Weiteren untersucht der Autor die Finanzielle Förderung von Familien und das Armutsrisiko von Kindern. Peukert relativiert - exemplarisch mit Hilfe diverser ihm vorliegender Berechnungen - das Verhältnis staatlicher finanzieller Förderung zu tatsächlichen Aufwendungen im Zusammenhang mit der Betreuung und Erziehung von Kindern. So führt Peukert eine Berechnung des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung an, die den gesamten Lebenszyklus eines durchschnittlichen Kindes betrachtet. Als Ergebnis im Vergleich aller zusätzlichen Einnahmen und Ausgaben des Staates, welche aus der Existenz dieses Kindes resultieren, ergibt sich ein Überschuss der an den Staat entrichteten Abgaben über die laufend in Anspruch genommenen staatlichen Leistungen in Höhe von 76 900 Euro. So hoch ist, so der Autor, der ökonomische Vorteil für Dritte, das heißt für andere Steuerzahler und andere Empfänger staatlicher Leistungen, den Eltern mit der Geburt und Erziehung eines Kindes im Durchschnitt erzeugen.

Bei der Betrachtung der sozioökonomischen Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen stellt der Autor fest, dass diese sich wesentlich aus der vom Bildungsniveau abhängigen Beteiligung und Stellung der Eltern im Erwerbssystem und dem damit verbundenen Einkommen herleitet. Diesbezüglich erkennt Peukert einen großen Einfluss der Familienform (Paarhaushalt oder Ein-Eltern-Familie) sowie der Anzahl und des Alters der Kinder.

Die materielle Benachteiligung von Familien lässt sich aus dem bedarfsgewichteten Nettoeinkommen der Familien erschließen. Denn der Bedarfsgewichtung liegt die Annahme zugrunde, dass der finanzielle Bedarf pro Haushaltsmitglied in einem größeren Haushalte - als gemeinsam wirtschaftende Einheit - geringer als in einem kleineren Haushalte und für Kinder niedriger als für Erwachsene ist.

Peukert stellt fest, dass Mütter und Väter bei den Ausgaben für den privaten Konsum zuerst an ihrer eigenen Lebenshaltung Abstriche machen und Wohlstandsverluste hinnehmen, ehe sie die Ausgaben für ihr Kind oder ihre Kinder reduzieren. Demzufolge, so der Autor, steht Kinderarmut in der Regel erst am Ende einer von Eltern

und Elternteilen nicht mehr beherrschbaren Lage.

Im Anschluss analysiert Peukert familienbezogene Leistungen und Maßnahmen des Staates. Hierbei stellt er der vom Bundesfamilienministerium bezifferten Höhe der Familienförderung in Deutschland von jährlich über 184 Milliarden Euro die vom Familienbund berechnete Summe der „echten“ Familienförderung des Staates von lediglich rund 56 Milliarden Euro gegenüber. Den großen Unterschied begründet der Autor damit, dass in der Berechnung des Bundesfamilienministeriums Leistungen enthalten sind, die der Staat gar nicht selbst gewährt. Maßnahmen, welche die Ehe betreffen, werden der Familienförderung zugerechnet, wobei diese auch von Kinderlosen in Anspruch genommen werden (wie zum Beispiel das Ehegattensplitting). Außerdem werden Maßnahmen berücksichtigt, die die Familien in großem Umfang selbst finanzieren (zum Beispiel über Steuern und Sozialversicherungsbeiträge).

Peukert stellt fest, dass der Hauptanteil der Familienleistungen in Deutschland Barleistungen sind. Andere Länder geben diesbezüglich mehr Geld für Infrastruktur aus. Der Autor betont, dass es bei der Verteilung dieser finanziellen Leistungen nur wenige zielgerichtete Schwerpunktsetzungen gibt. Vor allem fehlt eine differenzierte Unterstützung nach Familientypen und -phasen und nach notwendigem Bedarf (vergl. Peukert, Rüdiger, 2008).

- Reißblander, Carolin: „Armut bei Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund“ in „Jugend, Partizipation und Migration“ 2007

Einleitend stellt die Autorin fest, dass Kinderarmut im Sinn familiärer Einkommensarmut sich in sozialen, kulturellen und gesundheitlichen Benachteiligungen eines Kindes sowie in dessen defizitärer materiellen Grundversorgung manifestiert. Das ist ein Grund, weshalb sich in der Armutforschung Lebenslagenansätze etabliert haben, welche Armut als Unterversorgung in zentralen Lebensbereichen (Wohnen, Bildung, Gesundheit) begreifen. Reißblander betrachtet die gestiegene Armut von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund im Folgenden als eine spezifische, ethnisch aufgeladene Ausprägung infantilisierten, relativer Armut, als ein facettenreiches Phänomen, das kontextuell in soziale Polarisierungsprozesse (Zunahme von Reichtum, Armut und sozialer Ausgrenzung) in der Gesellschaft einzubetten ist. Die

Autorin stellt im Weiteren Armutsrisiken und -risikogruppen bei Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund dar. Sie stellt fest, dass neben Kindern und Jugendlichen von Alleinerziehenden, Arbeitslosen und solchen aus kinderreichen Familien die Armutsforschung ausländische Kinder schon früh als besonders von Armut gefährdete Gruppe innerhalb der Minderjährigen erkannt hat. Trotz des Umstandes, dass nichtdeutsche Kinder und Jugendliche unbestritten zu den armutsgefährdetesten Gruppen innerhalb der Minderjährigen zählen, ist festzustellen, so Reißlandt, dass die Forschungslage zu deren spezifischer Armutsbetroffenheit keinesfalls zufriedenstellend ist. Zu wenig sind das Ausmaß, die migrationsspezifischen Erscheinungsformen, die Ursachen, die Einflussfaktoren und die Bewältigungsstrategien von familiärer Armut und kindlichen Belastungen für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund erforscht. Nach Erkenntnis der Autorin resultieren diese Erkenntnislücken primär aus der mangelhaften Präzision amtlicher Statistiken und vieler Untersuchungen, welche allein die Staatsangehörigkeit, nicht aber eine familiäre Migrationsgeschichte, das Geburtsland oder die Sprachpraxis in Familien ausweisen. Hinzu kommt, dass die Mehrzahl wissenschaftlicher Studien lediglich zwischen Deutschen und AusländerInnen differenzieren, nicht aber einzelne Herkunftsgruppen von MigrantInnen unterscheiden. So lässt sich die Zahl von in Deutschland lebenden Menschen mit Migrationshintergrund nur annähernd ermitteln. Schätzungsweise 30 Prozent der in Deutschland aufwachsenden Kinder und Jugendlichen, so Reißlandt, stammen aus Familien mit einer Migrationsgeschichte.

Die Autorin betont, dass unabhängig davon, welche Armutsindikatoren und Datenquellen herangezogen werden, nichtdeutsche Kinder und Jugendliche nach wie vor einem erheblich höheren Armutsrisiko als deutsche Vergleichskohorten ausgesetzt sind. Kinder und Jugendliche aus asylsuchenden Familien und Flüchtlingsfamilien mit prekärem oder fehlendem Aufenthaltsstatus bilden nach Erkenntnissen der Autorin die Migrantenkindergruppen, welche die höchsten Armutsrisiken tragen. Im Weiteren analysiert Reißlandt die Armutsrisiken verschiedener Migrantengruppen und die Polarisierung der Einkommenslagen von Zugewanderten.

Abschließend betrachtet die Autorin die verschiedenen Einflussfaktoren für Armutsrisiken von Migrantenkinder. An dieser Stelle stellt sie fest, dass die vielfältigen Ursachen sowohl in migrationshistorischen als auch in jüngeren Prozessen „neo-

liberaler“ Modernisierung zu suchen sind. Letztere forcieren die Um- und Abbautendenzen des Wohlfahrtsstaates durch eine Reprivatisierung sozialer Risiken und begünstigen die Infantilisierung bzw. Maternalisierung der Armut von Alleinerziehenden und Kinderreichen. MigrantInnen sind hiervon tendenziell eher betroffen, weil sie in durchschnittlich größeren Familienzusammenhängen als Deutsche und zudem häufiger abhängig von sozialen Transferleistungen wie Sozialhilfe oder Arbeitslosengeld II leben.

Bei der Betrachtung der Entstehung von Armutsrisiken unter Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund zeigt sich, so resümierend die Autorin, dass ein ganzes Bündel von individuellen, familiären, sozialräumlichen, institutionellen und anderen makrostrukturellen Einflussfaktoren wirksam wird, dessen Wurzeln auf mehreren Ebenen, wie dem Arbeitsmarkt, dem Bildungssystem und den entsprechenden Politikfeldern anzusiedeln sind (vergl. Reißlandt, Carolin, 2007).

- Zander, Margherita: „Armes Kind - starkes Kind?“ 2008

Die Autorin stellt fest, dass Kinderarmut in der Bundesrepublik schon seit Jahren eine nicht mehr wegzudiskutierende, traurige Realität ist. Leider ist nicht zu erwarten, dass dieser Missstand kurzfristig behoben wird. Ursachen, Erscheinungsformen, Auswirkungen und auch politische Lösungsmöglichkeiten, so Zander, sind in den letzten Jahren zur Genüge öffentlich erörtert worden.

Die Autorin betont, dass Armut in ihren verschiedensten Ausprägungen in erster Linie ein gesellschaftliches Phänomen ist. Zander geht davon aus, dass es selbst in den entwickeltsten Wohlfahrtsstaaten keine theoretischen und praktischen Politikkonzepte gibt, welche die extremen Formen von sozialer Ungleichheit - also Armut als lebensbestimmenden Zustand - und Verarmungsprozesse überhaupt verhindern. Gerade deshalb sind die Politik und alle gesellschaftsgestaltenden Kräfte weiterhin in die Verantwortung zu nehmen und gesellschaftspolitische Maßnahmen zur Armutsverhinderung oder zumindest zur Armutsverminderung einzufordern.

Im Kontext der fortwährenden, teilweise sich sogar verschärfenden Armutsproblematik - insbesondere von Kindern - stellt die Autorin die Frage des individuellen und gesellschaftlichen Umgangs mit den dadurch bedingten Auswirkungen auf die politische Agenda.

Im Rahmen dieser Publikation geht Zander von der dringenden Notwendigkeit aus, sich mit individuellen und gesellschaftlichen Bewältigungsformen auseinanderzusetzen. Die Autorin rückt dabei insbesondere (sozial-)pädagogische Handlungsmöglichkeiten ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Sie tut dies, indem sie mit der Idee der „Resilienzförderung“ ein bisher im Zusammenhang mit Kinderarmut nur peripher diskutiertes Konzept aufgreift.

Dieses Buch bietet, so Zander, eine theoretische und konzeptionelle Herleitung des Resilienzgedankens, welcher sich im weiteren Verlauf konkret auf das Aufwachsen in Armut als einem besonderen Entwicklungsrisiko für Kinder beziehen wird. Diese Publikation hat nach Ansicht der Autorin somit eine Zusammenführung der Erkenntnisse von Kinderarmuts- und Resilienzforschung zum Ziel.

Zander betont, dass somit ein vor allem im Kontext psychologischer Forschung entwickeltes Konzept auf ein gesellschaftliches Phänomen, „Aufwachsen in Armut“ übertragen werden soll. Die Autorin überprüft, ob eine solche Übertragung möglich und sinnvoll ist. Demzufolge geht es Zander weniger um grundlegend neue Erkenntnisse zu Resilienz, sondern um den Versuch, das Resilienz-Konzept in einer sozialpädagogischen Sichtweise im Armutskontext zu deuten, daraus sozialpädagogisch taugliche Arbeitsformen abzuleiten und somit die kindliche Widerstandsfähigkeit praktisch „nutzbar“ zu machen.

Mit der Resilienzperspektive betont die Autorin die Stärken und Potenziale der Kinder. Gleichzeitig unterstreicht sie aber auch, dass Kinder bei der Bewältigung von Belastungen und Risiken die Unterstützung durch ihr soziales Umfeld und ihnen zugewandte Erwachsene, seien es die Eltern, andere Bezugspersonen oder pädagogische und sozialpädagogische Fachkräfte, benötigen (vergl. Zander, Margherita, 2008).

4 Grundaussagen der Parteien zur Kinderarmut

4.1 Grundpositionen der SPD

Das Präsidium der SPD hat am 9. Juni 2008 einen „Aktionsplan für gleiche Lebenschancen: 10 Maßnahmen der SPD gegen Kinderarmut“ beschlossen.

Mit den dort festgelegten Handlungsansätzen verpflichtet sich die SPD, auf allen staatlichen Ebenen konkrete Schritte zur Vermeidung von Kinderarmut zu unternehmen. Dabei muss laut SPD jede Ebene den ihr möglichen und sinnvollen Beitrag im Kampf gegen Kinderarmut leisten. Diese 10 Handlungsansätze wurden dem jeweiligen Vorgehen auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene zugeordnet.

Die kommunale Ebene betreffen folgende drei Vorhaben:

- „Wir schaffen flächendeckend Netzwerke für gesundes Aufwachsen!“

Die SPD geht davon aus, dass Eltern das Beste für Ihre Kinder wollen. Deshalb, so die SPD, müssen Familien, die durch besondere Risiken belastet sind, früh unterstützt werden. Auf diese Art und Weise kann erreicht werden, dass aus den Anforderungen, ein Kind zu versorgen, keine Überforderung wird. Die SPD möchte in diesem Sinne die Jugendämter zu Dienstleistern weiterentwickeln, welche Eltern unterstützen, begleiten und als Partner zur Seite stehen. Zur Umsetzung will die SPD bei den Jugendämtern die angemessenen finanziellen und personellen Voraussetzungen schaffen. Die SPD möchte Modelle für eine integrierte Prävention entwickeln. Kommunen sollen Vernetzungsstrukturen zwischen den wichtigsten Bereichen, welche für frühe Hilfen und frühe Bildung zuständig sind, organisieren. Die Länder sollen die Kommunen beim Aufbau lokaler Netzwerke und Präventionsketten früher Hilfen unterstützen.

- „Wir wollen für alle Kinder ein gesundes Mittagessen bereitstellen!“

Die SPD strebt an, allen Kindern ein Mittagessen zur Verfügung zu stellen, welches für schwache Familien zunächst ermäßigt und in der Perspektive kostenlos sein soll. Nach Ansicht der SPD gelingt dies am besten in Ganztagschulen. Auch aus diesem Grund tritt die SPD auch für den weiteren Ausbau der Ganztagschulen ein. Die Kommunen müssen vor Ort nach Ansicht der SPD entscheiden, wie von Armut

betroffene Kinder von der Eigenbeteiligung beim Mittagessen schrittweise befreit werden können.

- „Wir bauen Kindertagesstätten zu Eltern-Kind-Zentren aus!“

Da in Eltern-Kind-Zentren Kinder gefördert werden und somit bessere Bildungschancen bekommen sowie die Erziehungs- und Problemlösungskompetenz der Eltern in Zusammenarbeit mit den Familien auf Augenhöhe verbessert werden kann, sieht die SPD diese als wichtig beim nachhaltigen Kampf gegen Kinderarmut an. Einen Schwerpunkt sieht die SPD diesbezüglich dort, wo durch Migrationshintergrund sprachliche Barrieren bestehen. Desweiteren soll Elternarbeit und Erziehungsarbeit in den Kindertagesstätten und Schulen verknüpft werden. Aus einem Angebot von Sprachkursen, Erziehungsberatung, Suchthilfe, Schuldnerberatung bis hin zu Haushalts- und Kochkursen solle allen Müttern und Vätern eine passgenaue und wirkungsvolle Unterstützung zur Verfügung stehen.

Die Landesebene betreffen folgende drei Vorhaben:

- „Wir verbessern die Betreuungsqualität!“

Um beim quantitativen Ausbau der ganztägigen Kinderbetreuung weiter vorankommen, sollen die Länder die dazu erhaltenen Bundesmittel unverzüglich und vollständig an die Kommunen weiterreichen und um ihren eigenen Länderanteil aufstocken. Vorgesehen ist, dass Geld, das durch die demografische Entwicklung eingespart werden kann, dem qualitativen Ausbau der Betreuung weiter zur Verfügung steht. Den gleichen Stellenwert hat nach Ansicht der SPD die Verbesserung der Betreuungsqualität. Über die reine Betreuung hinaus soll die Bildung im frühkindlichen Bereich stärker betont werden. Die SPD möchte einen Qualitätsschub in Kindertagesstätten und der Tagespflege auslösen. Hierzu möchte die SPD für eine qualifiziertere Aus- und Weiterbildungen für Erzieherinnen und Erzieher sorgen, sich auf gemeinsame Bildungsstandards verständigen und insbesondere das Qualifizierungsangebot im Bereich Spracherwerb von Kindern ausbauen. Gleichmaßen soll dafür gesorgt werden, dass Tagesmütter und Tagesväter sich besser qualifizieren. In diesem Bereich möchte die SPD für verbindliche Qualifizierungsprogramme und

bessere Weiterbildungsmöglichkeiten, sowie für eine bessere Entlohnung und soziale Absicherung in der Tagespflege sorgen.

Einen hervorgehobenen Stellenwert hat für die SPD ein besserer Betreuungsschlüssel von höchstens vier Kinder je Erziehungsperson bei den unter dreijährigen und höchstens acht Kinder pro Erziehungsperson im Kindertagesstättenbereich. Dieser soll erlauben, dass jedes Kind individuell gefördert werden kann.

- „Wir garantieren gebührenfreie Bildung von der Kindertagesstätte bis einschließlich zur Hochschule!“

Da nach Ansicht der SPD Bildung nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein darf, muss Bildung gebührenfrei sein. Bildung von der Kindertagesstätte bis einschließlich zur Hochschule. Deshalb vertritt die SPD die Einführung der Gebührenfreiheit für den Kindertagesstätten-Besuch und lehnt weiterhin die Einführung von Studiengebühren ab.

- „Wir werden gleiche Bildungschancen schaffen!“

Die SPD möchte Ganztagschulen weiter flächendeckend und bedarfsgerecht ausbauen. Zu besseren Bildungschancen gehört für die SPD das gemeinsame Lernen von Kindern mit und ohne Behinderungen von Anfang an und auch das längere gemeinsame Lernen.

Um gleiche Bildungschancen zu schaffen, möchte die SPD eine weitgehende Lernmittelfreiheit gewährleisten.

Desweiteren vertritt die SPD die Position, dass in Bezug auf Bildungschancen jede und jeder eine zweite Chance haben soll. Kein Schulabbrecher soll dauerhaft ohne Schulabschluss bleiben.

Die SPD möchte umsetzen, dass alle an der Bildung von Kindern und Jugendlichen beteiligten Bereiche besser miteinander vernetzt und Bildung besser organisiert wird.

Die Bundesebene betreffen folgende vier Vorhaben:

- „Wir wollen den Familienleistungsausgleich gerechter gestalten und mehr Mittel gezielt für Familien mit Kindern investieren!“

Die SPD stellt sich als Ziel für die Umgestaltung des Familienleistungsausgleichs, dass jedes Kind dem Staat gleich viel wert sein muss. Der derzeit praktizierte Familienleistungsausgleich erfüllt nach Ansicht der SPD dieses Ziel nicht, da reichere Familien einseitig bevorteilt werden.

Ziel sei daher den Familienleistungsausgleich so umzugestalten, dass die Wirkung seiner Komponenten für alle Familien gleich ist - egal, ob diese mehr oder weniger Einkommen haben. Um dies umzusetzen, strebt die SPD die Umgestaltung der Freibeträge in der Weise an, dass alle Kinder gleich fördert werden.

- „Wir leiten die Regelsätze stärker vom Bedarf ab und werden den Schulmittelbedarf besser abdecken.“

Da die SPD die Ableitung der Regelleistung für Kinder als reiner Anteil des Erwachsenenregelsatzes als problematisch betrachtet, sollen die Bemühungen des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales zur Prüfung und Ermittlung eines eigenständigen Kinderregelsatzes unterstützt werden.

Die SPD tritt für ein Schulmittelbedarfspaket für bedürftige Kinder ein, welches pro Schuljahr in der Größenordnung von 100 Euro finanziert werden soll.

Als wirksamste Mittel zur Bekämpfung von Kinderarmut benennt die SPD die Erwerbstätigkeit von beiden Elternteilen, wodurch das Armutsrisiko deutlich reduziert werden kann. Kinderarmut bekämpfen heißt daher für die SPD in erster Linie: Gute Arbeit schaffen und Mindestlöhne einführen.

- „Wir kämpfen weiter für Kinderrechte im Grundgesetz!“

Die SPD strebt an, Kinderrechte in das Grundgesetz aufzunehmen. Die Partei verspricht sich davon einen weiteren Schub in Richtung einer kindgerechten Gesellschaft. Kinder haben, unabhängig von ihren Eltern, das Recht auf Förderung ihrer Potenziale.

- „Als gesamtstaatliche Aufgabe schlagen wir die Einberufung einer Nationalen Kinderkonferenz vor“

Die SPD stellt fest, dass Kinderarmut ein Problem ist, dem auf allen staatlichen Ebenen entschlossen entgegengewirkt werden muss. Deshalb möchte die SPD ei-

ne konzertierte Aktion für gleiche Lebenschancen für jedes Kind und schlägt vor, dass die Bundesregierung bis zum Ende 2008 eine Nationale Kinderkonferenz unter Beteiligung der Bundesministerien für Arbeit und Soziales, für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie für Gesundheit einberufen soll (vergl. SPD, 2008).

4.2 Grundpositionen der CDU

Der Bundesvorstand der CDU Deutschlands beschloss am 20. August 2007 ein Programm zur Bekämpfung der Kinderarmut in Deutschland: „Kinderarmut in Deutschland bekämpfen - Chancengesellschaft leben“.

Dieses Programm ist in 3 Schwerpunkte gegliedert.

- Kinderarmut ernst nehmen

In diesem Schwerpunkt verweist die CDU auf das Leitbild ihrer Kinder- Jugend- und Familienpolitik, nach dem allen Kindern und Jugendlichen faire Startchancen und beste Möglichkeiten für ihre Entfaltung geboten werden sollen.

Materielle Armut bedeutet, dass ein landesüblicher und damit angemessener Lebensstandard nicht erzielt wird.

Als arm gilt, wer weniger als 60 Prozent des Durchschnittsverdienstes zum täglichen Leben zur Verfügung hat.

Armut bedeutet nicht nur, über wenig Geld zu verfügen, sondern bezeichnet auch einen Mangel an Chancen, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben.

Die CDU geht davon aus, dass von Armut besonders Menschen bedroht sind, die keinen Schul- und Berufsabschluss besitzen oder nur über eine geringe Qualifikation verfügen, die nach Deutschland zugewandert oder die Alleinerziehend sind.

Die CDU stellt fest, dass Armut häufig erst erkennbar ist, wenn Menschen ausgegrenzt und in vielen Bereichen benachteiligt werden. Armut verletzt die Würde des Einzelnen.

Hier verweist die CDU auf die sogenannte „Chancengesellschaft“, welche auf dem Boden möglichst gerecht verteilter Lebenschancen entstehen kann.

Demzufolge benötigt die Chancengesellschaft starke Bürgerinnen und Bürger und den Beitrag aller, um auf Dauer Solidarität und Zusammenhalt zu bewahren. Die

Chancengesellschaft muss Armutsrisiken gezielt vorbeugen.

Um Kinderarmut zu bekämpfen, müssen daher die Rahmenbedingungen vor allem für Familien, für Ausbildung und den Berufseinstieg von Jugendlichen verbessert werden.

- Faire Chancen für Kinder - Familien stärken

In diesem zweiten Schwerpunkt ihres Programms zur Bekämpfung von Kinderarmut in Deutschland wendet sich die CDU der finanziellen Förderungen von Familien und die Ermöglichung und Förderung von Erwerbstätigkeit zu. Hierbei nennt die CDU folgende Grundsätze:

1. Eltern, Alleinerziehende und Familien mit mehreren Kindern sollen vor wirtschaftlich schwierigen Lebenslagen bewahrt werden. Es sollen für Mütter und Väter mit dem Familiengeld und der Weiterentwicklung des Kinderzuschlags - als Kombination von Erwerbseinkommen und eigenständiger Förderleistung für Familien mit einem geringen Einkommen - neue Perspektiven entstehen.
2. Familien mit Kindern müssen steuerlich besser gestellt sein als Kinderlose. Alle Familien mit Kindern sollen einen besonderen Vorteil durch das Familiensplitting erhalten. Die CDU möchte das Ehegattensplitting erhalten und zu einem Familiensplitting ausbauen, auf diese Weise soll die besondere Bedeutung der Ehe als Kern der Familie weiterhin gewürdigt werden.
3. Transparenz und Gerechtigkeit bei der Förderung von Familien und Kindern bedeutet, dass familienpolitische Leistungen überschaubar und zielgenau sein sollen. Alle Leistungen für Familien sollen in einer Familienkasse gebündelt werden.
4. Klare Regeln statt Regelungswut, meint, dass steuerliche Maßnahmen zum Wohle von Kindern nachvollziehbar sein sollen. Hierzu soll - unter dem Gesichtspunkt der Finanzierbarkeit - geprüft werden, ob in Zukunft grundsätzlich der untere Mehrwertsteuersatz für typische Kleinkind- und Kinderprodukte des täglichen Bedarfs angewendet werden kann.

5. Mütter und Väter sollen über ihre Lebensgestaltung entscheiden und gemeinsam Verantwortung für ihre Kinder wahrnehmen können. Der bedarfsgerechte Ausbau der Kinderbetreuung ist eine wichtige Voraussetzung für die Wahlfreiheit: Hierzu will die CDU für 35 Prozent der Kinder unter drei Jahren bis 2013 ein Betreuungsangebot in Tagespflege und Kindertagesstätten schaffen.
6. Um das Miteinander der Generationen zu fördern und soziale Beziehungsgeflechte für die Betreuung und Erziehung von Kindern zu stärken möchte die CDU in jedem Landkreis und in jeder kreisfreien Stadt ein Netzwerk von Mehrgenerationenhäusern schaffen. Die CDU versteht Mehrgenerationenhäuser als offene Tagestreffpunkte, die dazu beitragen, Kinder zu fördern, Familien zu beraten und zusätzliches bürgerschaftliches Engagement zu ermöglichen.
7. Die CDU setzt sich für familiengerechte Arbeit statt arbeitsgerechte Familien ein. Um den Familien Wahlfreiheit im Sinne dieses Programms zu ermöglichen, muss die Wirtschaft zunehmend eine familienbewusste Arbeitsorganisation innerhalb von Unternehmen anbieten.
8. Klare und nachvollziehbare Anforderungen an die Leistung und an die Leistungsbereitschaft von Kindern sind nicht Hindernis, sondern die Grundlage, um negative soziale Ausgangsbedingungen auszugleichen. Dies beinhaltet die Stärkung der frühkindlichen Förderung durch Verbesserung der Leistung und Qualität der Tagespflege, durch bessere Qualität der Erzieher- und Lehrerbildung, Ganztageseinrichtungen mit einer nachhaltigen und soliden Finanzierung, die nicht einseitig zu Lasten der Kommunen geht und verbindliche Sprachstandtests für alle Kinder im Alter von vier Jahren.
9. Die Eltern sind für ihre Kinder verantwortlich. Dort, wo Eltern dieser Verantwortung nicht gerecht werden, muss der Staat die Kinder schützen. Dies soll ermöglicht werden, durch einen frühen und unkomplizierten Zugang zu Beratungs- und Hilfsangeboten für Eltern sowie durch Kooperation von Gesundheitswesen, Kinder- und Jugendhilfe. Die CDU steht für die Verbesserung der Prävention durch Früherkennungsuntersuchungen ein, indem sie für alle Kinder die verpflichtende Teilnahme an diesen Untersuchungen fordert.

- Perspektiven und Berufschancen für Jugendliche verbessern

Mit diesem dritten Schwerpunkt ihres Programms zur Bekämpfung von Kinderarmut in Deutschland fokussiert die CDU auf den Zusammenhang von Armut und sozialer Ausgrenzung und dem laut CDU besten Mittel zu deren Bekämpfung, der guten Ausbildung und dem entsprechend sicheren Arbeitsplatz.

Hierzu stellt die CDU folgende Grundsätze auf.

1. „Für jeden Abschluss einen Anschluss“ beinhaltet, den Bildungsstand zu erhöhen, die Teilhabe aller ermöglichen, den funktionalen Analphabetismus bei rund vier Millionen Menschen abbauen, die Ausbildungsreife und die Berufsorientierung von Schulabgängern zu verbessern und die Zahl der Schulabgänger ohne Abschluss in den nächsten fünf Jahren zu halbieren. In diesem Zusammenhang stehen auch mehr Eigenverantwortung für Schule und Lehrer sowie überprüfbare Schlüsselkompetenzen und Lerninhalte.
2. Niemand darf vergessen werden, damit möglichst viele junge Menschen zu leistungs- und verantwortungsbereiten Menschen heranwachsen können. Das bedeutet, dass Schulverweigerer durch gezielte Betreuung zu einem Abschluss geführt werden sollen.
3. Keine Angebote von der Stange, sondern individuelle Lösungen für die Betroffenen. Hierbei soll mittels des Aufbaues eines Netzwerkes von vorerst 200 Kompetenzagenturen, welche sich als Modellprojekt bewährt haben, durch individuelle Betreuung, persönliche Bildungspläne und passgenaue Perspektivplanungen die soziale und berufliche Eingliederung verbessert werden.
4. Zielgenaue Förderung statt Gießkannenprinzip meint, dass die Bekämpfung von Armut integrierte Strategien auf allen Ebenen unseres Landes notwendig macht. Die CDU will regionale Stärken ausbauen und passgenaue Angebote für die Qualifizierung von Jugendlichen geben. Da die Übergänge von der Schule zur Ausbildung und von der Ausbildung zum Berufseinstieg für Jugendliche und junge Erwachsene oftmals besonders schwierig sind, soll dieser unter anderem durch die Nutzung und Bekanntmachung von erfolgreichen Modellprojekten der Bundesländer breiter gefördert werden.

5. Da die Verbindung von Theorie und Praxis am Besten im Betrieb gelingt, will die CDU die Bereitschaft zur betrieblichen Ausbildung fördern. Mittels der Verlängerung des Nationalen Ausbildungspaktes verbessern sich die beruflichen Bildungschancen junger Menschen. Die CDU fordert die Gewerkschaften auf, sich ebenfalls am Nationalen Ausbildungspakt zu beteiligen.
6. Die CDU will flexible Wege in die duale Ausbildung, auf neue Qualifikationsanforderungen reagieren und jungen Menschen damit eine tragfähige Ausbildung garantieren. Die CDU setzt sich für die zügige Umsetzung der Empfehlungen des Innovationskreises berufliche Bildung ein. Dies betrifft unter anderem die Straffung der Ausbildungsberufe durch Bündelung einzelner Berufsfelder und die Erprobung von Ausbildungsbausteinen, welche als abgegrenzte und standardisierte Lerneinheiten eigenständig bescheinigt und damit als Ausbildungsleistung angerechnet werden können.
7. Eine Kombination von Einkommen aus Arbeit und staatlicher Hilfe mit der Perspektive auf Qualifizierung, Berufsabschluss und Beschäftigung ist gerechter als Arbeitslosigkeit und die vollständige Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen. Durch Kombilohn-Modelle erhalten Langzeitarbeitslose junge Menschen neue Chancen, gleicherart eröffnen zeitlich befristete Zuschüsse für Qualifizierungsangebote jungen Langzeitarbeitslosen ohne abgeschlossene Ausbildung die Möglichkeit, ihre Qualifikation zu verbessern.
Mit der „Kombi-Lehre“ möchte die CDU darüber hinaus für arbeitslose Jugendliche ohne Berufsabschluss zusätzliche betriebliche Ausbildungsangebote schaffen. Ziel dieser Maßnahmen ist es, Ausbildungsbetriebe zu ermutigen, auch diese Jugendlichen zu einem Berufsabschluss zu führen (vergl. CDU, 2007b).

In ihrem Grundsatzprogramm vom Dezember 2007 verweist die CDU darauf, dass die soziale Herkunft von Menschen nicht über ihre Zukunft entscheiden darf. Da Armut oft als Bildungsarmut beginnt, ist die Teilhabe aller an Bildung und Ausbildung ein Gebot der Chancengerechtigkeit. Auf Grund dessen lautet das gesellschaftspolitische Ziel der CDU „Aufstieg durch Bildung“ (vergl. CDU, 2007a, S.32).

4.3 Grundpositionen der FDP

Mit dem Beschluss ihres Bundesvorstandes vom September 2007 legt die FDP Eckpunkte einer „modernen Kinderpolitik“ fest.

Generell will die FDP bei allen Entscheidungen prüfen, welche Wirkungen diese für die jungen Menschen von heute und morgen haben.

Die FDP vertritt die Meinung, dass Sozialpolitik Politik für und mit Kindern sein muss, wenn man Kinder wirklich ernst nehmen will.

Im Weiteren stellt die FDP fest, dass Kinder ein Recht auf bestmögliche Bildung, Erziehung und Betreuung haben. Die FDP möchte durch die Aufnahme von Kinderrechten in das Grundgesetz diese stärken und letztendlich den Kindern den Stellenwert geben, der diesen gebührt. Demzufolge sollen Kinderrechte und die Bedürfnisse der jungen Menschen an Gewicht und Bedeutung gewinnen und das allgemeine Bewusstsein für die Hochwertigkeit dieser Rechte in der gesamten Gesellschaft sensibilisiert werden.

Der Staat und die Gesellschaft müssen alles tun, um die Lebensfähigkeit und die Erziehungskraft der Eltern zu stärken. Für die FDP gilt, Familie und Beruf vereinbaren zu können und besondere Notlagen wie Arbeitslosigkeit oder Armut zu bewältigen. Nach Ansicht der FDP braucht eine effektive Familienpolitik einen fairen Ausgleich für die zusätzlichen finanziellen Belastungen von Familien. In diesem Zusammenhang spricht sich die FDP für eine Überprüfung und eine Zusammenfassung aller familienpolitischen Leistungen in einer Familienkasse aus und fordert ein Gesamtkonzept für eine umfassende Familienförderung, welche insbesondere die Existenzsicherung der Kinder und die Förderung von kinderreichen Familien berücksichtigen soll.

Besonders in schwierigen wirtschaftlichen Notlagen sollen Familien unterstützt werden. Kinder- und Familienarmut ist kein individuelles, sondern ein gesellschaftliches Problem, rund 2,5 Millionen Kinder und Jugendliche leben auf Sozialhilfeniveau. Armut betrifft dabei nicht nur das eigentliche Einkommen, sondern stellt eine Benachteiligung in allen zentralen Lebensbereichen wie beispielsweise Bildung, Wohnen, Gesundheit und Ernährung dar. Deshalb bedürfen sozial benachteiligte Kinder einer gezielten Unterstützung und Förderung, unabhängig von der Familienstruktur und der Erwerbsbiografie ihrer Eltern.

Da auch die Freizeitgestaltung der Kinder einer zunehmenden Kommerzialisierung unterliegt und somit sozial schwächere Familien auch hierbei finanziell meist überfordert sind, bedeutet dies eine weitere Ausgrenzung und Stigmatisierung innerhalb der Gesellschaft.

Nach Ansicht der FDP benötigten Kinder, Väter und Mütter, unter Berücksichtigung der elterlichen Gesamtverantwortung und einer diesbezüglichen Wahlfreiheit, ein bedarfsgerechtes, qualitativ hochwertiges und möglichst arbeitszeitkompatibles Betreuungsangebot für ihre Kinder. Dabei hat professionelle Kinderbetreuung für die FDP einen doppelten Nutzen. Einerseits dient sie als Unterstützung vor allem für sozial schwache und wirtschaftlich benachteiligte Kinder und Familien im Sinne von familienergänzender Funktion. Andererseits wird es somit den Eltern wieder ermöglicht, andere Aufgaben zu erfüllen. Die FDP fordert im Sinne der Chancengleichheit, dass mittelfristig frühkindliche Bildung kostenfrei sein muss.

Im Weiteren darf das auftretende Konfliktpotenzial der demografischen Entwicklung nicht zu einer offenen Gegenüberstellung der Interessen der jüngeren und der älteren Generation führen. Die Gestaltungsspielräume der heutigen und der künftigen Generationen müssen in einem ausgeglichenen Verhältnis stehen. Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit sind zentrale Herausforderungen für unsere Gesellschaft, für Jung und Alt (vergl. FDP, 2007).

4.4 Grundpositionen der Partei DIE LINKE

Der Parteivorstand der Partei DIE LINKE äußerte sich zur Kinderarmut mit dem Positionspapier „Zur Bekämpfung der Kinderarmut in der Bundesrepublik Deutschland“ im Oktober 2007.

Die Partei DIE LINKE geht von der Tatsache aus, dass in Deutschland 2,5 Millionen Kinder auf oder unter Sozialhilfeniveau leben. Das bedeutet, dass jedes vierte Kind unter 5 Jahren nach den Kriterien der EU in Armut aufwächst.

Ein erhöhtes Armutsrisiko bescheinigt DIE LINKE Kindern, die in Ostdeutschland geboren wurden und werden, die Eltern mit Migrationshintergrund haben und die bei einem allein erziehenden Elternteil oder in Mehrkindfamilien aufwachsen.

Arme Kinder, so DIE LINKE, sind von einer angemessenen sozialen und gesell-

schaftlichen Teilhabe ausgeschlossen. In kaum einer anderen Industrienation hängt der Bildungserfolg eines Kindes so sehr von seiner sozialen Lage ab wie in der Bundesrepublik. Außerdem haben arme Kinder ein größeres Gesundheitsrisiko, einen schlechteren Zugang zu Kultur, Freizeitaktivitäten und Mobilität. Aus dieser Sicht heraus stellt die Linke Forderungen an die Bundesregierung mit folgenden Schwerpunkten.

1. „Einführung eines Rechtsanspruches auf Bildung, Betreuung und Erziehung in Kindertageseinrichtungen bis zum 10.Lebensjahr.“, da eine öffentliche Infrastruktur für Kinder eine der wesentlichen Voraussetzungen ist, um allen Kindern die gleichen Teilhabechancen zu eröffnen. Dies beinhaltet den schnellen Ausbau gebührenfreier, öffentlicher, steuerfinanzierter Kindertagesstätten für alle Altersgruppen und keine ausgrenzende Zugangsbeschränkung zur Kindertagesbetreuung auf Grund der sozialen Lage der Eltern.

Durch die qualitative Verbesserung frühkindlicher Bildung soll allen Kindern die gleichen Entwicklungsmöglichkeiten gegeben werden.

DIE LINKE fordert in diesem Zusammenhang, dass öffentlich finanzierte Kinderbetreuung gemeinnützig sein muss.

DIE LINKE sieht in der Abschaffung des gegliederten Schulsystems zugunsten des längeren gemeinsamen Lernens aller Kinder einen wesentlichen Schlüssel, um jedem Kind die gleichen Chancen auf einen guten Bildungserfolg zu verschaffen. Deshalb fordert DIE LINKE die Einführung von Gemeinschaftsschulen als Ganztagschulen.

Ebenso muss, so die Linke, der Bund Kitas und Schulen finanziell unterstützen und die Möglichkeit haben, für einheitliche Bildungsstandards zu sorgen. Aus diesem Grund sollen die öffentliche Verantwortung für die Bildung im Kita- und Schulbereich verfassungsrechtlich als Gemeinschaftsaufgabe definiert werden.

2. DIE LINKE fordert eine Reform, die dem Grundsatz folgt: „jedes Kind ist dem Staat das gleiche wert“. Dies bedeutet, dass Kinder einen eigenständigen Anspruch auf eine Grundsicherung auch außerhalb einer „Bedarfsgemeinschaft“ haben müssen. Kindergeld darf nicht auf Hartz IV angerechnet werden. Mit einer Erhöhung des Kindergeldes und einem ergänzenden Kinderzuschlag müs-

sen alle Kinder aus dem Sozialgeldbezug geholt werden.

3. Kinder aus armen Familien brauchen finanzielle Unterstützung bei der Einschulung, bei Schulbüchern oder Klassenfahrten, deshalb fordert DIE LINKE die Wiedereinführung von Einmalleistungen für den Schulbedarf bei Hartz IV. Ebenso darf es auf das Einkommen einer "Bedarfsgemeinschaft" keine Anrechnung von Geschenken zur Jugendweihe, Konfirmation, Kommunion etc. geben.

Um ein gesundes, vollwertiges und gebührenfreies Mittagessen jedem Kind zuzugestehen, fordert DIE LINKE den Ausbau der Mittagsverpflegung an Kitas und Grundschulen.

Ihre geplante Kita-Kampagne für einen flächendeckenden Ausbau von Kitas in Ost und West versteht DIE LINKE einerseits als den quantitativen Ausbau v.a. im Westen, aber auch als Beitrag zur Verbesserung der Qualität frühkindlicher Bildung. Kitas sollen allen Kindern uneingeschränkt, im Sinne der Chancengleichheit offen stehen (vergl. Die Linke, 2007).

4.5 Grundpositionen der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Im April 2008 beschloss der Länderrat der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Positionspapier „Kinder in den Mittelpunkt - 11 Grüne Punkte gegen Kinderarmut“. Die Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN geht davon aus, dass ca. 2,5 Millionen Kinder auf dem Niveau von Sozialhilfe leben. Betroffen hiervon sind auch Kinder, deren Eltern ihnen zustehende Leistungen nicht in Anspruch nehmen und die so in verdeckter Armut leben.

Armut hat gravierende Auswirkungen auf alle Lebensbereiche der Kinder. Diese sind somit vielfältigen Benachteiligungen ausgesetzt, welche es ihnen nicht erlauben, ihre Potentiale angemessen zu entwickeln. Auch die soziale und ethnische Herkunft der Kinder bestimmt noch immer deren weitere Start- und Lebenschancen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vertreten die Position, dass es einer Mischung aus materiellen Hilfen und Bereitstellung einer flächendeckenden und für alle zugänglichen Infrastruktur bedarf, um in Armut lebenden Kindern und deren Familien zu helfen.

Oberstes Ziel dabei muss es sein, materielle, soziale, gesundheitliche und kulturelle Armut zu durchbrechen. Demzufolge dürfen problematische Lebenslagen und eingeschränkte Ressourcen nicht dazu führen, dass Kindern die gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft verwehrt wird. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN schlagen deshalb zur umfassenden Bekämpfung von Kinderarmut ein 11-Punkte-Programm vor.

1. „Bildung und Förderung von Anfang an!“

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten für einen Rechtsanspruch auf eine qualitativ hochwertige, ganztägige Kinderbetreuung für alle Kinder ab dem ersten Lebensjahr ein. Für die Verbesserung der Qualität dieser Kinderbetreuung sollen Erzieherinnen und Erzieher perspektivisch an Hochschulen ausgebildet werden. Wichtig ist, dass Eltern und ErzieherInnen Verantwortung teilen und vertrauensvoll zum Wohle der Kinder zusammenarbeiten. Gleichmaßen müssen alle entsprechenden Einrichtungen den Bildungsauftrag und die Frühförderung von Kindern durch eine entsprechende personelle und sachliche Ausstattung erfüllen können.

2. „Voraussetzung für Teilhabe schaffen - Aufbruch in der Familienförderung wagen!“

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind der Meinung, dass die derzeitigen pauschalierten Regelleistungen nicht existenzsichernd sind und zudem die Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen verschlechtern. Deshalb fordern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dass neben der finanziellen Unterstützung von Niedrigeinkommen die Regelleistungen nach dem SGB II, SGB XII und dem Asylbewerberleistungsgesetz neu bemessen und künftig an die Preisentwicklung angepasst werden müssen. Im Zusammenhang dazu sind die Regelleistungen für Kinder und Jugendliche in Zukunft so zu bemessen, dass sie den besonderen entwicklungsbedingten Bedarf von Kindern und Jugendlichen abdecken können.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für die Einführung einer Kindergrundsicherung ein, welche für alle Kinder das Existenzminimum individuell gewährleisten soll. Letzteres soll durch eine Neuordnung und Vereinfachung des bestehenden Familienfördersystems erfolgen.

3. „Kinder statt Trauschein fördern!“

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN schlagen die Einführung einer Kinderbetreuungskarte als Bundesleistung vor, mit der die Eltern zweckgebunden Kinderbetreuung in Anspruch nehmen können. Diese Leistung wird für jedes Kind gewährt und ist ausschließlich an die tatsächliche Inanspruchnahme von öffentlich bereitgestellter Kinderbetreuung gekoppelt. Finanziert werden soll diese Kinderbetreuungskarte durch eine Umwandlung des Ehegattensplittings in eine Individualbesteuerung mit übertragbarem Höchstbetrag.

4. „Armut trotz Arbeit vermeiden!“

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass Familien von ihrem Erwerbseinkommen leben können. Denn zunehmend können Familien mit dem von ihnen erwirtschafteten Einkommen ihr eigenes soziokulturelles Existenzminimum nicht abdecken. Zur Unterstützung dieser einkommensschwachen Familien soll der vorhandene Kinderzuschlag durch Erweiterung des Kreises der Anspruchsberechtigten dafür sorgen, dass kurzfristig mehr einkommensschwache Familien von diesem tatsächlich profitieren können. Gleichmaßen werden die Einführung eines Mindestlohns und progressiv gestaffelte Sozialbeiträge oder eine Aufstockung des Wohngeldes als zentrale Ansatzpunkte der Armutsbekämpfung betrachtet.

5. „Starke Kinder brauchen starke Eltern - Elternkompetenz stärken!“

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Elternkompetenz und Familienbildung durch niedrigschwellige und wohnumfeldnahe Beratungsangebote stärken. Hierbei sollen Kinderbetreuungseinrichtungen zu Eltern-Kind-Zentren ausgebaut werden. Es wird vorgeschlagen, auf kommunaler Ebene Netzwerke zu entwickeln, welche die Arbeit von Jugendhilfe, Schule, Kitas, Medizin, Kinderschutz und Beratungsstellen verbinden sollen, um vor Ort Armutsfolgen für Kinder rechtzeitig erkennen und vermindern zu können.

6. „Gemeinsam lernen - Ganztagschule ausbauen!“

Die Chancen der Kinder aus bildungsfernen Elternhäusern sollen durch einen flächendeckenden Ausbau von Ganztagschulen - verbunden mit einer qualitativen Verbesserung der Lehr- und Lernbedingungen - verbessert werden.

Ziel ist es, Kinder länger gemeinsam lernen zu lassen, anstatt sie früher auszusortieren.

7. „Bildungsbarrieren senken!“

Die finanziellen Anforderungen an die Eltern in Bezug auf den Schulbesuch sollen gesenkt und die Kosten stattdessen staatlich finanziert werden. Dazu gehört nach Meinung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auch die Übernahme von Fahrtkosten. Ebenso wichtig sind die Lehr- und Lernmittelfreiheit für Kinder - zumindest aus einkommensschwachen Familien - während des gesamten Schulbesuchs. Für alle Kinder soll ein gesundes Mittagessen eingeführt werden, welches in einem ersten Schritt für Kinder aus einkommensschwachen Familien kostenlos sein soll.

8. „Sichere Gesundheitsversorgung für alle Kinder!“

Als Versorgungsstruktur, welche Kinder auch dann erreicht und schützt, wenn Eltern unzureichend oder nicht mitwirken, soll der Situation angemessen und ggf. aufsuchend Gesundheitsberatung für Schwangere und Kleinkinder aufgebaut werden. Vorsorge- und Reihenuntersuchungen sowie zahnärztliche Prophylaxe sollen zudem in Kitas und Schulen stattfinden.

9. „Angebote machen, Teilhabe ermöglichen!“

Angebote der Jugend- und Schulsozialarbeit sollen ausgebaut werden, um alle Kinder zu erreichen. Teilhabe von Kindern und Jugendlichen bedeutet nach Ansicht von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aber auch, diese an demokratischer Entscheidungsfindung früh zu beteiligen. Deshalb sollen die Beteiligungsstrukturen für Schülerinnen und Schüler ausgebaut und SchülerInnenvertretungen stärker als bisher finanziell und strukturell gefördert werden. Eine Absenkung des aktiven Wahlrechts auf 16 Jahre bundesweit bei allen Wahlen ist diesbezüglich ein weiteres Ziel.

10. „Kinder mit Migrationshintergrund von Anfang fördern!“

Da Kinder aus Migrantenfamilien ein besonders hohes Armutsrisiko haben, sollen für Kinder und Eltern dieser Familien frühzeitig wirksame zielgruppenspezifische Förderangebote der Jugendhilfe und Familienberatung angeboten

werden. Integration und Sprachförderung werden als besonders wichtig erachtet und gehen einher mit interkulturellen Förderkonzepten. Diese sollen spätestens in den Kindertagesstätten beginnen.

11. „Kinderrechte stärken - Kein Kind zurücklassen!“

Die Bundesrepublik Deutschland muss endlich die UN-Kinderrechtskonvention anerkennen, ohne ausländerrechtliche Vorbehalte.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten für die Aufnahme der Kinderrechte in die Verfassung ein. Die Rechtstellung von Kindern muss klargestellt und ihre Rechte auf Förderung und Bildung gestärkt werden. Alle Kinder haben Anspruch auf lebenswerte Verhältnisse, die ihre Entwicklung fördern und ihnen möglichst optimale Perspektiven eröffnen (vergl. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 2008).

5 Kinderkommission des Bundestages und Kinderarmut

Die Kinderkommission ist ein Unterausschuss des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend des Deutschen Bundestages. Zu Beginn der 16. Wahlperiode erarbeitete sich die Kinderkommission ein Arbeitsprogramm. Ein Schwerpunkt dieses Programms widmet sich der Kinderarmut. Hier stellt die Kinderkommission fest, dass Kinderarmut in einem so reichen Land wie der Bundesrepublik ein Skandal ist. Sie verweist auf die heute 1,7 Millionen Kinder, welche, auf Grund der Sozialhilfebedingungen unter denen sie leben, von einer angemessenen sozialen und gesellschaftlichen Teilhabe ausgeschlossen sind. Desweiteren geht die Kinderkommission in ihrem Programm davon aus, dass das Armutsrisiko für Kinder die in Ostdeutschland geboren werden oder Eltern mit Migrationshintergrund haben oder bei einem alleinerziehenden Elternteil aufwachsen besonders hoch ist. Im weiteren verweist dieses Programm auf Ansatzpunkte aus dem 12. Kinder- und Jugendbericht, welche sich auf den Zusammenhang von Armut und schlechteren Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen beziehen.

Abgeleitet von diesen Kernaussagen benennt die Kinderkommission die Suche nach Wegen, um Kinder aus der Armut herauszuholen und Armuts-Spiralen zu durchbrechen als ihr Ziel (vergl. Deutscher Bundestag, 2005, S.9). Auch auf Grund von Untersuchungen, Analysen und Gutachten zur Kinderarmut in den letzten Jahren und dem damit verbundenen Erkenntniszuwachs, widmet sich die Kinderkommission zunehmend der Suche nach Lösungswegen und Strategien zur Überwindung von Kinderarmut (vergl. Deutscher Bundestag, 2008b, S.11).

In diesem Zusammenhang hatte die Kinderkommission im Rahmen ihrer turnusmäßigen 48. Sitzung am 05.11.2008 zu einer öffentlichen Anhörung zum Thema „Strategien zur Überwindung von Kinderarmut“ eingeladen.

Als Sachverständige hierzu wurden geladen: Dr. Wilhelm Adamy als Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), Annette Berg als Vertreterin des Jugendamtes Monheim am Rhein, Marion von zur Gathen als Vertreterin des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Barbara König als Vertreterin vom Zukunftsforum Familie e. V., Prof. Dr. Ronald Lutz als Vertreter der Fachhochschule Erfurt (Fakultät Sozialwesen)

und Sabine Schutter als Vertreterin vom Verband alleinerziehender Mütter und Väter Bundesverband e. V..

Alle Sachverständigen antworteten im Vorfeld ausführlich auf 15 Fragen der Kinderkommission. Im Folgenden werden den jeweiligen Fragen der Kinderkommission (vergl. Deutscher Bundestag, 2008a) exemplarisch eine Auswahl der entsprechenden Antworten der Sachverständigen oder auch entsprechende Aussagen aus dem Protokoll der Anhörung in Kurzform zugeordnet.

1. Was sind für Sie die wichtigsten kommunalen, landes- und bundespolitischen Schritte zur Überwindung von Kinderarmut?

Lutz fordert u.a. auf Bundesebene die Einführung von Mindestlöhnen, die Einführung einer am Bedarf orientierten Kindergrundsicherung; auf Landesebene die schrittweise Aufhebung der überwiegend frühen Selektion im Schulsystem, integrative Modelle im Schulsystem und auf kommunaler Ebene eine verstärkte Vernetzung und Zusammenarbeit zwischen Jugendhilfe, Kindertageseinrichtungen und Schule (vergl. Lutz, Ronald, 2008).

Das Zukunftsforum Familie sieht auch auf kommunaler Ebene einen Schwerpunkt in der Vernetzung der wichtigsten Bereiche, die für frühe Hilfen und frühe Bildung zuständig sind. Auf Landesebene wird eine qualifizierte Aus- und Weiterbildung für ErzieherInnen und die Verständigung auf allgemeine Bildungsstandards hervorgehoben (vergl. Zukunftsforum Familie e.V. (ZFF), 2008).

2. Welche Maßnahmen sind auf den einzelnen Ebenen im Bereich Bildung, Infrastruktur, Betreuung und Jugendhilfe zu ergreifen?

Hier verweisen die meisten Sachverständigen auf ihre Antworten zur ersten Frage.

Zusätzlich ergänzt Lutz weitere Maßnahmen wie

- Organisation von kostenloser Nachhilfe;
- Kostenloses Frühstück und Mittagessen für benachteiligte Kinder in Kitas und Schulen;
- kostenlose Nutzung von ÖPNV, Sport, Freizeit und Kultur;
- Öffnung der Schulen zum Stadtteil;
- Ausbau von Schulsozialarbeit;

- Ausbau von Kitas zu Familienzentren und
- Weiterentwicklung der Kitas zu Orten frühkindlicher Bildung (vergl. Lutz, Ronald, 2008).

Für Berg ist es erforderlich, dass zur Sicherung des Kindeswohls alle kindlichen Lebensbereiche in den Blick zu nehmen sind und eine Struktur aufzubauen ist, welche in Form einer Präventionskette die Bildungs- und Entwicklungschancen der Kinder erhöht (vergl. Berg, Annette, 2008).

3. Welche Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf bzw. für eine familienfreundliche Arbeitswelt wären zu empfehlen?

Lutz führt hierzu folgende Maßnahmen an, welche sich auch in den Ausführungen der anderen Sachverständigen in wesentlichen Ansätzen wiederfinden lassen: Flexiblere Betreuungsplätze, Ausbau der Tagesmütter- und Hortbetreuung, verstärkte Einbeziehung der Arbeitgeber zum Beispiel mittels Wettbewerb, weiterer Ausbau des Elterngeldes vor allem hinsichtlich dessen Armutssensibilität (vergl. Lutz, Ronald, 2008).

4. Welchen Stellenwert haben Maßnahmen zur Eindämmung von Niedriglohnbeschäftigung und Erwerbslosigkeit?

Das Zukunftsforum Familie stellt fest, dass Kinderarmut meist auch aus der Einkommensarmut der Eltern resultiert. Deshalb hat die Förderung der Beschäftigung von Erwachsenen einen hohen Stellenwert. In diesem Kontext haben auch die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns, Mindeststandards bei der Leih- und Zeitarbeit, die allgemeine Beschäftigungsförderung und Möglichkeiten zur Fort- und Weiterbildung einen hohen Stellenwert (vergl. Zukunftsforum Familie e.V. (ZFF), 2008).

Der Verband alleinerziehender Mütter und Väter verweist an dieser Stelle, dass die bestehende Lohnstruktur in vielen Berufen mit hohem Frauenanteil Kinderarmut bedingt. Daher ist eine Eindämmung des Niedriglohnbereiches eine grundlegende Voraussetzung zur Bekämpfung von Kinderarmut (vergl. Verbands alleinerziehender Mütter und Väter Bundesverband e.V., 2008).

5. Was braucht ein Kind für eine gute Förderung seiner Entwicklung und wie kann bzw. soll dieser Bedarf bemessen sein (Infrastruktur/Ressourcen)? Sehen Sie die Notwendigkeit einer spezifischen Bedarfsermittlung für Kinder und Jugendliche und wie hoch schätzen Sie diesen Bedarf ein?

Berg verweist an dieser Stelle darauf, dass eine kindbezogene Armutsprävention einen theoretischen und praktischen Handlungsansatz darstellt, der aus der Kindperspektive heraus, auf positive Lebens- und Entwicklungsbedingungen für Kinder heute und morgen hinwirken will. Leitorientierung dieser Prävention ist die Sicherung eines „Aufwachsens im Wohlergehen“ für alle Kinder. Ziel ist es, kindspezifische Armutsfolgen zu vermeiden, zu begrenzen, aber auch ursächliche Gründe auf Seiten der Eltern/ Familie und des Umfeldes positiv zu beeinflussen (vergl. Berg, Annette, 2008).

6. Grundlage für die Bemessung des Existenzminimums eines Kindes ist der Eckregelsatz des SGB XII, an dem sich das SGB II orientiert. Halten Sie die prozentuale Ableitung des Hartz IV-Satzes eines Kindes vom Bedarf eines Erwachsenen für sachgerecht?

Die Sachverständigen kritisieren die bisherige Praxis - Ableitung des Hartz VI-Satzes von Kindern vom Erwachsenenregelsatz - und fordern eine Neuberechnung eines sachgerechten Kinderregelsatzes.

Zudem stellt Fr. von Gathen im Rahmen der Anhörung Eckpunkte der Berechnung von Regelsätzen für Kinder und Jugendliche des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes vor (vergl. Deutscher Bundestag, 2008b, S.17-20).

7. Wie würde sich eine Erhöhung des Bedarfssatzes nach den gängigen Armutsdefinitionen (Kinder im SGB II-Bezug/ Prozentualer Anteil am Medianeinkommen) auswirken? Wie wäre ggf. der Effekt zu beurteilen, dass eine Erhöhung der Transferleistungen zu einer ungünstigeren Quote führen kann?

Lutz stellt fest, dass es in diesem Fall zweifellos statistisch weniger Armut geben würde. Seiner Meinung nach sollte man nicht zu sehr auf Quoten fixiert sein, da Statistik in diesem Falle nur bedingt helfen kann. Denn Armut stellt sich nicht nur materiell, sondern vor allem als Ausgrenzung und deutliche Reduktion von Lebenschancen für Kinder dar. Es geht um die Verbesserung der Lebenschancen von Kindern, um die Ermöglichung eines guten Lebens für

Kinder und um eine adäquate Förderung von Kindern. Weiter stellt Lutz fest, dass eine alleinige finanzielle Erhöhung nicht genügt, da es auch um eine Verbesserung der strukturellen Bedingungen geht, unter denen letztendlich Lebenschancen erst ermöglicht werden (vergl. Lutz, Ronald, 2008).

Das Zukunftsforum Familie verweist darauf, dass für eine nachhaltige Bekämpfung der Kinderarmut statistische Auswirkungen keine Rolle spielen dürfen. Statt dessen muss die Politik höchste Priorität auf die reale Verbesserung der Lebensbedingungen und Zukunftschancen armer Kinder legen (vergl. Zukunftsforum Familie e.V. (ZFF), 2008).

8. Sollte eine evtl. Erhöhung ohne Vorgaben in Form von Barleistungen ausbezahlt werden oder gibt es Gründe, die für eine zweckgebundene Verwendung sprechen (z. B. Gutscheine für Schulessen o. ä.)? Wie wäre dies ggf. umzusetzen?

Der Verband alleinerziehender Mütter und Väter kritisiert die Idee, Leistungen für Kinder in Form von zweckgebundenen Gutscheinen auszuzahlen, da diese auf einem grundlegenden Misstrauen in die Fürsorglichkeit armer Eltern beruht. Erstens werden Eltern durch Misstrauen und Anweisungen nicht befähigt, ihre Fürsorglichkeit unter Beweis zu stellen und zweitens führt diese Idee zu einer Kategorisierung von Kindern, deren Eltern Geld erhalten und Kindern, deren Eltern Gutscheine bekommen. Somit entsteht eine doppelte Stigmatisierung der Kinder: zum einen über die rein ökonomisch definierte Diskriminierung, Leistungsempfänger zu sein, zum anderen durch die Kategorisierung gegenüber anderen Kindern. Kinder die so aufwachsen werden sich später selbst nicht zutrauen, eigenverantwortlich zu handeln (vergl. Verbands alleinerziehender Mütter und Väter Bundesverband e.V., 2008).

9. Wie sollten Transferleistungen an Kinder und insbesondere Kinderzuschlag, Kindergeld und Kinderregelsätze beschaffen sein, um wirksam Kinderarmut zu vermeiden und wie könnte man sie effizienter ausgestalten?

Der Verband alleinerziehender Mütter und Väter stellt nochmals fest, dass die derzeitigen Transferleistungen nicht geeignet sind, Kinderarmut wirksam zu bekämpfen. Durch die derzeit umgesetzte Anbindung der Leistung für Kinder an den Erwerbsstatus der Eltern wird erreicht, dass Kinder bereits früh

in ein System geraten, das eigentlich für Erwachsene ausgestaltet ist. In diesem System sind Kinder letztendlich finanziell anhängig von Entscheidungen der Leistungsträger, welche jedoch in erster Linie ihre Eltern betreffen. Auf diese Art und Weise entstehen intransparente und nicht verlässliche Situationen für Kinder (vergl. Verbands alleinerziehender Mütter und Väter Bundesverband e.V., 2008).

Lutz folgert, dass man diese Leistungen für Kinder in einer am Bedarf orientierten Kindergrundsicherung bündeln muss. In diesem Zusammenhang sollen Programme installiert werden, die eine direkte Förderung von Kindern angehen. Prinzipiell, so Lutz, muss dies alles durch Maßnahmen begleitet werden, die generell das Armutsrisiko von Familien reduzieren, wie Mindesteinkommen und Maßnahmen gegen Langzeitarbeitslosigkeit (vergl. Lutz, Ronald, 2008).

10. Empfehlen Sie eine Staffelung des Kinderzuschlags nach Alter des Kindes als Mittel der Kinderarmutsbekämpfung?

Das Zukunftsforum Familie lehnt generell eine Staffelung des Kinderzuschlages nach Alter der Kinder ab. Statt dessen wird gefordert, dass der Kinderzuschlag mehrheitlich den Alleinerziehenden zu gute kommt, da diese von einem besonders hohem Armutsrisiko betroffen sind (vergl. Zukunftsforum Familie e.V. (ZFF), 2008).

Der Verband alleinerziehender Mütter und Väter kritisiert den Kinderzuschlag sowohl hinsichtlich seiner Höhe, seiner Ausgestaltung als auch seiner arbeitsmarktpolitischen Auswirkungen. Deshalb kann dieser Zuschlag nur eine Interimslösung darstellen. In diesem Sinne soll dieser wenigstens den unterschiedlichen Bedarf von Kindern in Abhängigkeit von ihrem Alter abbilden und sich an die Kinderregelsätze anpassen (vergl. Verbands alleinerziehender Mütter und Väter Bundesverband e.V., 2008).

Lutz stellt fest, dass der Bedarf je nach Alter zweifellos unterschiedlich ist, und demzufolge eine Staffelung nach Alter sinnvoll erscheint. Jedoch hilft dies dauerhaft arbeitslosen Eltern bei der derzeitigen Lage kaum (vergl. Lutz, Ronald, 2008)

11. Empfehlen Sie eine Staffelung des Kindergeldes nach Anzahl der Kinder als Mittel der Kinderarmutsbekämpfung?

Das Zukunftsforum Familie sieht die aktuell gültige Staffelung als ausreichend an. Nochmals wird betont, dass allen Eltern auf Dauer nur wirksam durch eine verbesserte Infrastruktur und durch finanzielle Leistungen in Form einer Grundsicherung entsprochen werden kann. Zudem sind genügend und qualitativ hochwertige Betreuungsplätze, flexible Arbeitszeiten und eine bessere Abstimmung von Ämtern, Behörden, Ärzten, KiTa und auch Schule betreffs Verfügbarkeit von öffentlicher Zeit nötig (vergl. Zukunftsforum Familie e.V. (ZFF), 2008).

Der Verband alleinerziehender Mütter und Väter lehnt eine Staffelung des Kindergeldes nach Kinderzahl ab, da jedes Kind, unabhängig von der Geburtsfolge in der Familie den gleichen Anspruch auf Entwicklung und Förderung hat. Eine Einteilung des Kindergeldes nach Familienform ist deshalb unangemessen und wirkt diskriminierend (vergl. Verbands alleinerziehender Mütter und Väter Bundesverband e.V., 2008).

Lutz wirft diesbezüglich die Frage auf, was man mit einer solchen Staffelung eigentlich erreichen will, Armutsbekämpfung, Bedarfsdeckung oder auch eine Anhebung der Kinderzahlen durch besondere Förderung von Familien mit mehr als zwei Kindern (vergl. Lutz, Ronald, 2008)

12. Wie bewerten Sie Konzepte für eine bedarfsorientierte Kindergrundsicherung, die die bisherigen Leistungen für Kinder bündelt und weiterentwickelt? Wie bewerten Sie andere Konzepte beispielsweise in Form eines Bürgergeldes?

Lutz orientiert sich daran, Kinder als eigenständige Subjekte zu begreifen und diese nicht nur ausschließlich als Mitglieder von Familien zu sehen, deshalb sind seiner Meinung nach all die Maßnahmen sinnvoll, welche Kinder direkt und unmittelbar fördern (vergl. Lutz, Ronald, 2008).

Der Verband alleinerziehender Mütter und Väter fordert einen Systemwechsel, der sich von der Bedarfsorientierung verabschiedet und Kindern eigenständige Rechte und Ansprüche zugesteht. Dies setzt voraus, dass Verantwortung für Kinder als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstanden wird, von der alle Mitglieder der Gesellschaft profitieren. Dem angefragten Bürgergeld steht

der Verband eher kritisch gegenüber, da dieses dazu führen kann, dass sich insbesondere Frauen mit schlechteren Arbeitsmarktchancen von diesem abwenden und nicht mehr erwerbstätig sind (vergl. Verbands alleinerziehender Mütter und Väter Bundesverband e.V., 2008).

13. Welche anderen Maßnahmen sollten ergriffen werden, um Kinderarmut zu überwinden?

Hierzu merkte Fr. von Gathen im Rahmen der Anhörung grundsätzlich an, dass es bereits im Vorfeld der Erörterung verschiedener Strategien und Handlungsansätze zur Bekämpfung von Kinderarmut notwendig ist, die Grundsatzentscheidung zu treffen, ob sich entsprechende Überlegungen und Ansätze zur Bekämpfung von Kinderarmut im geltenden Sozialleistungssystem bewegen oder ob darüber hinaus alternative Handlungsansätze in Betracht gezogen werden sollen. Da diese grundsätzliche Entscheidung Handlungsräume öffnen kann, können auf diese Weise gänzlich neue Ansätze zur Bekämpfung von Kinderarmut entwickelt werden (vergl. Deutscher Bundestag, 2008b, S.20).

Lutz fasst an dieser Stelle von ihm vorher benannte Maßnahmen folgendermaßen zusammen:

- Grundlegende Veränderungen im Bildungssystem,
- Direkte Förderung von Kindern,
- Investitionen in Infrastrukturen und die Förderung von kindlichen Lebenslagen in Lebenswelten,
- Kindereinrichtungen als Familienzentren neu entwerfen,
- Auf- und Ausbau aufsuchender und früher Hilfen bei belasteten und erschöpften Familien,
- Ausbau von lebensweltnahen und vernetzten Angeboten und Hilfen,
- Frühe Hilfen auch als Prävention gegen Armutsfolgen bei Kindern (vergl. Lutz, Ronald, 2008).

14. Wie wirken die Instrumente der Armutsbekämpfung? Müssen innerhalb der Instrumente Infrastruktur und materielle Versorgung Prioritäten gesetzt werden? Wenn ja, welche?

Das Zukunftsforum Familie warnt davor, Geldleistungen und Infrastrukturleistungen des Staates gegeneinander auszuspielen. Denn nur ein wirksameres und durchlässigeres Bildungssystem und finanzielle Transfers zusammen stärken Kinder und deren Eltern (vergl. Zukunftsforum Familie e.V. (ZFF), 2008).

Der Verband alleinerziehender Mütter und Väter vertritt die Ansicht, dass es vor dem derzeitigen Hintergrund -katastrophale materielle Situation der Kinder in Armut und mangelhafter Zustand schulischer und außerschulischer Bildung sowie anderer infrastruktureller Bereiche- keine Prioritäten zwischen Infrastruktur und materiellen Leistungen geben kann (vergl. Verbands alleinerziehender Mütter und Väter Bundesverband e.V., 2008).

15. Welche Mechanismen führen zur sogenannten „vererbten Armut“ und wie können diese durchbrochen werden? Wie kann verhindert werden, dass eine höhere Transferleistung für Kinder von Eltern mit geringeren Einkommenschancen den Anreiz zu eigenem Erwerbseinkommen vermindert? Das Zukunftsforum Familie stellt zu dieser Thematik fest, dass Stagnationen oder sogar Reduktion von Transferleistungen besonders die Kinder und deren zukünftige Lebensperspektive betreffen. Deshalb muss eine nachhaltige Armutspolitik an den vorhandenen Erziehungskompetenzen der Familien ansetzen und diese durch bedarfsgerechte und niedrigschwellige Bildung und Beratung ausbauen. Wenn letzteres mit einer besseren monetären Absicherung und der Integration in eine existenzsichernde Erwerbstätigkeit ergänzt wird, kann die Überwindung der „vererbten Armut“ gelingen (vergl. Zukunftsforum Familie e.V. (ZFF), 2008).

Der Verband alleinerziehender Mütter und Väter stellt fest, dass die Mechanismen von Ausschluss tradiert und nicht durch einfache politische Maßnahmen zu durchbrechen sind. Zudem wird grundsätzlich angezweifelt, dass „zu hohe“ Transferleistungen zu mangelndem Engagement bei der Suche nach Erwerbstätigkeit führen, da dies im Ergebnis heißen müsste, dass die Streichung aller Transfers zu Vollbeschäftigung führe und dies ist erwiesenermaßen nicht

der Fall. Beachtenswert ist vielmehr die Vielschichtigkeit heutiger Erwerbslosigkeit, welche auf Qualifikationsdefiziten, mangelnder Existenz sichernder und sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung sowie auch dem Ausschluss von Müttern aus dem Erwerbsleben besteht (vergl. Verbands alleinerziehender Mütter und Väter Bundesverband e.V., 2008).

Lutz benennt Mechanismen, die zu einer „Kultur der Armut“ führen:

- Marginalisierung, räumliche Segregation und Ausgrenzung,
- existierende Bildungskreisläufe, die zu einer Ungleichverteilung von Bildungschancen analog zur sozialen Schichtung führen (u.a. Vorbildwirkung der Eltern; kultureller Wert von Bildung; Frühe Selektion im Bildungssystem),
- fehlendes Brückenskapital - Benachteiligte kommunizieren immer mehr nur noch mit Benachteiligten,
- Tradierung von eher passiven Armutsbewältigungsmustern in der eigenen sozialen Lebenslage,
- allein gelassene, belastete und erschöpfte Familien,
- fehlende Armutssensibilität in der Öffentlichkeit (auch in Einrichtungen der Kinderbetreuung und des Bildungssystems),
- Das „Wissen“ über die eigene Chancenlosigkeit (vergl. Lutz, Ronald, 2008).

Ergänzend zu dieser öffentlichen Anhörung fand im Rahmen der nächsten Turnusmäßigen nicht öffentlichen 49. Sitzung der Kinderkommission ein Expertengespräch mit Prof. Dr. Christoph Butterwegge zum Thema „(Kinder-)Armut und Sozialstaatsentwicklung“ statt. Butterwegge stellt zu Beginn seines Beitrages fest, dass Armut, materielle Not und Mangelerscheinungen so alt sind wie die Menschheit.

In diesem Zusammenhang hält es Butterwegge für erklärungsbedürftig, wieso es im Zeichen der Globalisierung, trotz eines ständig steigenden gesellschaftlichen Reichtums, selbst in einem hoch entwickelten Land wie Deutschland, vermehrt Armut gibt und weshalb Familien, Mütter, Kinder und Jugendliche heutzutage die Hauptbetroffenen sind.

Davon ausgehend stellt Butterwegge Ausmaß, Erscheinungsformen, Folgen und Ursachen der Verarmung von Familien, Frauen und Kindern dar.

Im Weiteren geht der Autor mit seinen Betrachtungen auf den Um- bzw. Abbau des Sozialstaates ein.

Anschließend untersucht der Autor eingehend Sozialreformen und deren Auswirkungen auf die Armut von Familien und Kindern am Beispiel der sogenannten Hartz-Gesetze.

Am Beispiel der Familien- und Steuerpolitik thematisiert der Autor soziale Gerechtigkeit und blickt auf die zu erwartenden Folgen für die Bekämpfung der Kinderarmut in Deutschland im Bezug auf die derzeitige Finanz- und Wirtschaftskrise.

An das Ende seiner Betrachtungen stellt der Butterwegge drei wichtige Bausteine einer wirksamen Armutsbekämpfung vor:

- Ganztagsbetreuung,
- Gemeinschaftsschule und
- Grundsicherung (vergl. Butterwegge, Christoph, 2008b).

Aus den über den Deutschen Bundestag veröffentlichten Publikationen konnte ich erkennen, dass sich die Kinderkommission in der Regel nach Anhörungen zu speziellen Themen mit Empfehlungen oder Stellungnahmen öffentlich äußerte. Dies trifft auch auf Sitzungen zu, welche zeitlich nach der Anhörung zur „Kinderarmut“ stattfanden.

Zum Thema Kinderarmut hat sich die Kinderkommission seit der öffentlichen Anhörung im November 2008 nicht öffentlich geäußert und positioniert.

6 Fazit und Ausblick

In der vorliegenden Arbeit habe ich mich ausführlich mit Kinderarmut in Deutschland beschäftigt.

Zum Beginn der Arbeit stellte ich, das Thema Kinderarmut betreffend, eine Auswahl wissenschaftlicher Studien einerseits und Berichte der Bundesregierung andererseits vor.

Im Folgenden habe ich mir die Mühe gemacht, ausführlich eine große Anzahl wissenschaftlicher Arbeiten, ausgewählt aus einer noch größeren Anzahl von Publikationen zu diesem Thema, welche in den Jahren 2006 bis 2008 veröffentlicht wurden, zu analysieren. Anschließend stellte ich die spezifischen Programme und konkreten Vorhaben der Parteien CDU, SPD, DIE LINKE, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Kinderarmut vor. Im letzten Kapitel analysierte ich die mir im Rahmen einer öffentlichen Anhörung der Kinderkommission des Bundestages zu Lösungswegen und Strategien zur Überwindung von Kinderarmut vorliegenden Dokumentationen. Als politisch interessierter Bürger, der von außen auf die Politik schaut, ist mir, unter Hinzuziehung der mir zur Verfügung stehenden Informationen, nicht erkennbar, wie die vorliegenden - den Politikern sehr wohl bekannten - wissenschaftlichen Erkenntnisse zur Armut von Kindern und deren Vermeidung in die politische Arbeit der Parteien eingeflossen sind.

Alle von mir untersuchten Parteien haben konkrete Programme zur Bekämpfung von Kinderarmut aufgestellt.

Alle diese Parteien erkennen auch in diesen Programmen an, dass es Kinderarmut in Deutschland gibt.

Alle diese Parteien erkennen ebenso an, dass Armut nicht nur materielle Armut sondern auch Benachteiligung, Ausgrenzung und eingeschränkte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben für die betroffenen Familien und demzufolge auch für die betroffenen Kinder bedeutet.

Wieso Kinderarmut in Deutschland weiter ansteigt - trotz der Willensbekundung der großen Parteien, Kinderarmut bekämpfen zu wollen - trotz des Wissens der politischen Entscheidungsträger um die wissenschaftlichen Erkenntnisse zur (Kinder)-Armut - und wieso nichts wirklich sichtbares oder, bezogen auf die Betroffenen, spürbares oder erlebbares geschieht, ist meiner Meinung nach wert, weiter untersucht zu werden.

Literaturverzeichnis

Aus technischen Gründen erfolgt der Seitenumbruch im Literaturverzeichnis automatisch und bei den Literaturangaben, welche einen Bezug zum Internet haben, werden die notwendigen Angaben in einer geänderten Reihenfolge dargestellt: erst erfolgt der Hinweis zur Verfügbarkeit und dann die Internetadresse (URL).

Becher, Ursel (2008a). *Armut stigmatisiert*, in: Kinderarmut und Bildung, (S. 91–95). VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden. verfügbar am 28.03.2009.
URL http://dx.doi.org/10.1007/978-3-531-91215-8_8

Becher, Ursel (2008b). *Bildung - Ressource zur Bekämpfung von Armut*, in: Kinderarmut und Bildung, (S. 41–57). VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden. verfügbar am 28.03.2009.
URL http://dx.doi.org/10.1007/978-3-531-91215-8_5

Benz, Benjamin (2008). *Armut im Familienkontext*, in: Handbuch Armut und soziale Ausgrenzung, (S. 381–399). VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden. verfügbar am 09.02.2009.
URL http://dx.doi.org/10.1007/978-3-531-90906-6_21

Berg, Annette (2008). Stellungnahme von Annette Berg. In Deutscher Bundestag (Hg.) *Öffentliche Anhörung der Kinderkommission des Deutschen Bundestages zum Thema „Strategien zur Überwindung von Kinderarmut“*. verfügbar am 17.03.2009.
URL http://www.bundestag.de/ausschuesse/a13/kiko/Anhoerungen/Kinderarmut/Stellungnahmen/Jugendamt_Monheim.pdf

Bertram, Hans (Hg.) (2008a). *Der UNICEF-Bericht zur Lage der Kinder in Deutschland*. Verlag C.H. Beck: München.

Bertram, Hans (2008b). *Deutsches Mittelmaß: Der schwierige Weg in die Moderne*, in: Der UNICEF-Bericht zur Lage der Kinder in Deutschland, (S. S.37–81). Verlag C.H. Beck: München.

- Bertram, Hans (2008c). *Die Zukunft von Kindern als Zukunft der Gesellschaft*, in: Der UNICEF-Bericht zur Lage der Kinder in Deutschland, (S. S.16–36). Verlag C.H. Beck: München.
- Böhmer, Michael, Heimer, Andreas (2008). *Dossier - Armutsrisiken von Kindern und Jugendlichen in Deutschland*. Kompetenzzentrum für familienbezogene Leistungen im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Verfügbar am 16.03.2009.
 URL <http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/Dossier-Kinderarmut,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf>
- Blome, Agnes, Keck, Wolfgang, Alber, Jens (2008). *Generationenbeziehungen im Wohlfahrtsstaat*, in: Transferleistungen für Familien, (S. 219–273). VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden. verfügbar am 28.03.2009.
 URL http://dx.doi.org/10.1007/978-3-531-90870-0_7
- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Hg.) (2008). *Kinder in den Mittelpunkt - 11 Grüne Punkte gegen Kinderarmut*. verfügbar am 20.04.2009.
 URL <http://www.gruene-partei.de/cms/default/dokbin/229/229220.kinderarmut.pdf>
- Buhr, Petra (2008). *Ausgrenzung, Entgrenzung, Aktivierung: Armut und Armutspolitik in Deutschland*, in: Sozialer Ausschluss und Soziale Arbeit, (S. 199–218). VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden. verfügbar am 06.02.2009.
 URL http://dx.doi.org/10.1007/978-3-531-90821-2_9
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.) (2009). *Familienreport 2009*. verfügbar am 21.03.2009.
 URL <http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/familienreport,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf>
- Bundesregierung (2008). *Lebenslagen in Deutschland Der 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung*. verfügbar am 01.01.2009.

URL http://www.bmas.de/coremedia/generator/26742/property=pdf/dritter__armuts__und__reichtumsbericht.pdf

Butterwegge, Christoph (2006). Wege aus der Kinderarmut. *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament*, 26/ 2006, 32–38. Verfügbar am 22.03.2009.

URL <http://www.bpb.de/files/W0RF2P.pdf>

Butterwegge, Christoph (2007). Die "Normalität" der Kinderarmut. *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 52(12), 1413–1416.

Butterwegge, Christoph (2008a). *Bildung - ein Wundermittel gegen die (Kinder-) Armut? Pädagogik kann weder Familien- noch Sozialpolitik ersetzen*, in: Kinderarmut und Bildung, (S. 21–39). VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden. Verfügbar am 28.03.2009.

URL http://dx.doi.org/10.1007/978-3-531-91215-8_4

Butterwegge, Christoph (2008b). (Kinder-)Armut und Sozialstaatsentwicklung. *Erweiterte schriftliche Fassung eines Referats, gehalten am 17. Dezember 2008 auf der 49. Sitzung der Kinderkommission des Deutschen Bundestages in Berlin*. Verfügbar am 16.02.2009.

URL [http://www.uni-koeln.de/ew-fak/seminar/sowi/politik/bu%tterwegge/pdf/\(Kinder-\)Armut%20und%20Sozialstaatsentwicklung.pdf](http://www.uni-koeln.de/ew-fak/seminar/sowi/politik/bu%tterwegge/pdf/(Kinder-)Armut%20und%20Sozialstaatsentwicklung.pdf)

Butterwegge, Christoph (2008c). *Kinderarmut als Problem für Schule und Jugendhilfe*, in: Jugendhilfe und Schule, (S. 280–291). VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden. Verfügbar am 06.02.2009.

URL http://dx.doi.org/10.1007/978-3-531-90820-5_18

Butterwegge, Christoph (2009). Arme Kinder reiches Deutschland. Referat auf der Fachtagung "Deutschland - Rabenvaterland?" der Ev. Akademie Bad Boll am 24. Januar 2009. verfügbar am 16.02.2009.

URL <http://www.uni-koeln.de/ew-fak/seminar/sowi/politik/butterwegge/pdf/Arme%20Kinder%20reiches%20land%202.pdf>

CDU (Hg.) (2007a). *Freiheit und Sicherheit. Grundsätze für Deutschland. Das Grundsatzprogramm. Beschlossen vom 21. Parteitag Hannover, 3.- 4. Dezember*

2007. verfügbar am 14.04.2009.

URL <http://www.grundsatzprogramm.cdu.de/doc/071203-beschluss-grundsatzprogramm-6-navigierbar.pdf>

CDU (Hg.) (2007b). *"Kinderarmut in Deutschland bekämpfen - Chancengesellschaft leben"* Beschluss des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands am 20. August 2007. verfügbar am 14.04.2009.

URL <http://www.cdu.de/doc/pdfc/070820-beschluss-kinderarmut.pdf>

Chassé, Karl (2006). *Armutsrisiken, Kinderarmut und Jugendhilfe in Ostdeutschland*, in: Soziale Arbeit zwischen Aufbau und Abbau, (S. 73–86). VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden. Verfügbar am 09.02.2009.

URL http://dx.doi.org/10.1007/978-3-531-90276-0_5

Chassé, Karl (2008). Arme Kinder. *Sozial Extra*, 32(1), 34–37. Verfügbar am 09.02.2009.

URL <http://dx.doi.org/10.1007/s12054-008-0012-1>

Deutscher Bundestag (2005). Arbeitsprogramm Kinderkommission 16. Wahlperiode. Verfügbar am 24.03.2009.

URL <http://www.bundestag.de/ausschuesse/a13/kiko/Arbeitsprogramm/Arbeitsprogramm.pdf>

Deutscher Bundestag (2008a). Fragenkatalog für die öffentliche Anhörung zum Thema „Strategien zur Überwindung von Kinderarmut“. Verfügbar am 17.03.2009.

URL <http://www.bundestag.de/ausschuesse/a13/kiko/Anhoerungen/Kinderarmut/Fragenkatalog.pdf>

Deutscher Bundestag (Hg.) (2008b). *Protokoll zur Öffentliche Anhörung zum Thema „Strategien zur Überwindung von Kinderarmut“ vom 05.11.2008*. Kinderkommission. Verfügbar am 17.03.2009.

URL <http://www.bundestag.de/ausschuesse/a13/kiko/Anhoerungen/Kinderarmut/Protokoll.pdf>

Deutsches Kinderhilfswerk e.V. (Hg.) (2007). *Kinderreport Deutschland 2007 Daten, Fakten, Hintergründe*. Freiburg: Velber Verlag.

Die Linke (Hg.) (2007). *Zur Bekämpfung der Kinderarmut in der Bundesrepublik Deutschland - Erklärung des Parteivorstandes der LINKEN vom 13. Oktober 2007*. verfügbar am 14.04.2009.

URL http://die-linke.de/partei/organe/parteivorstand/parteivorstand_20072008/beschluesse/jedem_kind_die_gleichen_chancen_positionen_der_linken_zur_bekaempfung_der_kinderarmut/erklaerung_des_parteivorstandes_der_linken_zur_bekaempfung_der_kinderarmut_in_der_bundesrepublik_deutschland/

FDP (Hg.) (2007). *Kinder stärken. Eine moderne Kinderpolitik für Deutschlands Zukunft! Beschluss des Bundesvorstandes der FDP, Berlin, 17. September 2007*. verfügbar am 14.04.2009.

URL <http://www.liberales.de/files/653/BuVo-Kinder.pdf>

Fertig, Michael, Tamm, Marcus (2006). Kinderarmut in reichen Ländern. *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament*, 26/ 2006, 18–24. Verfügbar am 22.03.2009.

URL <http://www.bpb.de/files/W0RF2P.pdf>

Fertig, Michael, Tamm, Marcus (2007). *Kinderarmut im internationalen Vergleich*, in: Kinderreport Deutschland 2007 Daten, Fakten, Hintergründe, (S. S. 31–41). Velber Verlag: Freiburg.

Fertig, Michael, Tamm, Markus (2008). *Die Verweildauer von Kindern in prekären Lebenslagen*, in: Der UNICEF-Bericht zur Lage der Kinder in Deutschland, (S. S. 152–166). Verlag C.H. Beck: München.

Giering, Dietrich (2007). *Arme Kinder*, in: Kinderreport Deutschland 2007 Daten, Fakten, Hintergründe, (S. S. 73–88). Velber Verlag: Freiburg.

Gläser, Eva, Miller, Susanne, Toppe, Sabine (2008). *Zwischen Ausgrenzung und Normalität - Perspektiven auf Armut in der Grundschule*, in: Chancenungleichheit in der Grundschule, (S. 91–94). VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden. Verfügbar am 06.02.2009.

URL http://dx.doi.org/10.1007/978-3-531-91108-3_11

Groh-Samberg, Olaf, Grundmann, Matthias (2006). Soziale ungleichheit im Kindes- und jugendalter. *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) Beilage zur Wochenzei-*

ung *Das Parlament*, 26/ 2006, 11–18. Verfügbar am 22.03.2009.

URL <http://www.bpb.de/files/W0RF2P.pdf>

Hülkamp, Nicola (2007). Kinderarmut: Hat die Familienförderung versagt? *Institut der deutschen Wirtschaft, Köln, Wirtschaftsdienst*, 87(12), 778. verfügbar am 02.02.2009.

URL <http://www.scopus.com/scopus/inward/record.url?eid=2-s2.0-38349114172&partnerID=40>

Holz, Gerda (2006a). Überwindung von Familien- und Kinderarmut Optionen für die Sozial- und Familienpolitik. In *Dokumentation: Armut und Ausgrenzung von Familien und Kindern -Möglichkeiten der Prävention und Überwindung-*. Verfügbar am 23.03.2009.

URL <http://www.napsens.de/DokMainz.pdf>

Holz, Gerda (2006b). Lebenslagen und Chancen von Kindern in Deutschland. *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament*, 26/ 2006, 3–11. Verfügbar am 22.03.2009.

URL <http://www.bpb.de/files/W0RF2P.pdf>

Holz, Gerda (2008a). *Armut verhindert Bildung - Lebenslagen und Zukunftschancen von Kindern*, in: *Armut und Teilhabe*, (S. 69–95). VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden. Verfügbar am 09.02.2009.

URL http://dx.doi.org/10.1007/978-3-531-90928-8_6

Holz, Gerda (2008b). *Kinderarmut und familienbezogene soziale Dienstleistungen*, in: *Handbuch Armut und Soziale Ausgrenzung*, (S. 483–500). VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden. Verfügbar am 02.03.2009.

URL http://dx.doi.org/10.1007/978-3-531-90906-6_27

Holz, Gerda, Giering, Dietrich (2006). Kinderarmut ist auch Armut an Bildung und Erziehung. *Inform*, 03, 12–15. Verfügbar am 02.03.2009.

URL <http://www.lvr.de/jugend/service/publikationen/inform0306v.pdf>

Klunt, Michael (2008). *Gesamtbilanz*, in: *Von der sozialen zur Generationengerechtigkeit?*, (S. 259–275). VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden. Ver-

füßbar am 09.02.2009.

URL http://dx.doi.org/10.1007/978-3-531-90771-0_5

Kuhlmann, Carola (2008). *Bildungsarmut und die soziale "Vererbung" von Ungleichheiten*, in: Handbuch Armut und Soziale Ausgrenzung, (S. 301–319). VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden. Verfügbar am 18.02.2009.

URL http://dx.doi.org/10.1007/978-3-531-90906-6_16

Lorenz, Waltraud (2008). *Aufwachsen in Benachteiligung: Kinder und Jugendliche in Armutslagen*, in: Tagesbetreuung im Wandel, (S. 89–98). VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden. Verfügbar am 06.02.2009.

URL http://dx.doi.org/10.1007/978-3-531-90919-6_6

Lutz, Ronald (2008). Stellungnahme zu dem gestellten 15 Fragen. In Deutscher Bundestag (Hg.) *Öffentliche Anhörung der Kinderkommission des Deutschen Bundestages zum Thema „Strategien zur Überwindung von Kinderarmut“*. Verfügbar am 17.03.2009.

URL http://www.bundestag.de/ausschuesse/a13/kiko/Anhoerungen/Kinderarmut/Stellungnahmen/Fachhochschule_Erfurt.pdf

Mangelsdorff, Ursula (2008). *Armut macht krank*, in: Kinderarmut und Bildung, (S. 111–124). VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden. Verfügbar am 09.02.2009.

URL http://dx.doi.org/10.1007/978-3-531-91215-8_10

Martens, Rudolf (2008). Expertise Kinderregelsatz. Verfügbar am 16.02.2009.

URL http://www.der-paritaetische.de/uploads/tx_pdforder/Expertise_Kinderregelsatz_web.pdf

Meier-Gräwe, Uta (2008). *Jedes Kind zählt - Armutsprävention als strategisch unterschätzte Zukunftsaufgabe in Deutschland*, in: Kinderarmut und Bildung, (S. 59–75). VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden. Verfügbar am 09.02.2009.

URL http://dx.doi.org/10.1007/978-3-531-91215-8_6

Merten, Roland (2006). *Bildung und soziale Ungleichheiten - Sozialpädagogische Perspektiven auf ein unterbelichtetes Verhältnis*, in: Bildung über die Lebenszeit, (S. 57–67). VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden. Verfügbar am

09.02.2009.

URL http://dx.doi.org/10.1007/978-3-531-90208-1_3

Miller, Susanne (2006). *Heterogene Lerngruppen aus grundschulpädagogischer Sicht unter besonderer Berücksichtigung von Kindern in Armutslagen*, in: Auf den Anfang kommt es an - Kompetenzen entwickeln - Kompetenzen stärken, (S. 135–144). VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden. Verfügbar am 09.02.2009.
URL http://dx.doi.org/10.1007/978-3-531-90429-0_13

Peukert, Rüdiger (2008). *Die strukturelle Rücksichtslosigkeit der gesellschaftlichen Verhältnisse gegenüber Familien*, in: Familienformen im sozialen Wandel, (S. 353–367). VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden. Verfügbar am 09.02.2009.
URL http://dx.doi.org/10.1007/978-3-531-90876-2_14

Reißblandt, Carolin (2007). *Armut bei Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund*, in: Jugend, Partizipation und Migration, (S. 89–106). VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden. Verfügbar am 09.02.2009.
URL http://dx.doi.org/10.1007/978-3-531-90481-8_5

SPD (Hg.) (2008). *Aktionsplan für gleiche Lebenschancen: 10 Maßnahmen der SPD gegen Kinderarmut*. SPD. verfügbar am 17.02.2009.
URL <http://www.spd.de/de/service/material/spd-aktuell/index.html>

Verbands alleinerziehender Mütter und Väter Bundesverband e.V. (2008). Stellungnahme des Verbands alleinerziehender Mütter und Väter Bundesverband e.V. zum Fragenkatalog „Strategien zur Überwindung von Kinderarmut“. In Deutscher Bundestag (Hg.) *Öffentliche Anhörung der Kinderkommission des Deutschen Bundestages zum Thema „Strategien zur Überwindung von Kinderarmut“*. Verfügbar am 17.03.2009.
URL http://www.bundestag.de/ausschuesse/a13/kiko/Anhoerungen/Kinderarmut/Stellungnahmen/Verband_alleinerz__Muetter_und_Vaeter.pdf

Weltbank (2009). verfügbar am 06.05.2009.

URL <http://web.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/TOPICS/EXTPOVERTY/>

EXTPA/0,,contentMDK:20153855~menuPK:435040~pagePK:148956~piPK:216618~theSitePK:430367,00.html

World Vision Deutschland e.V. (Hrsg.) (2007). *Kinder in Deutschland 2007 1. World Vision Kinderstudie*. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag in der S. Fischer GmbH.

Zander, Margherita (2007). *Kinderarmut aus Kindersicht*, in: Kinderreport Deutschland 2007 Daten, Fakten, Hintergründe, (S. S. 45–71). Velber Verlag: Freiburg.

Zander, Margherita (2008). *Einleitung*, in: *Armes Kind - starkes Kind?*, (S. 9–14). VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden. Verfügbar am 02.02.2009.
URL http://dx.doi.org/10.1007/978-3-531-90858-8_1

Zukunftsforum Familie e.V. (ZFF) (2008). Antworten zum Fragenkatalog der Kinderkommission des Bundestages des Zukunftsforums Familie e.V. (ZFF) zum Thema der öffentlichen Anhörung: „Strategien zur Überwindung von Kinderarmut“. In *Öffentliche Anhörung der Kinderkommission des Deutschen Bundestages zum Thema „Strategien zur Überwindung von Kinderarmut“*. Verfügbar am 17.03.2009.
URL http://www.bundestag.de/ausschuesse/a13/kiko/Anhoerungen/Kinderarmut/Stellungnahmen/Zukunftsforum_Familie.pdf

Erklärung

Ich erkläre, dass ich die vorliegende Arbeit selbständig und nur unter Verwendung der angegebenen Literatur und Hilfsmittel angefertigt habe.

Leipzig, 31.05.09